

Betroffene erinnern sich (9)

Dr. Claus Herold

Als katholischer Seelsorger
in der DDR

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Geleitwort	2
Korrekturen und Erklärungen zum Auskunftsbericht	3
Kuratus in Bad Schmiedeberg	12
Das Heidehaus	18
ZOV „Schleuse“	39
Die „Strafversetzung“ nach Halle	53
Oekumenische „Einheit in versöhnter Vielfalt“	65
OV „Tabernakel“	74
Neuerfassung im OV „Akademica“	99
Einstellung meines Promotionsverfahrens	113
Eine Fotomontage als „gezielte Zersetzungsmaßnahme“	127
Gottesdienst „Fasten für den Frieden“ mit dem Hallenser Frauenkreis	132
Herbst 1989 in Halle und Frühling im Wendejahr 1990	141

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Außenstelle Halle und der Landesarchive in Sachsen-Anhalt.

Redaktioneller Hinweis:

Abschriften sind in kursiver Schrift dargestellt. In Abschriften aus Unterlagen des MfS, der SED und staatlichen Behörden wurden die orthographischen Fehler beibehalten.

GELEITWORT

Der Osten Deutschlands wurde neben vielen anderen Erscheinungen nach 1945 insbesondere durch den stetigen Rückgang der Anzahl kirchlich gebundener Menschen geprägt. Diese Entwicklung war von der führenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gewollt und geplant.

Innerhalb der immer kleiner werdenden Gruppe von Christen bildeten die Katholiken noch einmal eine Minderheit.

In der vorliegenden Broschüre erzählt ein katholischer Seelsorger seine Erfahrungen in der ehemaligen DDR. Indem er sich nicht ausschließlich auf die Praxis kirchlicher Rituale beschränkte, sondern sich in das alltägliche Leben einmischte, bildete er nicht nur eine Angriffsfläche für staatliche Stellen. Er wurde auch innerhalb der katholischen Kirche unbequem. Besonders sein Engagement in der Jugendarbeit, die Beziehungen zu Polen und sein Einsatz für ein Miteinander von evangelischer und katholischer Kirche, sowie die Diskussion gesellschaftlicher Probleme im Aktionskreis Halle wurden argwöhnisch beobachtet und vielfach behindert.

Die zielgerichteten Versuche, ihn von seinem Verständnis eines gelebten Glaubens abzubringen, beschränkten sich nicht nur auf seine Arbeitsfelder. Im „operativen Zusammenwirken“ wurde sein Promotionsverfahren an der Martin-Luther-Universität Halle behindert. Eine besonders perfide Maßnahme des MfS war auch die versuchte Diskreditierung seines Rufes als Priester durch die Versendung manipulierter Fotos im halleschen Raum. An seiner Geschichte wird deutlich, daß neben dem Ministerium für Staatssicherheit Staatsorgane wie der Rat des Bezirkes und andere Einrichtungen, wie z. B. die Hygieneinspektion oder die Polizei, die von der SED vorgegebenen Ziele im Zusammenwirken durchsetzten.

Mein Dank gilt Dr. Claus Herold, der sich der Mühe unterzogen hat, aus seinen gemachten Erfahrungen einige auszuwählen und hiermit der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Der Geschichte des Aktionskreises Halle wird ein eigener Band in der Reihe „Sachbeiträge“ gewidmet werden.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

1. Kapitel

Korrekturen und Erklärungen zum Auskunftsbericht

Für die Leser dieser Broschüre habe ich einen sogenannten „Auskunftsbericht“ von 1981 an den Anfang gestellt.

Dieser und andere wurden vom MfS im Abstand von mehreren Jahren, z. B. zu Beginn neuer operativer Personenkontrollen (OPK) oder auch bei der Eröffnung und Einarbeitung staatsfeindlicher Tätigkeiten in Operativen Vorgängen (OV) verwendet.

Dieser ist für mich wegen vieler falsch aufgenommener und danach immer weiter gegebener unrichtiger Personaldaten ein typisches Beispiel dafür, wie wenig oder auch wieviel man von solchen Angaben, wie sie unsere Stasi-Akten enthalten, für wahr halten darf.

Andere Daten erklären sich dem jeweiligen Leser damals wie heute durch ihre bloße Erwähnung wie Auslassung nicht. Ein Beispiel: „Nicht-Teilnahme an den Wahlen“ und demgegenüber die „Ausnahmen“. 1957 ging ich zur Kommunalwahl, weil ich gegen meine sonstige Praxis für die verschiedenen Bauunternehmungen, die auf der Kreisebene Wittenberg legalisiert worden waren, und allein dem Mut einzelner Behördenmitglieder: dem Bürgermeister im Rat der Gemeinde Bad Schmiedeberg bzw. einzelnen Abteilungsleitern beim Rat des Kreises zu verdanken waren, für deren Wiederwahl ein Zeichen setzen wollte. Oder Beispiel 1967: Wem ist heute noch bewußt, daß es damals um eine echte Wahl-Alternative mit „Ja“ oder „Nein“ zur neuen Verfassung der DDR ging? Damals haben wir jedermann aufgefordert, im Wahllokal in der Kabine seine „Nein-Stimme“ abzugeben. Leider mit wenig Erfolg; auch in unseren Kirchengemeinden!

Die politische Einschätzung im Dokument ist sachlich richtig, natürlich ideologisch eingefärbt. Vieles zu meiner Person fand ich in anderen MfS-Akten als Ergänzungen und Vertiefungen meines „negativ-klerikalen“ Standpunkts ausführlich wieder.

Zur Biographie

Mein Geburtsjahr ist 1929 (siehe Auskunftsbericht S. 1 oben!).

Mein Vater war mit dem Ende des ersten Weltkrieges als Oberleutnant aus dem kaiserlichen Heer entlassen worden. Er studierte in Göttingen und Halle Jura, ging in die Wirtschaft und war zu Beginn des 2. Weltkrieges kaufmännischer Angestellter, Prokurist. Im August 1939

AUSKUNFTSBERICHT

Herold, Claus, Josef
geb.am: 23.10.1929 in Halle
PKZ: 231029 4 15333
katholischer Geistlicher



Vater: Herold, Karl
geb.am: 12.9.1880 in Herfort
wh.: Herfort

Mutter: gebn. Struthmann, Maria
geb.am: 22.1.1905 in Herfort
wh.: Herfort

Wohnanschriften

1954 Bad Schmiedeberg, Markt 2
1957 Magdeburg, Prälatenstr. 35
1962 Magdeburg, Meydeckstr. 8
1968 Halle, Güthenstr. 21

Biographie

1928 am 23.10. wird H. als Sohn in einer kleinbürgerlichen Familie in Halle geboren. Sein Vater war ab 1933 Angehöriger der faschistischen Wehrmacht. Sein letzter Dienstgrad war Major.

1947 Übersiedlung der Familie H. in die heutige BRD. H. selbst besuchte bis 1947 die Oberrealschule in Halle bis zur 11. Klasse und legte dann am Humanistischen Gymnasium 1949 in Halle sein Abitur ab.

1949 - 50 Studium an der Theologischen Fakultät in München

1952 Rückkehr nach Paderborn und Übersiedlung in DDR

1954 nach Fortsetzung des Priesterstudiums wird H. 1954 in Huysburg zum Priester geweiht.

1954 Tätig als Kuratus in Bad Schmiedeberg

1954 Dekanats Jugendseelsorger f.d. nördliche Teil des Dekanates Wittenberg

1957 Vikar in Magdeburg, Propstei

1960 vic. subst. in Magdeburg, Propstei

1961 Diözesanjugendseelsorger f.d. Erzbischöfliche Kommissariat Magdeburg

1968 Pfarrer in Halle "Heilig Kreuz"

1978 Promotion an der MLU Halle, Sektion Theologie

1954 Nichtwähler
1958 "
1961 "
1963 "
1965 "
1957 An Wahlen teilgenommen
1967 " " "
1970 " " "

Einschätzung seiner politischen Einstellung

- Die Grundeinstellung, die H. zu politischen und u.a. kirchenpolitischen Problemen besitzt, kommt in seiner Äußerung: "Wir müssen gegen ankämpfen, daß die katholische Kirche in der DDR zur reinen Kultkirche wird. Sie muß sich auch mit den echten Problemen der katholischen Christen beschäftigen und dieses gegebenenfalls gegenüber der Gesellschaft durchsetzen." Hierzu ist das Streben des H. zum Ausdruck gebracht, die sozialistischen Machtverhältnisse in der DDR anzugreifen und wenn möglich zu revidieren. Dem entspricht die gesamte Handlungsweise des H.
- Im Zusammenhang mit der 1970 erfolgten Abberufung des Weihbischof Rintelen und Neueinsetzung des Bischof Braun im Bischöflichen Amt Magdeburg entstand als Opposition zu dieser Maßnahme der "Aktionskreis Halle", zu deren Initiatoren der H. zählt. Am 15.4.1970 werden Bischof Braun ultimative Forderungen und Erwartungen an dessen Tätigkeit als Bischof durch den "AKH" gestellt. H. zeichnet für dieses Schreiben verantwortlich.

bei der Mobilmachung zum 2. Weltkrieg wurde er als Oberleutnant der Reserve zur Wehrmacht einberufen: Infanterieregiment 53 Naumburg/Saale. Zu Kriegsende 1945 war er Major und geriet in englische Kriegsgefangenschaft. Wie alle anderen Wehrmachtsoffiziere wurde er aus der britischen Besatzungszone nicht nach Halle in die sowjetische Besatzungszone entlassen, sondern blieb interniert in Schleswig-Holstein. 1947 von dort entlassen nach Herford in Westfalen (britische Besatzungszone), wohin er 1949 aus Halle seine Frau und meine beiden Geschwister „übersiedeln“ ließ.

Mein Lebenslauf hatte mit dieser Haushaltsgründung in Herford und Familienzusammenführung nichts zu tun.

Ich verließ Halle am Dienstag vor Pfingsten 1947 und überschritt die „grüne Grenze“ bei Ilsenburg im Harz. Denn am Tage zuvor war ich von Beamten der SMAD* in die Kommandantur (Luisenstraße) geholt worden. Im Ergebnis der ersten Vernehmung warf man mir wegen der Kontakte nach Berlin (Altbuchhorst) und der Teilnahme an der BDKJ*-Gründungsveranstaltung vom 24.-28. März 1947 in Hardehausen und am Ostertreffen im April in Hardehausen-Westfalen „Spionageverdacht“ vor. Noch einmal in Freiheit entlassen, suchte ich am gleichen Abend mit Kaplan Hugo Aufderbeck den Hallenser Dechanten Albert Nolte auf, und beide rieten mir - unter dem Eindruck der gerade erfolgten Verhaftung von Ewald Ernst („Junge Union“) und ersten Vernehmungen katholischer Studenten, Halle stehenden Fußes zu verlassen und zu versuchen, über die Zonengrenze nach Paderborn zu entkommen. Nach Pfingsten traf dort auch der Hallenser Studentensprecher Viktor Krause ein. Mein Nachfolger als Dekanatsjugendführer von Halle, Michael Ulrich, wurde leider bald darauf verhaftet. Gott sei Dank blieb er nur einige Monate in Untersuchungshaft. Wir sahen uns zu Beginn unseres gemeinsamen Theologiestudiums in Paderborn, bzw. in Bad Driburg wieder. Der zuerst, im März 1947, in Halle aus unserer Gemeinde verhaftete Ewald Ernst wurde dagegen „wegen Spionage“ von einem sowjetischen Militär-Tribunal zu 25 Jahren Haft verurteilt und nach Bautzen verbracht. 1954 wurde er in die Bundesrepublik entlassen.

Ich wurde noch im Juni 1947, am Ende des 11. Schuljahres, in Warburg/Westf. in das neu errichtete humanistische „Gymnasium Marianum“ aufgenommen. Nach durchlaufener Unter- und Oberprima bekam ich am 5. Februar 1949 das Abiturzeugnis.

Zum nachfolgenden Sommersemester 1949 wurde ich an der Philosophisch-theologischen Akademie in Paderborn immatrikuliert. 1950/51 studierte ich ein Jahr an der Universität München. Zum Wintersemester

* SMAD - Sowjetische Militäradministration

** BDKJ - Bund der Deutschen Katholischen Jugend

496

HAUS ALTENBERG

11. März 1947.

Einladung

zur Hauptkonferenz der Führerschaft der Katholischen Jugend
vom 24. bis 28. März in Hardehausen.

Der 24. März ist Anreisetag. Beginn der Verhandlung am 25. morgens 9 Uhr. Schluß 28. März mittags.

Aufgabenstellung der Tagung.

1. Die Frage der Christlichen Arbeiterjugend (25.3.).
Des Programms der Industrijugend "in Gelsen und innerhalb der Katholischen Jugend. Vortrag von Domherr Cardyn, den Erbk. der J.O.C. in Belgien und Frankreich. Form und Vorgehen der Aktion: CAJ in Deutschland. - Die Mitarbeit in der Gewerkschaft und in der sozialen Körperschaft. Gese als Schulungskurse, Sozialesseminar.
2. Die Frage "Das Jungführertum in der KJ". (Theologisches Referat von Prof. Pascher, München, "Priester und Laie in der Kirche" - (25. März). Grundsätze und praktische Gestaltung der Laienführung in der KJ. Die Konstitution der Führerschaft. Die Frage eines Führungsringes innerhalb der Führerschaft.
3. Grundfragen der Ordnung in der KJ.
Charakter der KJ als katholische Gemeinschaft oder als kirchliches Organ. Sinn und Aufgabe des Ganges der KJ. Bindung und Freiheit der Gliederungen. Unser Haus Altenberg als Hauptstelle der Katholischen Jugend. - Die Frage der BDKJ in der KJ und im deutschen Sport.
4. Stellungnahme zu öffentlichen Problemen um das Schicksal der deutschen Jugend.
Es soll zu einzelnen Fragen in Kurzreferaten die Vorschläge aufgestellt und vom Plenum der Führerschaft, so es geboten erscheint, in Entschlüsseungen Stellung genommen werden. Bisher sind folgende Punkte genannt worden: Die Friedenskonferenz, das Ostproblem für die Jugend, Schicksal der Heimatvertriebenen Jugend, Osthilfe durch Patenschaften, die Grundrechte des Brandenburger Jugendparlamentes, Kultbund demokratischer Jugend, Jugendkriminalität.

Vorgeschau ist, daß in Lauf der Tagung eine getrennte Konferenz der Frauenjugend stattfindet.

Bemerkungen:

- a) Die Bedingungen gelten ausschließlich für die Person. Ohne besonderer Anweisung kann niemand anderen te. Inhabern. Gegebenenfalls telegrafische Anfrage bei der Hauptstelle.
- b) Bahnstationen: Ost-Scherfede, Ströcke Warburg-Hagen oder Station Bonenburg, Ströcke Warburg-Altenberg. Von Scherfede und von Bonenburg ca. 4 km.
- c) Mitzubringen ist:
Abbildschonung 9 oder Reisemarken, Schlafsack oder Bettwäsche (möglichst Decke).

Auf dem: Ist die Fahrt auch nicht einfach wegen der Witterung und anderer Widrigkeiten, es geht um große Aufgaben. Der Leben und der Bewegung Katholischer Jugend soll ein Tor geöffnet werden!

Gott befohlen und auf Wiedersehen!

Haupt
Haupt: ...

Dokument 2: Einladung zur „Hauptkonferenz der Führerschaft“ zum 24. März 1947 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Treffen vom 24. - 29.3.47 Hardehausen.

Stf.-Nr.	Name	Wohnort	Funktion
1.	Rintelen Friedrich	Paderborn	
2.	Klens Hermann	Paderborn	
3.	Mertens Haas	Vlotho, Jugendhof	Vertr.d.K.J. f.d.Brit.Zone
4.	Neisinger Oskar	Wüzburg, Bruderhof 7	Diözesanführer
4.	Burkard Erwin	Wüzburg, Steinbachtal 48	Vertr.d.M.C.
6.	P.L. Esch	Köln, Stolzestr. 1a	N.D.
7.	Graf Else	Bonn-Venusberg Liebfrauenhaus	Diöz. Sekretarin f. Köln
8.	Ulrich Annelies	Speyer, Guidostiftspl.3	Diöz. Führerin
9.	Richtstätter Elisabeth	Osnabrück, Wiquelstr.21	Diöz. Führerin
10.	Melcher Marianne	Münster, Maikottenweg 208	Vertr.d.Helland
11.	Weiss Traudl	München, Montgelasstr.22	Bf.d.Helland
12.	Dieckhoff Hedwig	Zinderhaus üb. Münster	Vertr.d.Helland
13.	Frankzepp Christian	Speyer, Augustinerasse 1	Diöz. Führer
14.	Gepp Ferdinand	Münster, Dodostr. 19	Diöz. Führer
15.	Meyer Elisabeth	Regensburg, Kreuzg. 21	Diöz. Führerin
16.	Hauser Theresia	Kernau/Neckar	"
17.	Marie Weilerbacher, Kelzen (Wf.)		Regensburg
18.	Bolwin Fr. Martin / H.		
19.	Elisabeth Meyer, Regensburg		
20.	Elisabeth Meyer, Linde, Regensburg		
21.	Helene Meyer, Regensburg		
22.	Elisabeth Meyer, Regensburg		
23.	Helene Meyer, Regensburg		
24.	Helene Meyer, Regensburg		
25.	Helene Meyer, Regensburg		
26.	Helene Meyer, Regensburg		
27.	Helene Meyer, Regensburg		
28.	Helene Meyer, Regensburg		
29.	Helene Meyer, Regensburg		
30.	Helene Meyer, Regensburg		
31.	Helene Meyer, Regensburg		
32.	Weilerbacher Maria	Vinzzenheim	
33.	Holzney Friedrich	Erlangen, Frankenstr. 8	Vertr. "
34.	Kern Charlotte	Mainz, Breidenbacherstr. 12	Jg. Sekretär
35.	Sauer Johannes	Lüdenscheid Kampstr. 8	Vertr. Quickborn
36.	Schmidt Elisabeth	Düsseldorf, Gumbertstr. 35	Studentenvertr.
37.	Berandt Antonius	Düsseldorf, Talstr. 12	"
38.	Grass Helmut	Wuppertal, Hüffert 7	"
		München, Kaulbachstr. 31a	"
X39.	Rabsch, Bernhard	Halle/Saale	
40.	Wolker, Ludwig	Altendorf	
X41.	Schneider, Felicitas	Berlin	Diöz. Führer
43.	Liechoff, Friedemann	Münster	
X44.	Marohl, Hans Georg,	Berlin	Diöz. Führer

Wegen russischer Zone wurden die Positionen 39, 41 u. 44 in der Liste ungenügend gemacht u. St. (44 u. 45)

8

Abgangs-Zeugnis

Land Good

geboren am 23. Oktober 1929, zu Goll, Jona

Kreis *Gulib* , *Postfach* Bekenntnisses,

Soim Tochter des Kochersheim Carl Gustav

in Gallen, Kanton, hat die A.H.Francke-Schule

von 01. Aug. 1940 bis 10. Juni 1947.

die 11. Klasse seit Herbst 1946 besucht.

Allgemeine Beurteilung:

Körperliches Empfinden mittelst,
Schmerz, verbunden mit Krämpf.

1006, 12, 44, L0359

9

Städtische Oberschule für Jungen, Warburg

9-klassige höhere Lehranstalt

Zeugnis der Reife

Claus Herold
geboren den 23. Oktober 1929 zu Halle/Saale Kreis
Kath. Bekenntnisses, Sohn Tochter des Kaufmanns Karl Herold
in Warburg, war 2 Jahre auf der Oberschule für Jungen in Warburg
und zwar 2 Jahre in Prima.

Kenntnisse und Fähigkeiten:

1. Religion: <u>gut</u>	8. Erdkunde: <u>sehr gut</u>
2. Deutsch: <u>sehr gut</u>	9. Mathematik: <u>nicht genügend</u>
3. Lateinisch: <u>genügend</u>	10. Physik: <u>genügend</u>
4. Griechisch: <u>genügend</u>	11. Chemie: <u>genügend</u>
5. Englisch: <u>genügend</u>	12. Biologie: <u>gut</u>
6. Französisch: <u>genügend</u>	13. Musik: <u>gut</u>
7. Geschichte: <u>sehr gut</u>	14. Zeichnen/Kunsterziehung: <u>gut</u>
	15. Leibesübungen: <u>—</u>

Er — hat die Reifeprüfung bestanden.

Der unterzeichnete Prüfungsausschuß hat ihm — demnach das Zeugnis der Reife zuerkannt.

Herold will Theologie studieren.
Warburg, den 5. Februar 1949



Der Prüfungsausschuß:

Vorsitzender: Geisler
Vertreter der Stadtgemeinde: Heinrich
Studienrat: Heinrich
Studienrat: Heinrich
Studienrat: Heinrich
Studienrat: Heinrich



Der Rat

des Landkreises Oschersleben
Bezirksamt innere Verwaltung
- Gemeindeabteilung -

Oschersleben (Hode), den 23. April 1952
Straße der Freundschaft 5
Telefon 371 - 378
Bearbeiter: Staender Hausapparat: 64

Abt. II/3 A.
(Bei Anträgen und Rückfragen bitte ansetzen)

Zuzugsgenehmigung

Gegen den Zuzug in den Kreis Oschersleben, der
nachstehend aufgeführten Theologen, sämtlich wohnhaft in
Paderborn, Leostr. 19, bestehen keine Bedenken:

- | | |
|---------------|-----------|
| 1. Wolfgang | Berad |
| 2. Josef | Faulhaber |
| 3. Eugen | Gedik |
| 4. Hans-Peter | Gospos |
| 5. Meinolf | Habitzky |
| 6. Franz | Heimbrod |
| 7. Claus | Herold |
| 8. Franz | Kapaun |
| 9. Georg | Kirch |
| 10. Viktor | Krause |
| 11. Bruno | Lange |
| 12. Helmut | Langos |
| 13. Hans | Latzke |
| 14. Georg | Pawlik |
| 15. Max | Pritze |
| 16. Gerhard | Schober |
| 17. Alois | Seipelt |
| 18. Albert | Stitz |
| 19. Reinald | Zimt |
| 20. Eberhard | Gosniak |
| 21. Waldemar | Karl |
| 22. Alfons | Kölner |
| 23. Bruno | Weinreich |

Die Genehmigung hat eine Gültigkeit von 4 Wochen, gerechnet vom
Tage der Ausstellung an.



Der Fünfjahrplan ist der Plan des Kampfes um ein besseres Leben und
zugleich eine starke Waffe im Kampf um die Einheit Deutschlands!

MDV. IV - 10 - 12 - 10 - 315 - 2200, 1725

Dokument 5: Abitur-Reifezeugnis Warburg (Auch hier hat das 1947 wiedererrichtete „Gymnasium Marianum“ noch keine besseren Formulare!)

Dokument 6: „Zuzugsgenehmigung“ 1952 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

1951 wurden wir nach Paderborn zurückgerufen. Im März 1952 kam aus Magdeburg Weihbischof Dr. Rintelen in das Seminar und warb für die Rückkehr in die DDR: Zwei Studienjahrgänge, bereits mit theologischem Abschlußexamen, sollten in das Priesterseminar Huysburg bei Halberstadt übersiedeln. Die jüngeren Semester wurden zum Studium in das zur gleichen Zeit neugegründete Priesterseminar in Erfurt geschickt. Die staat-kirchlichen Vereinbarungen sahen vor, daß für die Zukunft keine Neupriester mehr aus Westdeutschland in die Umsiedlergemeinden im Territorium der DDR geschickt werden dürften. Einreiseerlaubnis für die Übergangszeit sollten außerdem nur die Kandidaten bekommen, die auf dem Gebiet der DDR geboren waren oder ihre Heimat in den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze gehabt hatten. Im Zusammenhang mit meiner Rückkehr in die DDR wurde bei der Antragstellung durch den Berliner Prälaten Zinke, als Kommissar der Deutschen Bischofskonferenz, die Staatssicherheit noch einmal ad personam kontaktiert. Bericht nach Paderborn, daß Claus Herold wegen seiner illegalen Ausreise aus der „Zone“ und der vorangegangenen Maßnahmen des sowjetischen Geheimdienstes in der 1949 gegründeten souveränen DDR nichts zu befürchten hätte, da „Jugendsünden“ aus der Besatzungszeit nicht mehr verfolgt würden. Im Klartext bedeutete das für mich: „Freie Fahrt!“ Meine Einreise zur Huysburg erfolgte am 11. Mai 1952.

2. Kapitel

Kuratus in Bad Schmiedeberg

Mit meiner Ernennung zum Kuratus in Bad Schmiedeberg war die bis dahin der Kuratie Pretzsch zugeordnete Außenstelle Bad Schmiedeberg in der Gesamtpfarrei Lutherstadt Wittenberg auf dem Papier ein eigenständiges Gemeindezentrum geworden. Die im Umkreis von bis zu 10 km liegenden Ortschaften in der Heide wurden nicht nur aus Pretzsch, sondern auch aus den beiden anderen Nachbarkuraturen Kemberg (Pfarrei Wittenberg) und Bad Dübener (Pfarrei Eilenburg) dem mir zugeschriebenen Territorium zugeordnet. Im Gemeindezentrum - und natürlich auch auf den Dörfern - gab es keinen eigenen katholischen Gottesdienstraum, kein Unterrichtszimmer für den Religionsunterricht und auch keine Wohnung für den Pfarrer. Für die Gottesdienste überließen die evangelischen Gemeinden an allen Orten ihre Kirchen bzw. Friedhofskapellen und für den Religionsunterricht, soweit er nicht in Klassenzimmern der Schulen abgehalten werden konnte, standen uns meist in den

Pfarrhäusern die Konfirmandensäle zur Verfügung. Das hatte sich in hunderten von Fällen, übrigens schon seit dem Zustrom der katholischen Evakuierten in den letzten Kriegsjahren zum „Gastrecht“ entwickelt. Unbekümmert von kleinen Reibereien wegen der Zuweisung ungünstiger Gottesdienstzeiten, Verbot des Glockenläutens, zu hoher Forderungen an Mietzahlungen u. a. m., fand ich in Schmiedeberg auch persönliche Animositäten der „protestantischen Pastoren“ gegen den jungen Pfarrer vor. Beim Antrittsbesuch „vergatterte“ mich der Herr Stadtpfarrer, in der (vorreformatorischen) Patronatskirche zum Hl. Nikolaus „von der Maria nicht zu predigen“, „keinen Weihrauch zu benutzen“ und wie bisher nur an Sonn- und Feiertagen frühestens zwei Stunden nach dem evangelischen Gottesdienst, keinesfalls aber an den Werktagen „die Messe zu lesen“. So sollten falsche Gewohnheiten und möglicherweise Gewohnheitsrechte von Anfang an draußen vor gehalten werden. Deswegen entstand für mich und die katholische Ortsgemeinde Handlungsbedarf, mit fast ausschließlicher Sympathie unserer evangelischen Glaubensgeschwister, die mit dieser Anordnung ihrer Pastoren nicht einverstanden waren. Die kleine Flüchtlingsgemeinde, am Ort etwa 800 Personen, fand auf der Suche nach dem letzten ihr verbliebenen Stück „Heimat“ und wiederzugewinnender Identität bereits im Sommer 1954 im Zentrum der Stadt eine Werktagskapelle mit Sakristei und Unterrichtsraum. Nicht zuletzt hatte uns das Verbot unserer damals täglichen „Marienandachten“, die von Jung und Alt aufgesucht und von den einzelnen Landsmannschaften mit ihren Lied- und Gebetstraditionen abwechselnd gestaltet wurden, zu dieser „Selbsthilfe“ motiviert. Auch die erste Firmung durch den Paderborner Erzbischof, Dr. Lorenz Jäger, gab der Flüchtlingsgemeinde in Bad Schmiedeberg großen Auftrieb: Der Schuldirektor gab unterrichtsfrei. Der Bürgermeister öffnete den städtischen Glockenturm der evangelischen Stadtkirche und ließ die „Kurkapelle“ vom Umgang herab Choräle blasen. Er hielt das erste Grußwort für die Bürgerschaft an den aus Westdeutschland (zum ersten und, was wir damals nicht wußten, zum letzten Mal) in die Dübener Heide gekommenen „Oberhirten“. Erzbischof Jäger visitierte noch unsere kleine gepachtete Werktagskapelle. Aber er stärkte unser aller „Vision“ von einer eigenen, neuen Kirche so sehr, daß wir ihn und seine zuständigen Vertreter in Paderborn in den nächsten beiden Jahren 1955/56 mit Wissen seines Magdeburger Weihbischofs massiv um Hilfe bitten konnten. In jenen Jahren duldete der atheistische Staat keinerlei „Schenkungen“ für die Kirche, keine Grundstücksverkäufe mit grundbuchlicher Eigentumseintragung. Es war ein Wunder, daß wir mit Unterstützung und entsprechenden Hinweisen der lokalen Behörden im Sommer 1956 hinter dem Kurhaus der Badestadt eine Fabrikrunde auf etwa 2 ha Grund und Boden kaufen und im Grundbuch eintragen lassen konnten. An eine entsprechende Bauge-

Mit Zustimmung Sr. Erzbischöflichen Gnaden, unseres Hochwürdigsten Heeren Erzbischofs Lorenz, ernenne ich Sie hierdurch

auf Widerruf zum Kuratus der

Kuratie Bad Schmiedeberg

und zugleich zum Vikar (vicarius cooperator gemäß can 476 § 1 CJC)

der Pfarrei Wittenberg

mit dem Auftrage, die Seelsorge im Gebiete der Kuratie selbständig und verantwortlich auszuüben.

Ihre Vollmachten als Kuratus ergeben sich aus der umseitig aufgeführten Verfügung Riedl. Amtsblatt 1948 Nr. 58.

Ich hege die Erwartung, daß Sie alle mit dieser Stelle verbundenen Pflichten und Obliegenheiten mit priesterlicher Treue und Gewissenhaftigkeit erfüllen werden und sehe in Sie das Vertrauen, daß Sie unbeschadet der Ihnen als Kuratus zukommenden Selbständigkeit es an verständnisvoller Rücksichtnahme auf die Autorität des Pfarrers und die seelsorglichen Erfordernisse der Gesamtpfarrei, wie sie durch Ihre potestas vicaria wie auch durch die im Fluß befindlichen tatsächlichen Verhältnisse nahegelegt wird, nicht werden fehlen lassen.

Ihre Befoldung regelt sich nach unserer Befoldungsordnung für Vikare und erfolgt durch die Erzbischöfliche Befoldungskasse über die zuständige Kirchenkasse.

Der Stellenantritt ist sobald wie möglich zu bewerkstelligen, vorausgesetzt, daß der Dienst in Ihrer bisherigen Stelle sofort von Ihrem Amtsnachfolger oder von einem geeigneten Vertreter wahrgenommen werden kann.

Sie wollen alsbald berichten:

1. an welchem Tage Sie Ihr Amt in niedergelegt,
2. an welchem Tage Sie Ihre Stelle in Bad Schmiedeberg angetreten,
3. ob Sie mit Ihrem Amtsnachfolger wie auch mit Ihrem Amtsvorgänger über die etwa zwischen Ihnen zu teilenden Gehaltsbezüge abgerechnet haben,
4. ob Sie an der neuen Stelle eigenen Haushalt führen, welche Miete Sie monatlich zu zahlen haben und wie Ihre genaue Anschrift lautet.

Ugk.-Nr. 91 54.

Magdeburg-Paderborn, den 10. Februar 1954.

Hochwürden Heeren

Hauptpriester Claus Herold

in

Der Generalvikar



Weihbischof

B.D. 480 916/800 S. 48 A

nehmung glaubte die Magdeburger Kirchenbehörde leider nicht. Aber der Herr Weihbischof Dr. Rintelen tolerierte unsere Bemühungen um sogenannte „Umbaugenehmigungen“, die dann allerdings aus dem Paderborner Sonderetat zu finanzieren waren. Unter 20 000 „Ost-Mark“ Kosten konnte der Umbau einer großen Fabrikhalle zur Kirche örtlich genehmigt werden. Die eigentlich zuständige Bezirksregierung meldete sich erst, nachdem bereits Abbruch und Wiederaufbau bewerkstelligt und nichts mehr zu verbieten war (Richtfest 11.10.1956, Kirchweihe 8.12.1956). Auch die weiteren Teilgenehmigungen: für den „Glockenstuhl“ mit fünf Glocken (April 1957, Bauzeit vier Wochen), für das Pfarrhaus und ein sogenanntes „Küsterhaus“ anstelle des einstigen Bürotraktes wurden, immer unter der 20 000 Mark-Grenze gerechnet, 1957 aus dem Abriß neu gebaut.

Die letzte (4.) Genehmigung vom Rat des Kreises Wittenberg konnte ich im Frühsommer 1957 noch persönlich abholen, obwohl dies bei zunehmender „Zentralisierung“ des Verwaltungsapparates für unmöglich gehalten werden mußte. Da erhielt ich eine Woche vor meinem Umzug in das neugebaute Pfarrhaus aus heiterem Himmel meine Versetzung als Vikar an die Bischofskirche in Magdeburg. Was mir selbst, aber auch allen in der bei diesen Bauabenteuern zusammengewachsenen Gemeinde als „Härte“ erschien, wurde vom Herrn Weihbischof als „Beförderung“ und von den Mitbrüdern als Karriere sprung bezeichnet. Zunächst, da auch in Magdeburg für mich und meine Möbel kein Platz frei war, bekam ich Quartier im Gästezimmer der „Grauen Schwestern von der Hl. Elisabeth“ im St. Marien-Stift zugewiesen. Als ich dann doch vor Weihnachten in die Vikarswohnung bei „St. Sebastian“ umgezogen war, erfuhr ich bald mehr über die „Realitäten“ meiner Versetzung: An einem Nachmittag, mitten aus der Religionsunterrichtsstunde der 8. Klasse, ersuchten mich zwei nicht so freundliche, unbekannte Herren, mit zu ihrem Auto zu kommen. Ich konnte den erschreckten Kindern nur zurufen: „Sagt dem Herrn Propst und dem Herrn Bischof Bescheid!“ Dann fuhr man mich zur Magdeburger Kommandozentrale der Staatssicherheit in die Rathenau-Straße, wo ich vernommen wurde. Es ging gleich zur Sache: „Woher bekamen sie in Schmiedeberg das viele Geld? Wie kauften sie damals das Baumaterial? Wie erklären sie die 'illegalen Baugenehmigungen' bzw. Tolerierungen durch die örtlichen staatlichen Behörden?“

In mehreren Stunden der Stasi-Verhöre nahm ich wahr, man hatte kein Interesse an dem kleinen Kaplan Herold, sondern wollte mehr die Hintergründe recherchieren des Geldtransfers von Paderborn nach Schmiedeberg und vor allen Dingen die beträchtlichen Materiallieferungen aus den Rote-Armee-Beständen im Raum Leipzig.

Am späten Abend brachten mich die Verhörbeamten - wie ohne mein Zutun am Telefon mit dem Herrn Weihbischof vereinbart - bis vor seine Haustür in der Beethovenstraße zum „Rapport“. Danach habe ich nie wieder etwas in die-

ser Angelegenheit gehört und auch später keinen Direktkontakt zu Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes gehabt bis zum Ende der DDR.

Literatur zum Thema:

- „Tag des Herrn“, Leipzig, Nr. 2, 11.1.98, S. 13 „Blickpunkt“: „Über die Schwierigkeit im Sozialismus Kirchen zu bauen“
- H. J. Brandt: „Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn in Geschichte und Gegenwart“, 1993 bei Schöningh, Paderborn, z. B. S. 149/150



Erwerb, Abriß und Wiederaufbau der Fabrikgebäude an der Rosa-Luxemburg-Straße in Bad Schmiedeberg (Archiv Claus Herold, Halle/S.)



Bad Schmiedeberg (Dübener Heide), Kurhaus
(Verlag Bernhard Fensch, Bad Düben/Mulde)



Pfarrhaus: Rohbau Frühjahr 1957, „Gemeindehaus“ Abriß-Ruine: Baugenehmigung Sommer 1957 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

3. Kapitel

Das Heidehaus

Das so „wunderbar“ aus den Fabrikrainen hinter dem Schmiedeberger Kurhaus in weniger als einer Jahresfrist (1956/57) entstandene katholische Gemeindezentrum zog an allen Tagen den einen oder anderen Kurgast zum Mitfeiern der Messe, zur Andacht oder zum persönlichen stillen Verweilen in Kirche und Park an. Wir waren eine „offene Gemeinde“ und hatten im Gesamtbaukonzept unten im Glockenturm einen eigenen Aufenthaltsraum für Besucher mit einer guten Bücherei vorgesehen. An der gleichen Rosa-Luxemburg-Straße, an deren Anfang Kurhaus und Kirche lagen, befanden sich vor der Stadt ein großes Ferienlager : Die „Pionierrepublik Karl Marx“ und das städtische Freibad, das sich übrigens nach der „Wende“ zu einem großen Erlebnisbad für die weitere Umgebung entwickelte. Der Besucherstrom von und zu beiden Einrichtungen - es waren auch viele Kinder aus dem westlichen Ausland Gäste der „Vorzeige-Republik“ - berührte das Gemeindezentrum täglich. Auch aus diesem Grunde bekamen wir schon im ersten Jahr nach Fertigstellung unserer neuen Kirche und der ihr vorgelagerten drei Gemeindehäuser Anfragen und auch konkrete Hilfsangebote, in diesem Erholungs- und Feriengebiet der Dübener Heide auch eine kirchliche Ferieneinrichtung, z. B. für „religiöse Kinderwochen“ der Großstadtkinder vorzusehen. Unterstützt durch meinen Hallenser Freund, Pfarrer Friedhelm Wortmann, realisierten die Schmiedeberger diesen „Traum“ mitten in der Heide, etwa 2½ km Fußweg entfernt vom Gemeindezentrum. Auf 2 ha bewaldeter Fläche pachteten wir das „Heidehaus“ mitsamt den Schwiegereltern („Oma“ und „Opa“ Besdzik) des nach Westdeutschland verzogenen Dr. Noeske. Ein Zeltplatz mit 30 Feldbetten, Waschgelegenheit, Küchenerweiterung im Blockhaus und natürlich vorschriftsmäßige, neue Trockenklosetts wurden - getrennt für Jungen und Mädchen - in den Heidesand gesetzt, bzw. zwischen die Kiefern „gezaubert“. Am ersten Sonntag im Juli 1957 konnte die Schmiedeberger Gemeinde mit ihren evangelischen Freunden und Nachbarn aus den Pfarreien Wittenberg, Bitterfeld und Halle um den steinernen Feldaltar Gottesdienst und Einweihung feiern. Danach reiste bereits die erste Kindergruppe aus Halle an. Wie bei allen früheren Unternehmungen unserer jungen katholischen Kirchengemeinde sympathisierte sofort ein großer Teil der Schmiedeberger Stadtbevölkerung mit dem „Heidehaus“. Besonders die Kaufleute, private oder HO- und Konsumleiter, versorgten uns ausgezeichnet mit ihren Lebensmittellieferungen, Obst und Bäckereiwaren. Freilich ergab sich naheliegend und bald der Vergleich zwischen uns und den mehr oder weniger komfortablen Verhältnissen in dem „Massenlager“ der Pionierrepublik und zahlreichen anderen Betriebsferienlagern der Umgebung. Das sollte später nicht zur „Konkurrenz“ sondern sogar

unser Schutz werden! Die gleich in den ersten Ferientagen auch bei uns durchgeführten Gesundheitskontrollen hatten wie bei den übrigen o. g. Ferieneinrichtungen routinemäßig stattgefunden. Doch da platzte am 19. Juli die Bombe: „Schließung des Lagers binnen zwei Tagen“.

Das geschah an einem Freitag. Aber ich unterstellte, daß sich in unserem gestörten „Wald-Frieden“ definitiv über das Wochenende nichts ereignen würde, weil ja die nach anstrengender Wochenarbeit geschlossenen Dienststellen nichts unternehmen würden. Beim federführenden Herrn Kreisarzt meldete ich darum für Montag, 22. Juli meine Vorsprache und Beschwerde an. Für Sonntag, den 21.7.57 lud ich alle Schmiedeberger und abkömmliche Familien aus den Dörfern zum Gottesdienst am „Heidehaus“ ein. Auch aus den Pfarreien Wittenberg, Bitterfeld und Halle erwarteten wir die altbekannten und informierten „Ausflügler“. Nach der Messe am Feldaltar gab es eine sehr erregte Diskussionsversammlung bei gleichzeitigem Picknick von einigen hundert Leuten. Gegen Nachmittag erschienen auch Pfarrer Wortmann und einige Mitbrüder aus Halle und wie schon oft die beiden Vikare von Wittenberg. Den Rücken so gestärkt trug ich am nächsten Morgen im Dienstzimmer des Wittenberger Kreisarztes unseren Einspruch gegen seine Verfügungen mündlich wie auch schriftlich vor. Es ergab sich bald ein hitziges Gespräch, das immer mehr die im Zimmer anwesenden „Hintermänner“, die sich mir nicht einmal vorgestellt hatten, an sich rissen. Diesen Herren machte ich zum Ende der Auseinandersetzung deutlich, daß sie mit so eklatanten Unrechtsmaßnahmen die Staatssicherheit der DDR nicht schützen würden, sondern den Auszug aller Deklassierten, in diesem Falle christlichen „Heimatlosen“, aus diesem Lande beschleunigten. Das war natürlich „starker Tobak“ und ich mußte schon damit rechnen, daß man mich wegen „Staatsverleumdung“ gleich dabehalten würde. Da setzte jedoch der Kreisarzt einen neuen Termin für seine persönliche Ortsinspektion für den nächsten Tag an. Zwei PKW mit bekannten Mannschaften erschienen daraufhin am 23. Juli. Es gab eine Reihe von Auflagen im Sinne der gültigen Verordnungen und das Fazit, schriftlich: „Wir ziehen hiermit die erlassene Anordnung, das Lager zu schließen, zurück.“

Der Sommer, immerhin noch vier Augustwochen, war gerettet! Sofort eilten Schmiedeberger Zimmerleute, Dachdecker und Tischler auf die „Baustelle“, betrachteten das Schreiben des Kreisarztes als Baugenehmigung und verdoppelten nach seinen Auflagen die Grundfläche des Heidehauses um zwei Räume. Sie errichteten außerdem eine rustikale Waschbaracke und das Sporthaus Schnee in Halle lieferte binnen einer Woche ein großes GST-Mannschaftszelt.

Pachtvertrag

Zwischen

Herrn Dr. Gotthard Nöske aus Anweiler /Pfalz
vertreten durch seine Vollmachtnehmer, die Eheleute Bernhard
Besdzik und Rose geb. Scheilling aus Scholis Ars. Wittenberg

Verpächter

und
der Katholischen Kirchengemeinde Bad Schmiedeberg,
vertreten durch den Pfarrer Claus Herold aus Bad Schmiedeberg,

Pächter

wird folgender Pachtvertrag geschlossen :

§ 1.

Herr Dr. Gotthard Nöske, vertreten durch seine Vollmachtnehmer
verpachtet hierdurch seinen in Scholis belegenen und im
Grundbuche von Ockeln Blatt 143 verzeichneten Grundbesitz an
die katholische Kirchengemeinde Bad Schmiedeberg für kirchliche
Zwecke.

Mitverpachtet sind die auf dem Grundbesitz befindlichen Gebäude,
nämlich das Heidehaus, Schuppen und Aussenklosett, an dem
Mietvertrag zwischen dem Verpächter und seinen Vollmacht-
nehmern ändert sich jedoch nichts.

Neben den Gebäuden besteht der verpachtete Grundbesitz aus
1,78 ha Heide, Vorgarten und Spielplatz.
Dem Pächter ist insbesondere gestattet, den gepachteten Grund-
besitz für religiöse Einkehrtage und Werkwochen im Rahmen
der Jugendseelsorge zu nutzen

§ 2.

Der Pachtpreis ist jährlich 360.- DM (Dreihundertsechzig)
und ist vierteljährlich bis zum dritten Werktag eines jeden
Kalendervierteljahres im Voraus fällig.

§ 3.

Die Pachtzeit ist zunächst zehn Jahre. Sie hat begonnen am
1. Juni 1957 und endet am 31. Mai 1967. Wird das Pachtverhältnis
nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Pachtzeit ge-
kündigt, so verlängert es sich jeweils stillschweigend um
ein weiteres Jahr.

Die Kündigung muss schriftlich erfolgen, spätestens sechs Monate
vor Ablauf der Kündigungszeit.

Die Kündigung gilt als rechtzeitig zugegangen, wenn sie unter
Einschreiben an die letzte bekannte Anschrift des Vertrags-
gegners abgesandt ist.

§ 4.

Der Pächter darf bauliche Veränderungen, innerbauliche
Umgestaltungen usw. zur Schaffung von Räumen vornehmen

wie sie die Seelsorge beziehungsweise Betreuung im Rahmen
des oben zu [] beschriebenen verlangt.

Die Kosten dieser baulichen Veränderungen trägt der Pächter.
Grössere bauliche Veränderungen die auf Rechnung des Ver-
pächters vorgenommen worden sollen, bedürfen dessen Ge-
nehmigung. Die Genehmigung muss schriftlich erteilt sein.
Nach Ablauf des Pachtvertrages gehen die baulichen Ver-
änderungen in das Eigentum des Verpächters über.

§ 5.

Die im § 1 genannten Räume reichen für die Betreuungszwecke
der Pächterin nicht aus, und sie werden deshalb zunächst um
ein Verandenanbau (Tagesraum und kleines Zimmer) erweitert.
Die Kosten für diesen Ausbau sowie für die dadurch notwendig
gewordenen Erweiterungsarbeiten an der Wasserversorgung,
Klosettanlage, Schuppen usw. trägt der Verpächter. Die Pächterin
schiesst diesen Betrag jedoch zunächst vor. Die Pächterin
ist ermächtigt den von ihr vorgeschossenen Betrag mit der
fälligen Pacht zu verrechnen. Die Verrechnung erfolgt so,
dass in jedem Jahr, in dem die Pächterin das Objekt pachtet,
ein Zehntel des von ihr vorgelegten Betrages unter An-
rechnung auf den in § 3 vereinbarten Pachtpreis abgebucht wird.
Endigt das Pachtverhältnis vor entgeltlicher Tilgung des vorge-
legten Betrages, so wird der noch offene Betrag vom Ver-
pächter der Kirchengemeinde nach besonderer Vereinbarung er-
stattet.

§ 6.

Dachreparaturen, Reparaturen an den Aussenwänden und die Be-
seitigung anderer Schäden die nicht durch den Pächter ver-
ursacht sind, trägt der Verpächter. Für Schäden die durch die
Pachtausübung entstanden sind, haftet der Pächter.

§ 7.

Der Pächter übernimmt ohne Anrechnung auf den Pachtpreis
die Grundsteuern und die Gebäude-Feuerpflichtversicherung.
Auf Verlangen des Verpächters hat der Pächter jederzeit
die rechtzeitige Zahlung der Versicherungsprämie nachzuweisen.

Der Verpächter ist berechtigt, das Grundstück ~~am~~ jederzeit
zum Zwecke der Besichtigung zu betreten.
Ausgenommen von der Verpachtung sind die Erträge des auf
der verpachteten Heide bestehenden Kiefernbestandes.

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der
Schriftform.

Die Kosten dieses Vertrages trägt der Pächter.

Bad Schmiedeberg, den 2. Juli 1957

Für den Pächter :

Trans Jemel

Für den Verpächter :

*Ante Lohmeyer geb. Huth
Kunzmann Huthjens*

Hygieneinspektion des Kreises

Wittenberg

An den
Lagerleiter des Gemeinschaftslagers
des Kath. Pfarramtes "Heiliges Kreuz"
Halle, im Heidehaus Scholis

Ogkeln Ortst. Scholis
Kr. Wittenberg

Wittenberg, den 19. Juli 1957
Geg. am 19.7.57
Wallstr. 1
Ruf: 501,502

Az.: Co./Me. 5-4

Gegen Postzustellungsurkunde

Betr.: Hygiene in Gemeinschaftsküchen; hier: Überprüfung Ihres
Gemeinschaftslagers am 16. 7. 1957

Am 16. Juli 1957 führten Organe unserer Dienststelle eine sanitär-hygienische Überprüfung Ihres Gemeinschaftslagers durch, bei welcher festgestellt werden mußte, daß die Küchenverhältnisse Ihrer Gemeinschaftsküche außerordentlich beengt sind, und nicht der geforderten Kapazität entsprechen. Durch diese Enge wird das Arbeiten des Küchenpersonals, welches im übrigen in der Führung einer Gemeinschaftsküche unerfahren ist, sehr erschwert, so daß am Tage der Kontrolle ein mangelhafter Zustand der Küche bezüglich der Sauberkeit festzustellen war. Im Lagerkeller wurden leichtverderbliche Lebensmittel, wie Butter, Brot etc. pp. mit Kartoffeln und Gemüse gemeinsam gelagert. Eine solche Lagerung ist nach der VO über die Führung von Gemeinschaftsküchen vom 18. 5. 1955 nicht statthaft. Ferner sind die Räumlichkeiten im festen Holzbau für die Belegung als völlig unzureichend anzusehen. Die Größe der Räume würde nur das Unterkommen von drei, statt 6, bzw. 8 Jungen gestatten. Über den Gesundheitszustand der Teilnehmer Ihres Gemeinschaftslagers fehlten jegliche schriftliche Aufzeichnungen. Zumindest hätte eine Mitteilung des Heimatärztes über das Freisein von ansteckenden Krankheiten vorliegen müssen. - Diese fehlten. - Die Mitteilung am Tage der Kontrolle, daß eine ärztliche Untersuchung vor der Anreise der Jungen in dieses Gemeinschaftslager stattgefunden hat, konnte schriftlich nicht belegt werden.

Vorerwähnte Mängel zwingen uns, gemäß § 6 der VO über die Hygieneinspektion vom 4.12.1952 - zum Schutze von Leben und Gesundheit dieses Gemeinschaftslager solange zu untersagen, bis ordnungsgemäße Küchenverhältnisse, die der geforderten Kapazität entsprechen, und ausreichende Übernachtungsmöglichkeiten für die Lagerteilnehmer geschaffen werden. Die Schließung des Lagers und die Abreise der Jungen ist binnen 2 Tagen nach Erhalt dieses Schreibens durchzuführen. Eine Wiedereröffnung kann nur dann erfolgen, wenn die Anordnung über die hygienische Einrichtung und Überwachung von Gemeinschaftsküchen vom 18.5.1955, veröffentlicht im Gesetzblatt der DDR Teil I, Nr. 47, Seite 113 und folgende, entsprechende Berücksichtigung findet.

Gemäß § 9 der VO über die Hygieneinspektion steht Ihnen das Einspruchsrecht gegen diese Anordnung zu, von der Sie innerhalb von 14 Tagen, gerechnet vom Tage der Zustellung ab, Gebrauch machen können. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Leiter der Hygieneinspektion

Dr. Barthel
(Dr. Barthel)
Kreisarzt

Facharzt für Sozialhygiene

Hygieneinspektion des Kreises

Wittenberg

An den
Lagerleiter des Gemeinschaftslagers
des Kath. Pfarramtes "Heiliges Kreuz"
Halle, im Heidehaus Scholis

Ogkeln Ortsteil Scholis
Kr. Wittenberg

Wittenberg, den 24. Juli 1957
Geg. am 24.7.57
Wallstr. 1
Ruf: 501,502

Az.: Co./Me. 5 - 4

Betr.: Hygiene in Gemeinschaftsküchen; hier: Überprüfung Ihres
Gemeinschaftslagers am 16. 7. 1957

Bezug: Unsere Anordnung vom 19. 7. 1957 sowie Ihre persönliche
Rücksprache am 22. 7. 1957 und Überprüfung durch den
Endunterzeichneten am 23. 7. 1957

Wie am 22. 7. 1957 vereinbart, fand am 23. 7. 1957 eine erneute Überprüfung Ihres Gemeinschaftslagers durch den Leiter der Hygieneinspektion statt. Die Besichtigung ergab, daß die Mängel, welche in unserer Anordnung vom 19. 7. 1957 aufgeführt waren, bis auf geringfügige Änderungen behoben sind. Wir ziehen hiermit die erlassene Anordnung, das Lager zu schließen, zurück.

An Verbesserungen sind noch vorzunehmen die Überdachung der Waschanlage, damit den Jungen Schutz bei schlechtem Wetter gewährt ist, und die Aufstellung eines zweiten Zeltes, um eine Entlastung der Schlafräume, die zur Zeit mit je 6 Jungen belegt sind, zu erreichen. Als Höchstkazität wird das Aufstellen von je 4 Schlafgelegenheiten gestattet. Außerdem ist es erforderlich, daß eine Gesundheitsstube eingerichtet wird. Diese Maßnahmen sind bis zum Beginn des neuen Durchganges abzuschließen.

Im übrigen ist streng auf die Einhaltung der VO über die hygienische Überwachung und Einrichtung der Gemeinschaftsküchen, die Ihnen im Gesetzblatt vorliegt, zu achten, und der Abt. Gesundheitswesen sofort bei Auftreten und Bekanntwerden von Infektionskrankheiten Meldung zu erstatten. Vorstehendes ergeht als Anordnung im Sinne der VO über die Hygieneinspektion §§ 4, Buchst. d, f und g, 6 und 8, in Verbindung mit der AO über die hygienische Überwachung und Einrichtung von Gemeinschaftsküchen. Auf die Abstellung der 24 Stunden Essenprobe ist allergrößter Wert zu legen. Die Essenprobe des Vortages darf erst nach Abstellen der neuen Probe vernichtet werden.

Leiter der Hygieneinspektion

Dr. Barthel
(Dr. Barthel)
Kreisarzt

Facharzt für Sozialhygiene



Das ursprüngliche „Heidehaus“ (Archiv Claus Herold, Halle/S.)



Der in 14 Tagen angebaute „Schlafraum“ (Archiv Claus Herold, Halle/S.)


Wie die „Polizei“ (Abteilung Erlaubniswesen) beim Kreisamt in Wittenberg diesen Sommer 1957 bilanzierte, fand ich zufällig bei Recherchen im Landesarchiv Merseburg, von der Bezirkspolizeibehörde Halle aufgezeichnet. Bei meinen Unterlagen fand ich auch eine Kostenabrechnungs-Aufstellung jenes ersten Sommers 1957 im „Heidehaus“, die deutlich macht, wieviel Geldtransfer eine einzige Aktion von Konto zu Konto begleitet und ermöglicht hatte. Die Aufzeichnung enthält bereits erste Finanzierungshinweise auf Rücklagen für den Sommer 1958 im „Heidehaus“, aber auch Anmerkungen für das an der Schmiedeberger Kirche vorgesehene „Jugendheim“, für das ich gerade noch die Abrißgenehmigung und Baugenehmigung in Wittenberg empfangen hatte.

Der Feriensommer 1958 sah, bedingt durch meine Versetzung als Vikar nach Magdeburg, die dortige Pfarrjugend mit mir im „Heidehaus“. Es war zu erwarten, daß wir nicht so heil wie im Vorjahre durch die Sommermonate kommen würden. Beide Seiten waren dieses Mal vorbereitet.

Auch die „Anordnung vom 14. Mai 1958“ verbot landesweit kirchliche Kinderwochen, so daß wir nur noch mit älteren Jugend-Jahrgängen in unser Ferienobjekt ziehen sollten. Zudem erreichten mich alarmierende Vorwarnungen noch vor Beginn der Ferienzeit von den „treuen“ Verwaltern, Oma und Opa Besdziek.



Der neue und rustikal möblierte Eßplatz (Archiv Claus Herold, Halle/S.)



VOLKSPOLIZEI-KREISAMT
Wittenberg

Abteilung: -Erlaubniswesen-

Wittenberg, den 07.09.1957
Dr.-Kurt-Fischer-Straße 11
Fernruf: 511, Hausapparat: 78 00155

Aktenzeichen: 2a 62 49 - SchM.
(Bei Zuschriften stets angeben)

9.9.1957

An die
Bezirksbehörde Deutsche-Volkspolizei
-Abtl. Erlaubniswesen-

H a l l e /Sa.

Betr.: Tätigkeit der ev. und kath. Kirche bei der Organisierung und Durchführung von Ferien und Erholungsaufenthalten.

Bezug: Schreiben der BDVP vom 06.07.1957

Im Kreis Wittenberg wurde vom Anfang Juli bis Ende August 1957 in der Nähe der Gemeinde Scholis Krs. Wittenberg, ein Ferienlager der kath. Kirche durchgeführt. Während dieser Zeit wurden in diesem Lager ca. 100 Kinder in Durchgängen von 14 Tagen zu je 25 Kindern untergebracht. Die Abtl.-E- des VP.-Kreisamtes Wittenberg verweist in diesem Zusammenhang auf das Schreiben vom 27.07.1957. Der Leiter dieses Lagers war der kath. Vikar H e r o l d aus Bad-Schmiedeberg Krs. Wittenberg. Nachdem der Abtl.-E- bekannt wurde, daß dieses Lager besteht, wurden Versuche unternommen in Verbindung mit der Hygieneinspektion des Kreises das Lager zu schließen. Die Reaktion der kath. Kirche war derart stark, daß der Kreisarzt davon absah und seine herausgegebene Verfügung zurückzog. So wurden von dem Vikar H. Besuche des Lagers durch kath. Kirchenanhänger organisiert usw. (Siehe Schreiben vom 27.07.1957) Irgendwelche direkte negative Beeinflussung der Kinder im Lager konnte nicht bemerkt werden, jedoch dürfte klar sein, daß die verspäteten Gegenmaßnahmen der staatlichen Organe auch unter dem im Lager befindlichen Kindern genügend ausgewertet wurde.

Aus der Gemeinde Wartenburg Krs. Wittenberg wurde bekannt, daß ca. 10 Jugendliche zu Ferienaufenthalten in VD weilten. (Mit RM 12a) Ermittlungen zu dieser Angelegenheit werden noch geführt. Die Abtl.-E- der BDVP erhält nach Abschluß der Ermittlungen einen ausführlichen Bericht.

Leiter des VP.-Kreisamtes

Oberstleutnant der Volkspolizei

Dokument 11: Kreispolizei Wittenberg an Bezirksbehörde Halle vom 7.9.57 (Landes-Archiv Merseburg, BDVP 19, Nr. 600, Blatt 155)

Katholische Kuratie
Bad Schmiedeberg
Offener Heide

Bad Schmiedeberg, den
Sonntag, 1. 10

Abrechnung und Aufstellung Heidehaus Scholis für Sommer 1957

A.	Ausbau Heidehaus lt. Aufstellung	10.969.87
B.	Einrichtung Heidehaus lt. Aufstellung	8.928.99
C.	Zelte für Lagerplatz	2.683.70
		22.002.56
D.	Kosten für drei Durchgänge der rel. Kinderwochen von Hl. Kreuz Halle im Heidehaus Scholis. lt. Belegen:	6.067.50
E.	Projektierung Kinderheim Schmiedeberg lt. Belegen und Abrechnung	4.497.20
		32.567.26
F.	Rückzahlung Darlehen für Kirchbau	10.000.00
		42.567.26
G.	Abfindung f. Räumung Werkstatt Thierbach Bad Schmiedeberg, Anteil 33%	800.00
		43.367.26

als Arbeitsguthaben von der Kuratie Hl. Kreuz vorgelegt: 42.850.00

F. d. R.:

Claus Herold

Dokument 12: Kostenaufstellung Sommer 1957 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Katholisches Pfarramt

Bad Schmiedeberg
Dübener Heide

Bad Schmiedeberg, den

Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder im Jahre 1958. vom 14. Mai 1958, veröffentlicht Gesetzblatt I.31 v.24.9.

Zur weiteren Verbesserung des sozialistischen Inhalts und der Organisation der Kinderferiengestaltung wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Organe der staatlichen Verwaltung und nach Anhören der folgendes angeordnet:

- § 1.1 Die Kinderferiengestaltung ist ein Bestandteil der Jugendförderung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates. Sie wird unter besonderer Berücksichtigung der Pionierorganisation "Ernst Thälmann" gemeinsam von den Staatsorganen, den Gewerkschaften und demokratischen Organisationen im Sinne des sozialistischen Erziehungszieles durchgeführt.
- § 1.2 Die Feriengestaltung ist für die Kinder von 6 - 14 Jahren in der gesamten Ferienzeit unter der Losung "Allen Kindern frohe Ferientage in unserer sozialistischen Heimat" durchzuführen.
- § 2.3 Im Interesse der ordnungsgemäßen Unterbringung, gesundheitlichen Betreuung, Erholung und Erziehung der Kinder sind Veranstaltungen in den Ferien nur zulässig, wenn sie von den Ausschüssen für Kinderferiengestaltung in den Betrieben, Städten, Gemeinden oder Kreisen durchgeführt werden.

Dokument 13: Abschrift der Anordnung v. 14. Mai 1958 (Auszug §§ 1.1, 1.2, 2.3) (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

ERZBISCHÖFliches KOMMISSARIAT MAGDEBURG

MAGDEBURG / HEYDECKSTRASSE 8 / FERNRUF 33271

B e s c h e i n i g u n g

Herr Vikar H e r o l d hält in Bad Schmiedeberg in der Zeit vom 6.7. bis 2.8.1958 religiöse Arbeitswochen. Da an diesen Wochen keine Schulkinder teilnehmen, sind sie von der Verordnung vom 14.5.1958 nicht betroffen.

Magdeburg, den 5. Juli 1958.

Erzbischöflicher Kommissar



[Handwritten signature]

Ich bestätige die Vollständigkeit

ak G 12/57 2 3006

Dokument 14: Bescheinigung v. 5. Juli 1958 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Kristohaus am 17.6.58

Herr Vikar Herold!

Bin gestern in Wittenberg, Innere Abteilung gewesen, nachdem ein Auto uns nicht angetroffen hatte.
Mir wurde erklärt, daß das Lager praktisch ganz aufhören muß. Auch Übernachtungen wären unerlaubt. Ich habe den beiden Herren erklärt, daß ich ja gar nicht zuständig wäre und sie sich an Sie wenden sollten, da ich ja alles verpachtet habe

Herr Vikar Herold! Ich habe gestern in Wittenberg, Innere Abteilung gewesen, nachdem ein Auto uns nicht angetroffen hatte. Mir wurde erklärt, daß das Lager praktisch ganz aufhören muß. Auch Übernachtungen wären unerlaubt. Ich habe den beiden Herren erklärt, daß ich ja gar nicht zuständig wäre und sie sich an Sie wenden sollten, da ich ja alles verpachtet habe

Willst du helfen, ich bin da mal
Grazie für die aus dem Kristohaus
am Ende der Oper Festspiele

Dokument 15: Brief des Ehepaares Besdziej „Heidehaus“ (gekürzt)

Abschrift

Heidehaus, den 24.6.58

Werter Herr Vikar Herold!

Bin gestern in Wittenberg, Innere Abteilung gewesen, nachdem ein Auto uns nicht angetroffen hatte.

Mir wurde erklärt, daß das Lager praktisch ganz aufhören muß. Auch Übernachtungen wären unerlaubt. Ich habe den beiden Herren erklärt, daß ich ja gar nicht zuständig wäre und sie sich an Sie wenden sollten, da ich ja alles verpachtet habe

Bin bei der Gemeinde auf Anordnung von Fleischmann (erster Vorsitzender des Kreises Wittenberg, Anm. Herold) entlassen. Grund: Der Bürgermeister sagte bei der Kündigung, bin nicht tragbar, da ich mit der Kirche arbeite, im schriftlichen Zeugnis des Kündigungsschein „gesellschaftspolitisch nicht tätig“. Weine deshalb aber keine Träne.

Vielleicht besuchen Sie uns bald mal.

Herzliche Grüße aus dem Heidehaus

von Oma und Opa Besdziek *

Nachstehend dokumentiere ich meine handschriftlichen Tagebuchnotizen, die ich nach Beendigung der Juli-Durchgänge im Heidehaus dem Bischof in Magdeburg maschinenschriftlich vorgelegt habe.

Dem Bericht beigelegt ist die „Kurierpost“ an den Berliner Kommissar der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Zinke, die ihm am 17.7.1958 überbracht wurde.

„Heidehaus“ Bericht Sommer 1958

- | | | |
|-------------|-------|---|
| 21.5.58 | | Zustellung des Beschlusses 9/22 vom Rat des Bezirkes Halle betr. Heidehaus Scholis bei Bad Schmiedeberg |
| 24.5.58 | | Veröffentlichung Gesetzblatt DDR: Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage im Jahre 1958 |
| 24./25.5.58 | | <u>Pfingsteinkehrtage der Pfarrjugend</u> St. Sebastian im Heidehaus. 110 Teilnehmer, einschl. Halle und Wittenberg |
| 20.6.58 | | Kontrollbesuch: Rat des Kreises Wittenberg im Heidehaus |
| 24.6.58 | | Kontrollbesuch |
| 30.6.58 | | Kontrollbesuch |
| 6.7.58 | 16.00 | Eröffnung der religiösen Arbeitswochen für die Pfarrjugend der Propstei St. Sebastian Magdeburg vom 6.7.-2.8.1958 |
| 15.7.58 | 20.30 | Kontrollbesuch: FDJ-Kreissekretär und Kreisreferent Höse für die Gestaltung froher Ferientage im Kreis Wittenberg |
| 16.7.58 | 9.00 | Kontrollbesuch: VPKA-Abt.-Lt. Kügler und Kreisreferent Höse Vorlegen der Anwesenheitsliste. Mitteilung, daß das Heidehaus bis abends 18.00 Uhr zu räumen sei. |

* Archiv Claus Herold, Halle/S.

Kompromiß erreicht: Fortsetzung der Arbeitswochen mit den über 18-jährigen

- | | | |
|---------|-------|---|
| 12.00 | | Kontrollbesuch: Rat des Kreises Wittenberg: Abteilungsleiter Richter und Referent f. Kirchenfragen Schütze. Vorlegen des Pachtvertrages. Verlangen der Baugenehmigung. Dem Ehepaar Besdziek als Nachlaßpfleger und Verpächter wird Kündigung des Pachtverhältnisses mit der Kirche nahegelegt bzw. mit Beschlagnahme des Vermögens gedroht. |
| 18.00 | | 21 Teilnehmer/innen unter 18 Jahren werden privat bei Familien in Schmiedeberg untergebracht. |
| 17.7.58 | 6.00 | Telegramm an H. H. Prälat Zinke |
| | 10.00 | Kurierbericht an H. H. Prälat Zinke
(Sofortige Hilfe bei Regierung wird versprochen, endgültige Antwort und Klärung bis Montagabend, 21.7.58 versprochen) |
| 19.7.58 | 16.00 | Der amtierende Vorsitzende des Rates des Kreises Wittenberg stellt in Ausschußsitzung Strafantrag gegen den Unterzeichneten und übergibt die Angelegenheit dem Staatsanwalt. |
| 21.7.58 | 9.00 | Polizei umstellt mit Krädern das Heidehausgelände, in PKW fahren vor: der Vorsitzende des Rates des Kreises, Fleischmann, der Leiter der Abt. Innere Angelegenheiten, Richter, der Referent f. Kirchenfragen, Schütze, und einige unbekannte Herren (vom SSD*) Verhör der im Heidehaus zurückgelassenen Küchenbetreuerinnen und der beiden Gruppenhelferinnen, sowie Grundstückdurchsuchung. Der Unterzeichnete war zum gegebenen Zeitpunkt mit 42 Jungen und Mädchen auf Wanderung an der Elbe.

Man hinterläßt Nachricht, daß die Kommission abends gegen 18-19 Uhr noch einmal kommen muß, „um Herrn Pfarrer Herold persönlich zu sprechen“. |
| | 16.00 | Vom Pfarramt Wittenberg kommt Mitteilung, daß Verhaftung des Unterzeichneten bevorstehe: Aussage mehrerer Ratsmitglieder, bzw. Warnung verschiedener beim Rat des Kreises tätiger Gewährsleute. |

* SSD - Staatssicherheitsdienst

	17.30	Vikar Mechtenberg und Vikar Bangel kommen als Zeugen zum Heidehaus.
	21.00	bis jetzt keine besonderen Vorkommnisse.
22.7.58	8.30	Kontrollbesuch: Rat des Kreises: Abt.-Ltr. Richter, Referent Schütze, zwei unbekannte Herren (SSD). Es wird mitgeteilt, daß inzwischen Anfrage vom Bezirk, bzw. Berlin betr. Heidehaus eingegangen und das nochmalige Erscheinen am Abend zuvor verhindert habe. Aufforderung an den Unterzeichneten, einen Situationsbericht, bzw. Darlegung der Rechtslage zu geben.
28.7.58	7.30	Mitteilung vom Rat des Kreises Wittenberg, daß schriftliche Genehmigung betr. Errichtung, bzw. Eröffnung der Tätigkeit im Heidehaus bis 30.7. vormittags vorzulegen sind.
30.7.58	8.00	Besuch des Unterzeichneten beim Rat des Kreises in Wittenberg,
	13.00	wo man den Vorwurf macht: „Sie haben sich strafbar gemacht durch wissentliche Übertretung von Gesetzen der DDR, durch illegale Gruppentätigkeit und vorsätzliche Irreführung und falsche Aufklärung der Mitarbeiter staatlicher Organe ...“ Auch der 1957 getätigte Ausbau des Heidehauses ohne Standortgenehmigungen, Bauzeichnungen usw. ist eine strafbare Handlung. Kontrollbesuch: vier Herren vom Rat des Kreises besichtigen erneut das Heidehaus. Die Jungen und Mädchen befinden sich derweil auf einer Kremserfahrt durch die Dübener Heide.
31.7.58	14.00	Kontrollbesuch: vier Herren (vgl. oben) überbringen den Ratsbeschluß und die Anweisung, das Heidehaus bis 1.8.58, 12.00 Uhr mittags zu schließen und alle Teilnehmer heim zu schicken.
1.8.58	7.00	Vorstelligwerden beim Rat des Kreises in Wittenberg: Amt. Vorsitzender Raberger, Abt.-Ltr. Richter, Ref. Schütze, mehrere unbekannte Herren. Erregte Debatte. Aufschub der Abreise erreicht bis zum planmäßigen Termin der Abreise am 2.8.58 . nachmittags. Beschwerde über gesetzwidrige Maßnahmen der örtlichen Staatsorgane angekündigt.
2.8.58	9.00	Ortspolizei von Bad Schmiedeberg erscheint am Heidehaus und holt sich Information über Abreise.

	14.26	Abreise der Teilnehmer nach Magdeburg. Vorläufiger Abschluß der vorgesehenen vier rel. Arbeitswochen für die Pfarrjugend von St. Sebastian, Magdeburg. Die bereits in Anreise befindliche Pfarrjugend von Halle und Dessau wird zurückgeschickt bis zur Klärung des Falles. Von Hochw. Herrn Prälat Zinke, Berlin bis zur Stunde versprochene Antwort nicht erhalten.
Kurierpost an		Hochw. Herrn Prälat Zinke Kommissariat der Fuldaer Bischofskonferenz <u>Berlin</u>
		Bad Schmiedeberg, 17.7.58
		Im Heidehaus Scholis bei Bad Schmiedeberg, Kreis Wittenberg, Bezirk Halle wurden am 7. Juli 1958 unsere „religiösen Arbeitswochen“ für Jugendliche begonnen.
		(Sämtliche Teilnehmer - aus Magdeburg - wurden polizeilich angemeldet, Wittenberger und Schmiedeberger Teilnehmer am Kursus, die nur tagsüber im Heidehaus waren und im Ort übernachteten, wurden nicht gemeldet). Mit Rücksicht auf die neue „Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage im Jahre 1958“ vom 14. Mai 1958, Gesetzblatt I/31 und den besonderen Beschluß des Rates des Bezirkes Halle (Nr. 22 -9/58 v. 9.4.58), der dem Unterzeichneten am 21.5.58 mit besonderer Zielrichtung auf Veranstaltungen im Heidehaus zugestellt worden war, hatten wir vorerst einmal auf die Durchführung unserer geplanten „Religiösen Kinderwochen“ verzichtet und die Ferienwochen mit Jugendlichen über dem Grundschulalter - ab 14 Jahren begonnen.
		Am 15. Juli 1958, abends 20.30 Uhr, kamen nun der Kreissekretär der FDJ, Kreis Wittenberg und der Kreisreferent für die „Gestaltung froher Ferientage“ beim Rat des Kreises Wittenberg, Herr Höse, zum Heidehaus, verlangten nach dem „Lagerleiter“ und verlangten Auskunft über dieses nicht gemeldete „Ferienlager der Kirche“. Der Unterzeichnete versuchte die Interessenten dahingehend aufzuklären, daß es sich hier um keinerlei Formen von Ferienlager handele, sondern um sog. kirchl.-rel. Arbeitswochen, wie aus dem Tagesplan ersichtlich:
		Vormittag: Morgenandacht (Statio), Meßfeier Glaubensstunde, Singkreis
		Nachmittag: Werkkreise, liturgische Übungen
		Abend: Lese-Singe-Abende. Schlußandacht

Frage des FDJ-Sekretärs: „Dann werden hier also Funktionäre der Kirche ausgebildet?“ - Es kam zu keinem Verstehen. -

Am folgenden Morgen, 16. Juli 1958 kam der bereits bekannte Kreisreferent mit einem Auto des VPKA Wittenberg mit mehreren uniformierten Polizei-Chargen und dem Leiter der „Abteilung E“, Herrn Kügler in Zivil. Wenig später fuhr ein weiterer Dienstwagen vom Rat des Kreises Wittenberg vor: Kaderleiter Richter und Leiter für Kirchenfragen Herr Schütze.

Dem Unterzeichneten wurde die Anwesenheitsliste abgefordert und vorgeworfen, den oben angeführten Bezirksbeschuß v. 9.4.58, Absatz 3 wissentlich ignoriert und illegal für Jugendliche - „Mittel- und Oberschüler“ - Ferienveranstaltungen durchgeführt zu haben. „Wir werden aus diesem Grunde einen Strafantrag gegen Sie stellen!“

Berufung meinerseits auf das unbestreitbare Recht der Kirche, solche rel. Unterweisungen in Form dieser Ferienschulungswochen durchzuführen, wurde angenommen. Sinngemäß etwa so: „Sie kennen unsere Meinung. Die Jugend in unserem Staat soll einheitlich erzogen werden. Das ist allein Recht und Aufgabe der FDJ. Wir wollen endlich mal Ordnung haben und uns nicht immer wieder dazwischen funken lassen ...“ Darum haben wir beschlossen, daß dieses Haus bis heute Abend (16.7.58) 18.00 Uhr geschlossen sein muß und alle Kursteilnehmer nach Hause geschickt sein müssen!“

Mein Einwand, daß diese schnelle Abreise für die Magdeburger Jugend praktisch gar nicht durchführbar und zu verantworten sei, wurde nicht angenommen. Mein anderes Argument, daß ich dies kirchlich verwaltete Haus grundsätzlich nicht schließen lassen würde, es sei denn, es käme zur offenen Gewaltanwendung und damit zum Verfassungsbruch, den wir sofort einklagen müßten. Daß ich den begonnenen Kursus zumindest, mit den durch den angeführten Beschuß 9/22, Absatz 3 nicht betroffenen Jugendlichen über 18 Jahren weiterführen können müsse, wurde nach langem Hin und Her vom Abteilungsleiter des VPKA, Meldewesen und Veranstaltungen akzeptiert. Die schriftliche Verfügung, das Haus zu schließen wurde mir daraufhin nicht ausgehändigt. Ich bat dagegen noch um eine schriftliche Anweisung bezüglich der Entlassung der 14-18-jährigen aus unseren Arbeitswochen ...

So wurde vorerst wenigstens erreicht, daß das Heidehaus weiter offen bleibt und die Arbeit offiziell mit einem Teil der Gruppen fortgesetzt werden konnte. Es verblieben 24 Teilnehmerinnen, 21 Teilnehmerinnen mußten das Haus bis 18.00 Uhr verlassen, übernachteten in Schmiedeberger Privatquartieren und gingen soeben (Donnerstagmorgen, 17.7.58) auf die Heimreise.

Hochw. Herr Prälat Aufderbeck, der uns nach diesen Vorfällen auf Durchreise nach Bad Kösen aufsuchte, beauftragte den Unterzeichneten, umgehend Ihnen, hochw. Herr Prälat, telegrafisch eine erste Information und dann per Kurier (Pfarramt Wittenberg) diesen genaueren Bericht zu geben. Vor allen Dingen soll ich um folgende Entscheidung und Klärung bitten: Am kommenden Wochenende 19./20. Juli ist Wechsel des ersten Durchgangs im Heidehaus.

Sollen dann die vom 19.7. - 2.8. vorgesehenen Gruppen der 14/18-jährigen Jungen und Mädchen nicht anreisen, bzw. wir uns erst nur noch auf die Arbeit mit den über 18-jährigen einstellen, oder können Sie, Herr Prälat, uns umgehend Direktiven geben für die Weiterarbeit mit den Jugendgruppen auch unter 18 Jahren ... -

Zu bemerken wäre noch, daß mit den Mittel- und Oberschülern, von denen ja allein in Absatz 3 des Bezirksbeschlusses die Rede ist, auch unsere 15/16-jährigen Lehrlinge und Jungarbeiter des Heidehauses verwiesen wurden.

In der festen Hoffnung auf jede Ihnen nur mögliche Unterstützung verabschiedet sich Ihr

ergebener Vikar Claus Herold *

* Archiv Claus Herold, Halle/S.

**Der Rat
der Gemeinde Ockeln**

Ockeln den 26.7.58.

Die Mittwoch den 30.7.58 vormittags
die Genehmigung, aus Berlin, zur Eröffnung
des Ferienlagers beim Rat des Kreises,
(Abtlg. Inneres) vorlegen.

J.A. 
Bürgermeister

Anruf am 26.7.58.
vom Rat des Kreises.

Dokument 16: Schreiben des Bürgermeisters von Ockeln vom 26.7.58 (Kath. Pfarramt Bad Schmiedeberg, Akte: Heidehaus)

Rat des Kreises Wittenberg (Bezirk Halle)

Herrn
Claus Herold
Vikar

Abt.: Innere Angelegenheiten
Telefon: 541 App. 340

"Heidehaus" Scholis

Aktenzeichen: 13 - 62
(in der Antwort bitte angeben)
Lutherstadt Wittenberg, den 31. 7. 58

Werte Herr Herold!

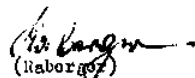
Bezugnehmend auf die Aussprache des Herrn Richter, Leiter der Abteilung Innere Angelegenheiten, und des Herrn Schütze, Beauftragter für Kirchenfragen - Rat des Kreises Wittenberg - mit Ihnen, wurde eine nochmalige Überprüfung vorgenommen.

Ihrerseits können Sie uns keine schriftliche Genehmigung zur Eröffnung und Durchführung des Lagers einer zentralen staatlichen Dienststelle vorlegen.

Nach dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 10. Januar 1957, Gesetzblatt Nr. 8 vom 26. Januar 1957, sind die Volksvertretungen in ihrem Zuständigkeitsbereich die obersten Organe der Staatsmacht und leiten den gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau, siehe § 1, Abs. 1.

Aufgrund der bereits eingeführten Tatsachen werden Sie vom Rat des Kreises Wittenberg angewiesen, bis zum 1. August 1958 12.00 Uhr das Lager aufzulösen.

In diesem Zusammenhang weisen wir Sie darauf hin, daß die Eröffnung eines jeden Lagers, gleich welchen Charakters, der Genehmigung durch die örtlichen Staatsorgane bedarf.



Amt. Vorsitzender des Rates des
Kreises

Dokument 17: Schreiben des Rates des Kreises Wittenberg vom 31.7.58
(Kath. Pfarramt Bad Schmiedeberg, Akte: Heidehaus)

Nach der Auflösung des katholischen Ferienlagers im und am „Heidehaus“ hatte ich als Magdeburger Jugendseelsorger von dort aus keine Chancen mehr, das Objekt in der Dübener Heide wiederzubeleben. Auch ein bischöfliches Schreiben stärkte meinen Optimismus nicht.

ERZBISCHÖFliches KOMMISSARIAT MAGDEBURG

MAGDEBURG / HEYDECKSTRASSE 8 / FERNRUF 33271

Magdeburg, den 21.8.1958.

Hochwürden
Herrn Vikar Herold,
Magdeburg.

Unter dem 5. August übersandten Sie einen übersichtlichen und erfreulich klaren und nüchternen Bericht über die Vorgänge um das Heidehaus Scholis. Ich danke Ihnen dafür.

Falls es Ihr Wunsch ist, daß von uns noch irgendetwas in der Angelegenheit unternommen wird, bitte ich um gelegentliche Nachricht. Ich nehme aber an, daß zur Zeit alle aufgewandte Mühe umsonst aufgewandt sein würde.



IV-14-72 ak G 1258 1 4000

Dokument 18: Schreiben Weihbischof v. 21.8.58 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Außerdem zeigte mein Nachfolger im Pfarramt zu Bad Schmiedeberg sich nicht in der Lage, für Jugendarbeit sich überhaupt zu engagieren. Als er nach zwei Jahren schon wieder die Gemeinde verließ und das Ehepaar Besdziek nach erreichtem Rentenalter aus dem „Heidehaus“ zum Schwiegersohn in die Pfalz übersiedelte, kam das Objekt unter DDR-Treuhandschaft. Anfang der 60er Jahre wurde eine „Station für junge Touristen“ auf dem Gelände eingerichtet und weiter ausgebaut.

In Magdeburg hatten zu der Zeit mein Freund Günter Särchen und ich mit eingeschleusten Geldern bereits eine 1½ ha große Doppelparzelle am Stadtrand zur ideellen Hälfte notariell erworben. Die „Gartenlaube“ auf meiner Hälfte war mit Küche, Veranda und drei Räumen massiv gebaut, heizbar und winterfest. Sie wurde bis zum Verkauf an mich ganzjährig bewohnt. Begeistert nahm die Pfarrjugend von St. Sebastian und mein Oberschülerkreis die „Datscha“ in Be-

sitz. Die in den drei Räumen hergerichteten 12 Schlafplätze wurden verdoppelt: In einer „Nacht- und Nebelaktion“ wurde aus der Schmiedeberger Heide das dort erbaute „Wasch-Haus“ in das Magdeburger Särchen-Grundstück umgesetzt. Die ehemalige „Heidehausbaracke“ bot durch den Anbau einer 15 qm großen Gartenlaube für weitere 12 Schlafplätze genügenden Raum. Die „Datscha“ ist bis zum Ende der DDR kontinuierlich genutzt und zum Teil verbessert worden. Jeder Vikarswechsel in St. Sebastian verlangte Eigentümerwechsel im Grundbuch nach notariellem Kaufvertrag. Heute ist die Doppelparzelle mit beiden Gebäuden im Grundbuch eingetragenes Eigentum der Propsteigemeinde „St. Sebastian“. Von 1959 - 1989 ist die Kirchenkasse mit keiner Mark belastet worden. Was wir auch von Anfang an wußten: Die örtliche „Stasi“ würde unsere Magdeburger Aktivitäten wachsamem Auge begleiten. Was mir aber erst im Nachhinein deutlich wurde, daß es offenbar nicht gelang, IMs einzuschleusen. Ich kann das ohne Einsicht in die offenbar im November 1989 vernichteten Unterlagen des Magdeburger MfS, besonders auf der Linie XX/4, nur so vermuten.

An anderen Stellen (im Magazin der MfS-Hauptverwaltung in Berlin) wurde ich bei anderen Recherchen zufällig fündig. Davon und darüber im folgenden Kapitel ZOV „Schleuse“.



„Datscha“ in Magdeburg (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

4. Kapitel

ZOV „Schleuse“

Ministerium für Staatssicherheit Bezirk M f S Dienst Einheit HA V/4 Mitarbeiter <i>Bellay</i>		BStU 000004 Vertrauliche Dienstsache
Berlin, den 24.9.1963 Reg.-Nr. XV 4268/63		
Beschluß		
für das <u>Anlegen/Erstellen</u> eines Operativen Zentralvorganges (Vorgangsart angeben)		
Auszufüllen bei IM-Vorlaufakte		
1. Vorgesehene Kategorie 2. Wohnadresse (Bei Operativ-Vorlaufakte werden keine Angaben benötigt.)		
Auszufüllen bei IM-Vorgang		
1. Kategorie 2. Wohnadresse 3. Deckname 4. Reg.-Nr. der Vorlaufakte.		
Auszufüllen bei Operativ-Vorgang (bzw. Untersuchungsvorgang ohne Haft)		
1. Deckname "Schleuse" 2. Reg.-Nr. der Vorlaufakte. 3. Delikt: Staatsgef. Prop. u. Hetze und Sammlung von Nachrichten		
Auszufüllen bei Objekt-Vorgang		
1. Bezeichnung des Objekts		

Dokument 19 (BStU, ZOV „Schleuse“, ZA AOP 612/71, Band 4, Bl. 4)

StU
005

Gründe für das ~~Anlegen~~ ~~Einsetzen~~

Eine Gruppe von katholischen Laien und Geistlichen aus verschiedenen Bezirken der DDR steht im Verdacht im Auftrage von westlichen Dienststellen in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern eine organisierte feindliche Tätigkeit durchzuführen. Von dieser Personengruppe werden aus Westdeutschland Schriftmaterial und andere Gegenstände in die DDR eingeschleust, weiter wird von dieser Gruppe ein Netz konspirativer Verbindungen in verschiedene sozialistische Länder organisiert. Es besteht der Verdacht, daß eine umfangreiche katholische Organisation der Initiator und Organisator dieser feindlichen Tätigkeit ist.

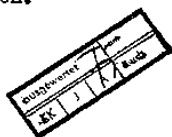
Dokument 20 (BStU, ZOV „Schleuse“, ZA AOP 612/71, Band 4, Bl. 5 Auszug)

000260

Gründe für das ~~Einsetzen~~ Einsetzen

F 1

Der Vorgang "Schleuse" wurde 1963 als Zentraler Operativgang angelegt und bearbeitet. Durch koordinierende Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen des sozialistischen Länder und um reiche Differenzierungsmaßnahmen konnte der Vorgang 1970 deklassiert und zum Einzelvorgang umregistriert werden. Am 10.08. wurde dieser mit der Kontaktaufnahme zu der bearbeiteten Person abgeschlossen.



Geheimhaltungsmaßnahme

Bei Einstellung eines Operativ-Vorganges bzw. einer Operativ-Vorlaufakte ausfüllen!

Dokument 21 (BStU, ZOV „Schleuse“, ZA AOP 612/71, Band 4, Bl. 260 Auszug)

Aus meiner Magdeburger Zeit als Kaplan an der Bischofskirche „St. Sebastian“ (1957-1961) und in den darauf folgenden Jahren (1961-1968) in der Funktion des Diözesanjugendseelsorgers für das „Erzbischöfliche Kommissariat Magdeburg“ sind bei der Bezirksbehörde meine Person betreffend bis heute keine Unterlagen gefunden und mir zugänglich gemacht worden.

Hauptabteilung V/4

Berlin, den 30. 9. 1963

BStU

000007

Eröffnungsbericht

zum Teilvorgang I des operativen Zentralvorganges "Schleuse"

Die bisherige operative Bearbeitung der im operativen Zentralvorgang "Schleuse" erfaßten Personen ergab, daß mehrere Gruppen von katholischen Klerikern und Laien in der DDR in einem feindlichen System vereinigt sind. Die feindliche Tätigkeit erstreckt sich auf die Volksrepubliken Ungarn, Polen, Bulgarien, CSSR, China, Vietnam und die UdSSR.

In ihrem Inhalt konzentriert sich die feindliche Tätigkeit dieser Gruppierungen auf den Ausbau von Stützpunkten bzw. Kontakten zu katholischen Klerikern und Laien. Dabei werden Informationen über die Lage und die Tätigkeit der katholischen Kirche, ihrer Organisationen und Institutionen sowie deren illegale Tätigkeit beschafft mit dem Ziel, eine Aktivität der Katholiken gegen die sozialistische Entwicklung zu entfalten.

Die Anleitung und Unterstützung dieser feindlichen Tätigkeit mit finanziellen Mitteln und Schriften erfolgt aus Westdeutschland durch verschiedene Kuriere und wird durch Kleriker in der DDR weitergeführt und unterstützt.

Die westdeutschen Dienststellen und Zentralen, die dieses System der katholischen feindlichen Gruppe anleiten und unterstützen, besitzen in Westberlin die

Schmidtsche Buchhandlung
Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstr. 116

als Stützpunkt. Die frühere Inhaberin

Schmidt, Margarete
geb. 13. 7. 1933 in Berlin

Dokument 22 (BStU, ZOV „Schleuse“, ZA AOP 612/71, Band 4, Bl. 7)

Wie bereits erwähnt, fand ich meinen Namen zufällig in dem Zentralen Operativen Vorgang der Hauptabteilung V/4 beim MfS in Berlin „ZOV Schleuse“ mehrmals genannt. Die Zusammenhänge dieser Aufzeichnungen ergaben sich jeweils durch Gruppenbildungen in der kirchlichen Jugendarbeit der 60er Jahre und ihrer verschiedenen Aktivitäten. Im vorliegenden Kapitel verzeichne ich in knappen Auszügen den Bücher-Schallplatten-Geld-Transfer über die damalige Westberliner Buchhandlung Schmidt nach Ost-Berlin. Eine anschauliche Skizze zu dem Teilvorgang „Korina“ gibt einen detaillierten Überblick. Neben dieser Berliner Connection hatten wir noch eine zweite Transfer-Strecke über unseren Münchener Freund bzw. ehemaligen Hallenser Jugendführer Joachim Zenker via Autobahn.

Viele Mitarbeiter/innen und auch einfache Gruppenmitglieder der katholischen Pfarrjugend verstreut über das damalige Territorium der DDR verdanken dem rastlosen, risikobereiten Einsatz von Marga Schmidt und Joachim Zenker und ihren verlässlichen Geldgebern sowohl im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wie auch der materiellen und spirituellen Partnerschaft der westdeutschen Patendiözesen in all den Jahrzehnten bis zur Wende zu einem guten Teil ihr Durchhalten der christlichen Ideale in der Diaspora des totalen Atheismus.

Eröffnungsbericht zum Teilvorgang I des OV „Schleuse“ Berlin, 30.9.1963

II. Verdacht geheimdienstlicher Verbindungen

2. Der katholische Schriftsteller

Z e n k e r , Hans-Joachim
geb. am 15. 7. 1930 in Emanuelsteg/Oberschlesien
wohnhaft: München-Walfratshausen, Akeleiweg 18

der unter dem Pseudonym Michael H a l l e r katholische Jugendbücher schreibt, die im Münchner Pfeiffer-Verlag erscheinen, wurde als [REDACTED] des Gehlen-Geheimdienstes bekannt.

Nach den Angaben des GI "Kusin" vom 23.12.60 bekleidet Z e n k e r im Erzbischöflichen Ordinariat München-

Freising die Stelle eines Referenten für Ostkontakte und hat Verbindung zu den

Aspiranten des Priestervorseminars Magdeburg
[REDACTED] und [REDACTED]
Weihbischof A u f d e r b e c k
Pfarrer W o r t m a n n , Halle/Saale
Kaplan H e r o l d , Magdeburg

Z e n k e r hat sich gegenüber den Aspiranten des Priesterseminars Magdeburg selbst als Spezialist für Ostkontakte und Spionagefachmann bezeichnet. Der Geschäftsträger der Berliner Ordinarienkonferenz, Prälat Z i n k e , bestätigte, daß Z e n k e r für den Gehlenapparat arbeiten würde. Z i n k e habe eine diesbezügliche Mitteilung von ihm bekannter Geistlichen im Bistum Freiburg/Bräungau erhalten. Z e n k e r kam bis 1961 regelmäßig zur Leipziger Messe und schleust größere Mengen Literatur ein und aus. Zum letzten Mal wurde Z. im Juni 1961 festgestellt, als er 1300 katholische Bücher des Münchner Pfeiffer-Verlages illegal in die DDR einführen wollte (Bericht des AZKW). Über Pfarrer W o r t m a n n , Halle, hatte Z. zu den Jugendlichen dieser Gemeinde Verbindung. Er beeinflusste diese katholischen Jugendlichen so negativ, daß u.a. durch diesen Einfluß eine Reihe von Jugendlichen staatsfeindliche Handlungen begingen (U-Vorgang "Hetzer" Halle). Durch die Zusammenarbeit mit den ungarischen Sicherheitsorganen wurde der [REDACTED] Z e n k e r erneut in Zusammenhang mit einer aus der DDR in die Ungarische Volksrepublik gereisten Pfarrerdelegation bei einem Treff festgestellt. Z e n k e r hielt sich im November 1963 in Ungarn am Balaton und in Budapest im Urlaub auf. Zur gleichen Zeit, vom 2. 11. - 9. 11. 1963, unternahmen die katholischen Geistlichen

Dokument 23 (ZOV „Schleuse“, ZA AOP 612/71, Teilvorgang I, Band 4, Bl. 118, 119 Auszüge)

Im Ergebnis der operativen Maßnahmen in Ungarn (Fahndungsobjekt Zenker trifft sich mit drei Magdeburger Priestern.) berichtet das MfS von den nachfolgenden „Maßregelungen“ der in Zugzwang gebrachten Paderborner bzw. Magdeburger Kirchenleitung.

(Die Post wurde bei entsprechenden MfS-Kontrollmaßnahmen eingesehen und kopiert.)

BSU

000229

B e r i c h t

Betr.: Maßregelungen und stellenmäßige Veränderungen der katholischen Geistlichen Wortmann, Verstege und Langos durch das Erzbistum Paderborn.

Aus einer am 12.8.1964 erhaltenen M-Post-Sendung geht hervor, daß durch den Erzbischof von Paderborn schriftliche Umbesetzungen und Maßregelungen für oben genannte katholische Geistliche ausgesprochen wurden.

Als Begründung für die notwendigen gewordenen Maßnahmen wird angeführt, daß die Geisteskräfte die Grenzlinie zwischen seelsorglicher Arbeit und politischer Betätigung nicht klar und scharf genug gezogen haben.

Im Einzelnen sind bei den drei katholischen Geistlichen folgende Maßnahmen vorgesehen:

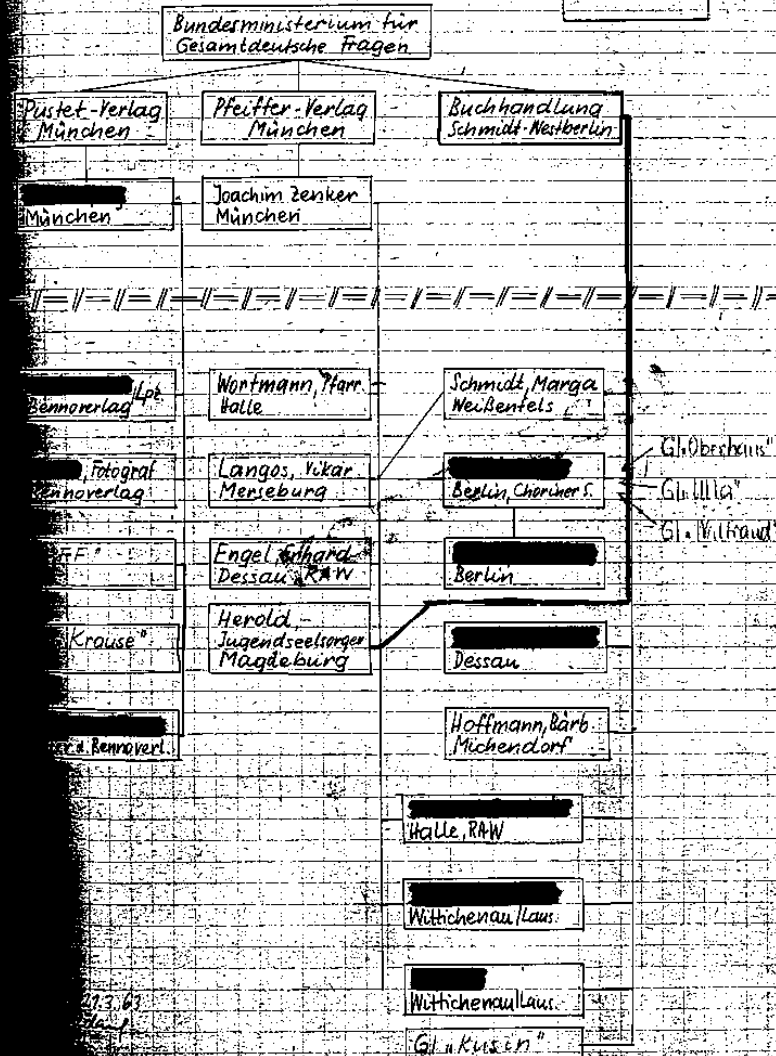
- Pfarrer Wortmann: Versetzung mit Wirkung vom 16.8.1964 nach Minden / WD.
- Pfarrer Verstege: Versetzung in eine neue durch Weihbischof Dr. Rintelen festzulegende Kirchengemeinde innerhalb der DDR
- Pfarrer Langos: Verweis Merseburg-Süd

Die durch das Erzbistum Paderborn vorgenommenen Maßnahmen sind das Ergebnis einer durch die HA XX/4 in Verbindung mit unserer Abteilung durchgeführten operativen Kombination.

(18.8.64)
- 18.8.64 -

Skizze zum Zusammenhang der verdächtigen Verbindungen im
Operativvorgang „Korina“

BSU
000061



Interessant sind die Feststellungen und Behauptungen des MfS, daß unsere „antikommunistischen Wege“ direkt von Rom - womöglich über den amerikanischen Geheimdienst CIA - mindestens aber durch die von Ostberlin zentral gesteuerte Hierarchie des Erzbischofs Alfred Cardinal Bengsch organisiert wurden.

3. Die Tätigkeit der leitenden katholischen Kleriker der DDR läßt ein antikommunistisches Programm erkennen, über das Erzbischof *B e n g s c h* in einer Eingabe an das Konzil zum Beispiel folgende Angaben macht:

- Es ist Aufgabe der katholischen Kirche, 'den Kommunismus ihren schlimmsten Feind, niederzukämpfen'.
- Es ist gegenwärtig nicht möglich, dieses Ziel mit der Methode des offenen Antikommunismus zu verfolgen, da die sozialistischen Staaten gefestigt sind und eine solche Politik 'mit absoluter Sicherheit den Bischöfen und Gläubigen, die unter der Herrschaft der Kommunisten leben, neue Bedrückungen bringt und den Kommunisten Gelegenheit und Anlaß gibt, den Kampf gegen die Kirche neu zu eröffnen'.
- Man soll nicht mehr offen die Methoden offenbaren, mit denen die Kirche den Kommunismus beseitigen will, sondern soll sie still praktizieren.

Die unter Führung von Erzbischof *B e n g s c h* durchgesetzte Politik ist dabei folgendermaßen zu kennzeichnen:

- Alle Pfarrer und Gläubigen werden auf eine intensive Festigung des katholischen Glaubens orientiert. Dabei wird der Schwerpunkt auf die Festigung des sogenannten Laienapostolats gelegt. Dieses Laienapostolat beinhaltet vor allem die Festigung der katholischen Familie als Basis für die Weiterentwicklung der Substanz der katholischen Kirche, die Festigung der katholischen Laienorganisationen und den Aufbau von sogenannten Hauskreisen, Kleinkreisen von Studenten, Elternkreisen usw., die jeweils in die Lage versetzt werden sollen, den katholischen Glauben auch weitgehend unabhängig vom Vorhandensein katholischer Geistlicher zu verbreiten.
- Gleichzeitig wird die ideologische Auseinandersetzung mit den politisch-ideologischen Hauptproblemen unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung verstärkt.
- Die hierarchische Struktur der katholischen Bistümer in der DDR wurde gefestigt, zum Teil durch Einsetzung von jüngeren, dem Bischof ergebenden Kräften in wichtige kirchliche Stellen, zum Teil durch Erweiterung der Rechte der Bischöfe und Beschneidung der Rechte der Pfarrer sowie durch organisatorische Veränderungen im Aufbau der kirchlichen Struktur der Bistümer.

4. In der gesamten Tätigkeit des leitenden katholischen Klerus in der DDR ist folgende Konzeption zu erkennen:

In Vereinbarung mit leitenden Personen des Vatikans wurde für die Durchsetzung der Aufgabenstellung der katholischen Kirche in den sozialistischen Ländern eine Politik bestimmt, die in variabler Weise die legale Tätigkeit der katholischen Organisationen und Gruppen für eine konspirative Tätigkeit gegen die sozialistischen Länder ausnutzt.

Dafür werden folgende Methoden angewandt:

- Die leitenden Kleriker ziehen zur Durchführung dieser Aufgabenstellung vor allem solche katholischen Geistlichen heran, die in Westdeutschland insbesondere in Königstein/Taunus, ausgebildet wurden und in die DDR eingeschleust worden sind.
- Weiter werden durch den Klerus katholische Laien für diese Tätigkeit eingesetzt. Dieser Personenkreis sind in der Regel aus der Katholischen Studentengemeinde (KSG) hervorgegangene Katholiken, die jetzt als Ärzte, Lehrer usw. tätig sind und über die persönlichen und objektiven Möglichkeiten verfügen, diese Tätigkeit qualifiziert durchzuführen.*

In einem zweiten Teil des 4. Kapitels erinnere ich an die besonderen Versöhnungsdienste der Magdeburger Kirche über die Oder-Neiße-Grenze hinweg nach Polen.

In diesen Tagen wird Günter Särchen als erstem und hervorragendstem Vertreter - weniger durch die katholischen Kirchenleitungen in Deutschland und Polen - als vielmehr von den Außenministerien beider Staaten - für seinen „Brückenschlag“ gedankt. Ich bin froh und dankbar dafür, daß ich mit ihm und auch dem Präses Dr. Kreyssig von Anfang an auf der gleichen „Verdächtigen-Liste“ meinen Platz gefunden habe. (Das beigefügte Dokument des polnischen Sicherheitsdienstes ist übrigens eine Übersetzung aus der russischen Sprache, die im Sowjet-Imperium auch für das MfS der DDR als Amtssprache galt).

Bitte übersehen und überlesen Sie beim Blättern in den Unterlagen aus den 60er Jahren nicht, daß der ZOV „Schleuse“ wegen „Überfüllung“ abgeschlossen wurde. Zahlreiche neue Mitarbeiter beim MfS und das inzwischen dazu angeworbene Heer der „IM“ verlangten und ermöglichten die sogenannte „Dezentralisierung“. In diesem Zusammenhang ist auch die Rede davon, daß sich besonders im Magdeburger/Hallenser Raum die kirchlichen Gruppen nicht mehr so wie bisher nach Osten engagierten sondern mit zunehmender Wandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse „auf eine innerkirchliche Politik“ umdachten, verbunden mit nachkonziliarer „Kritik am real existierenden Sozialismus“ der DDR.

* BStU, ZOV „Schleuse“, ZA AOP 612/71, Band 3, Bl. 141-143 Auszüge

Übersetzung aus dem Russischen

000006

Information der Sicherheitsorgane
der VR Polen

Anlage zu /65

STRENG GEHEIM !

B e r i c h t

Wir besitzen Informationen darüber, daß sich in den letzten zwei Jahren die direkten und brieflichen Kontakte zwischen uns näher nicht bekannten deutschen Persönlichkeiten katholischer Organisationen und polnischen katholischen Persönlichkeiten belebt haben.

Aus den vorliegenden Informationen geht hervor, daß folgende Personen in dieser Hinsicht aktiv sind:

- REISICH - wohnhaft Berlin C 2, Bischofstr. 2;
- Elisabeth ADLER - Funktionärin des Ökumenischen Rates in der DDR - der Protestanten;
- Gunter SÄRCHEN - wohnhaft in Magdeburg, Heydeckstr. 3;
- Geistlicher HEROLD - wohnhaft in Magdeburg;
- Dr. GERSCHEN;

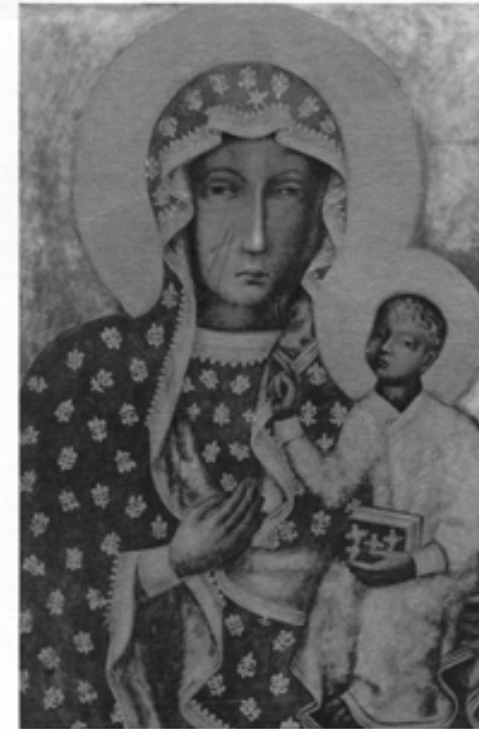
sowie von der Leitung des EDR (?) in Westberlin

- Dr. Miller Ganglow
- Dr. Hammerstein

Alle Obengenannten sind organisatorisch mit dem "Sühne-Zeichen" und dem EDR verbunden, bei denen es sich um katholische Organisationen handelt, die in der DDR, der BRD und in Westberlin tätig sind.

Gunter SÄRCHEN und der Geistliche HEROLD hielten sich im April d.J. in Polen auf und stellten Kontakt mit einer Reihe von Geistlichen, einigen Bischöfen sowie mit katholischen Persönlichkeiten des rechten Flügels her.

Wir verfügen über überprüfte Angaben, daß sie bei Diskussionen mit polnischen Katholiken vom antisozialistischen Standpunkt die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik darlegten.



*Hr. Mikotajski Heroldowi błogosławieństwo
na ofiarną i wieloletnią pracę
i gorącą miłość nad młodzieżą
Kościółu W. R. D.*

*+ Thomas Kischewski
Bischof Allenstein
Altenstein 19. IV. 1965*

„Ich segne Jugendseelsorger Nikolaus Herold in seinem opfervollen Priesterleben und seiner fruchtbaren Arbeit mit der katholischen Jugend in der DDR.

+ Thomas
Bischof von Allenstein

Altenstein, 10.IV.1965“



Diese Bronzeplatte wurde von einer Magdeburger Jugendgruppe zum Millenium 1966 am St. Adalbert-Schrein in Gnesen überreicht.

Übersetzung:

AUF DER PILGERFAHRT ZUM GRABE DES HEILIGEN ADALBERT IM JAHRE DES TAUSENDJÄHRIGEN TAUFGJUBILÄUMS DES POLNISCHEN VOLKES BETETEN HIER UND OPFERTEN HERZLICHE SÜHNEGABEN DEUTSCHE JUNGEN UND MÄDCHEN MIT DER BITTE ZU GOTT UM VERSÖHNUNG UND BRUDERLIEBE UNSERER BEIDEN NACHBARVÖLKER

(Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Sufragan Gnieźnieński

Gniezno, dnia 6. VIII. 1965r.

Sehr geehrter Herr Direktor,

Ihre wertige Information von der Pilgerfahrt der deutschen Jugend nach Polen kam nach Gniezno während meiner Ferien, die ich am Meer verbrachte, so dass ich erst jetzt von ihr erfuhr.

Ich bin tief gerührt von dem christlichen Geiste, welcher diese Jugend beseelt. Wir spüren dann alle, dass wir Brüder und Schwester in Christo sind. Gebe der liebe Gott uns allen die Gnade die unchristliche Vergangenheit zu vergessen und aus unseren Völkern auf dem Fundament der christlichen Wahrheit und Liebe ein wahres Volk Gottes, eine wahre „Civitas Dei“ zu formen. Es ist das vielleicht nur eine Utopie ein Ideal. Aber ohne diese christlichen Ideale und Hoffnungen würde das Leben nicht wert sein gelebt zu werden. Sperare contraspeem, d.h. auf Gott vertrauen, auf die Allmacht seiner Gnade, die auch dürre Knochen zum neuen Leben erwecken und beseelen kann, wie uns das bekannte Gesicht des Propheten Ezechiel belehrt. Das Dürre, also alles, was nicht Leben aus Gott ist, müssen wir aus unseren Herzen und Seelen ausmerzen und so sich selbst und das christliche Volk zum Leben eines Gottesvolkes anleiten.

Möge die deutsche christliche Jugend zu diesem Werk durch ihren mutigen christlichen Opfergeist ihren Teil beisteuern.

Mit bischöflichen Segen grüsse ich Sie herzlich, Herr Direktor, und wünsche Ihrem Werke den Beistand Gottes und Hilfe unserer lieben Himmelskönigen.

P.T.
Seelsorgeamt Magdeburg
301 Magdeburg 1



+ Eugeniusz Romaszko

D. Data 855-85 2.000 gsm. A-4 Nr 28-29

Dokument 28 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

17. 9. 1969
Leut./Wa./XX/4/II/ 43840/69

Hauptabteilung XX

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
Halle
Abteilung XX
Leiter

H a l l e

Dezentralisierung des ZOV "Schleuse", Reg.-Nr. XV/4268/63

Nach dem derzeitigen Stand der Bearbeitung kann eingeschätzt werden, daß die im ZOV "Schleuse" zusammengefaßten katholischen Gruppierungen eine in ihren äußeren Formen ähnliche Kontaktpolitik in Richtung sozialistisches Ausland durchführen, aber in ihrer Zielstellung wesentlich voneinander abweichen. Hinzu kommt, daß sich einige Gruppierungen in ihrem Charakter völlig verändert haben und eine neue innerkirchliche Aufgabenstellung an der Spitze ihrer Tätigkeit steht, so daß eine gemeinsame Bearbeitung in einem ZOV nicht mehr zweckmäßig ist.

Die im Teilvorgang I bearbeiteten katholischen Geistlichen und Laien unternahmen bis zum heutigen Tage eine Anzahl Reisen in das sozialistische Ausland und stellten die von ihnen ermittelten Adressen der katholischen Bürger den Oratorianern und Jesuiten in Leipzig zum Literaturversand über den St.-Benno-Verlag zur Verfügung. Sie halfen auch über ihre Westkontakte, Kleidungsstücke, Nahrungs- und Genußmittel sowie kirchlich-rituelle Gegenstände zu beschaffen, um sie im Austausch der Gruppierungen untereinander für die Kontaktpersonen im sozialistischen Ausland bereitzustellen. Es konnte aber erarbeitet werden, daß dabei keine einheitliche Organisation dieser Tätigkeit für alle Gruppen erfolgt.

Besonders in den Jahren 1966 bis 1968 war festzustellen, daß die bearbeiteten Personen im Teilvorgang I mehr und mehr von der aktiven Reisetätigkeit zurücktraten und sich zu einer innerkirchlichen Gruppe im Erzbischöflichen Kommissariat Magdeburg zusammenschlossen. Die von ihnen betriebene Politik richtet sich sowohl gegen den innerkirchlichen Aufbau der katholischen Kirche sowie auch gegen die Gesellschaftsordnung in der DDR.

5. Kapitel

Die „Strafversetzung“ nach Halle

Der „Treffbericht“ des Berliner Prälaten Otto Groß - offizieller Beauftragter des Erzbischofs von Berlin zum Ministerium für Staatssicherheit - protokolliert von seinem Führungsoffizier - markiert als Schlußpunkt des Jahres 1968 meine „Strafversetzung“ von Magdeburg ins Pfarramt nach Halle.

Gleich zu Beginn brachte das weltweit unruhige Jahr 1968 in den meisten Jurisdiktionsbezirken in der DDR für die katholische Jugendseelsorge, deren gewählter Arbeitsgemeinschafts-Leiter ich seit 1965 war, neue Vorwürfe der Berliner Bischofskonferenz. Cardinal Alfred Bengsch, Vorsitzender der BBK traf seine Maßregelungen über die Diözesanbischöfe und ließ die einzelnen Diözesan-Jugendseelsorger durch ihre Ortsbischöfe zur Ordnung rufen. Zunächst wurde die gesamte Arbeitsgruppe „suspendiert“. Später, nach kommissarischer Federführung durch Prälat B. Huhn sollte ich mit befristetem Auftrag die Vorschlagswahl meines Nachfolgers in der kirchlichen Jugendarbeit der DDR vorbereiten und meinen Übergang in die Pfarrseelsorge ermöglichen. Bei diesen letzten Konferenzen kamen nicht nur die zwischen mir und meinem Magdeburger Bischof entstandenen pastoralen Differenzen, sondern auch die „kirchenkritischen Positionen“ der anderen Diözesanjugendseelsorger und ihrer Mitarbeiter/innen mit einmaliger Deutlichkeit zur Sprache. Sie führten zur Entlassung von weiteren drei Mitbrüdern aus den Ordinariatsdiensten. Im Licht der Magdeburger Jugendpastoral, die sich seit 1964 stark in der bikonfessionellen Oekumene verstand und artikulierte, stand an erster Stelle die Auseinandersetzung und praktikable Antworten zur NVA-Wehrpflicht-Frage („Bausoldaten“). In der Brautleutegleitung gab es nach der päpstlichen Entscheidung in der Enzyklika „Humanae vitae“ und deren restriktiver Auslegung durch die ostdeutschen Bischöfe (anders als in der sogenannten „Königsteiner Erklärung“ der westdeutschen Bischofskonferenz!) für uns im Umgang mit der „Jugend der Kirche“ den nächsten brisanten Kontroverspunkt. Beide o. g. Positionen und unsere allgemeine nachkonziliare Akzeptanz des Dokumentes „Gaudium et spes“ und dessen entsprechende Interpretation: „Engagement“ als sogenannter „Weltdienst der Christen“ brachten zusätzliche Reibungspunkte. Die gelebte Paxis, Gleichstellung von ordinierten Priestern und „Laien“, Frauen und Männern in der Diasporakirche von Morgen, führte natürlicherweise ausgehend von ersten Ansätzen der Kirchenkritik zu mehr innerkirchlicher Freiheit und stärker bejahter Partnerschaft der Jugend und der Erwachsenen in demokratischen Verantwortungsbereichen, die man der sogenannten „Amtskirche“ abverlangte und zumutete. Innerkirchliche „Emanzipation“ war oft, meist nonverbal, der Anfang einer „Gesellschaftskritik“. Die aber führte auf der oberen Ebene zum staatlichen Widerspruch. Offizielle Beschwerden und Drohungen gegenüber unseren Ortsbischöfen folgten. Die Vertreter der Räte der Bezirke

oder in Berlin des Staatssekretariats für Kirchenfragen, mit denen man sonst katholischerseits nur auf „Sparflamme“ Kontaktgespräche führte, klagten immer häufiger Disziplinierungen seitens der Kirchen-Obrigkeit ein.

Rat des Bezirkes Magdeburg
Stellv.d.Vorsitzenden für
Inneres

Magdeburg, den 5. 9. 1968

A k t e n v e r m e r k
über die am 3. 9. 1968 geführte Aussprache mit dem
Weihbischof Dr. R i n t e l e n beim Rat des Bezirkes

Die Aussprache mit Dr. Rintelen wurde geführt
von dem

Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres,
Genossen S t e i n b a c h
und dem Referenten für Kirchenfragen,
Genossen B e l l s t e d t.

Bei diesen Gespräch ging es im wesentlichen um die Durchführung der 1000-Jahrfeier der Katholischen Kirche des Kommissariats Magdeburg am 7. und 8. September 1968 in Magdeburg.

Genosse Steinbach legte - ausgehend von den Maßnahmen unserer Regierung vom 21. 8. 1968 - die wichtigsten politischen Probleme dar und verwies dabei auf die Haltung einiger Kirchenführer in Westdeutschland im Hinblick auf die durchgeführten Revanchistentreffen und ihre Hetze gegen die von den 5 Bruderländern eingeleiteten Maßnahmen für die CSSR.

Weiter gab Genosse Steinbach dem Weihbischof Dr. Rintelen gegenüber zu bedenken, daß der zum gleichen Zeitpunkt in Westdeutschland stattfindende Katholikentag von den reaktionären Kräften innerhalb der westdeutschen Kirchenleitung dazu benutzt werden könnte, um von diesem Katholikentag Grußadressen bzw. - telegramme nach hier zu senden und damit einen Zusammenhang zwischen dem Essener Katholikentag und der 1000-Jahrfeier in Magdeburg herzustellen.

Zur Sprache kam ebenfalls die feindliche Haltung der Magdeburger Evangelischen Kirchenleitung gegen die Maßnahmen vom 21.8.1968. Da aus dem Programm der Katholischen Kirche zur Durchführung der 1000-Jahrfeier hervorgeht, daß der evangelische Bischof Jänicke an den Gottesdiensten am Sonntag Nachmittag gemeinsam mit Dr. Rintelen und Kardinal Bengsch teilnehmen wird, wo ihm u. a. von Seiten der Katholischen Kirche die Möglichkeit gegeben werde, ein Grußwort an die Katholiken zu richten, könnte die Gefahr bestehen,

daß Bischof Jänicke diese katholischen Veranstaltungen dazu benutzt, um in negativer Form gegen unseren Staat aufzutreten.

Rintelen äußerte sich zu diesem Komplex folgendermaßen:

Die eingeleiteten Maßnahmen vom 21. 8. 1968 gegenüber der CSSR kann er zwar persönlich nicht billigen. Er steht aber auf dem Standpunkt, daß er die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, die an dem Betreten des Territoriums der CSSR beteiligt sind, verstehen kann, da schon von der strategischen Lage her es niemals geduldet werden kann, daß die CSSR von uns aus aufgegeben wird.

Er legte aber gleichzeitig in diesem Zusammenhang dar, daß diese Problematik während der Durchführung der 1000-Jahrfeier überhaupt keine Rolle spielen wird.

Auch auf der Bischofskonferenz, die am 2. 9. 1968 in Berlin unter Vorsitz des Kardinals Bengsch stattfand, wurde weder dagegen noch dafür gesprochen. Die Katholische Kirche verhält sich in dieser Angelegenheit neutral, und es ist auch nicht beabsichtigt, von Seiten der katholischen Bischöfe der DDR - und schon gar nicht von ihm persönlich - ein Schreiben, so wie es die Evangelische Kirche getan hat, nach unten zu geben.

Er versicherte noch einmal, daß die 1000-Jahrfeier so wie sie jetzt in Magdeburg durchgeführt wird - nur stattfinden kann, da die Katholische Kirche vom Rat des Bezirkes und vom Rat der Stadt Magdeburg in großzügiger Weise unterstützt wurde, und er würde es als einen Vertrauensbruch ansehen, wenn die einzelnen Veranstaltungen an den beiden Tagen jetzt einen politischen Anstrich erhalten würden.

Er übernahm noch einmal die Verpflichtung und die Garantie, daß alle Veranstaltungen im kirchlichen Raum verlaufen und alle Redner sich streng an seine Weisungen halten, nur auf theologische Fragen einzugehen.

Das trifft zu

- für die Festrede des Dr. S o n n t a g aus Dresden im Maxim-Gorki-Theater Magdeburg,
- für das Hochamt des Kardinal Bengsch am Sonntag auf den Rennwiesen,
- für seine eigene Predigt im Herrenkrug-Gelände.

Das trifft auch weiter zu für die Gottesdienste, die am Sonntag Nachmittag in den bekannten drei Kirchen

- Dom
 - St. Sebastian - Kirche
 - Kloster Unser Lieben Frauen
- abgehalten werden.

*Rintelen läßt sich noch einmal die Predigt des Rektor H e r o l d vorlegen, die im Kloster Unser Lieben Frauen vor der Jugend gehalten wird, um auch hier von vornherein politische Akzente auszuschließen. (...) **

Das MfS sprach dabei mit. Durch seine im „Staatsapparat“ integrierten „IM“, die in jenen Jahren genau das vertraten und oft bedingungslos verlangten, was die „Stasi“ unabhängig davon einzelnen Bischöfen oder deren ernannten Prälaten an Zensuren direkt übermittelte und mit „Disziplinierung“ und „Versetzung“ der kirchlichen Provokateure an der Basis erreichten.

Die Distanzierung und Marginalisierung der Aktivisten durch die eigene Kirchenbehörde blieb bei den Betroffenen meist unverstanden, erzielte Verbitterung. Die Absicht der Stasi: „Diffamierung“, „Zersetzung“, „Isolation“ dieser Persönlichkeiten wurde in den meisten Fällen erreicht.



Begrüßungsansprache bei der 1000-Jahrfeier zur Gründung des Erzbistums Magdeburg am 9.9.1968 (Siegfried Adler, Leipzig)

So unterstreicht meine Versetzung nach Halle, vorbereitet den Sommer über und im Herbst 1968 durch staatliche Denunziationen zu meiner Tätigkeit einerseits beim Berliner Cardinal und andererseits bei meinem Magdeburger Dienstherrn die meisten Abschnitte im Schlußteil dieses brisanten Kapitels 5.

Das Ganze wurde verschärft durch unsere Debatten und Veröffentlichungen vor und nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR. Unsere Provokationen waren für Staat und Kirchenleitung in dem von beiden Seiten gewünschten Stillhalte-Frieden explosiv und gefährlich. Der erreichte „status quo“ wurde in Frage gestellt. Nach der allgemeinen Kritik an der Okkupation eines sozialistischen Nachbarlandes durch die von niemand zu Hilfe gerufenen „Bruderarmeen“ traf unser zusätzlicher Vorwurf einer spürbaren „Refaschisierung“, den unsere Ju-

gendlichen ebenso wie die gesteigerte „Ideologisierung“ in der DDR bei ihrer schulischen und betrieblichen Ausbildung feststellten, die von uns unter „Anklage“ gestellten Machthaber sehr. Nach dem Pfingsttreffen der katholischen Jugend in Roßbach vom 31. Mai bis 2. Juni 1968 hatten Jochen Garstecki, Ursula Broghammer und ich das zu Papier gebracht um es bei dem sogenannten Delegiertentag am 7.9.68 in Magdeburg weiterzudiskutieren:

Magdeburg, den 23.8.68

Vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1968 fand im St. Michaelshaus in Roßbach ein Treffen für junge Erwachsene statt, die als Vertreter ihrer Gemeinden und Dekanate den Arbeitskreis „Jugend“ des Laien-Delegierten-Tages am 7. September 1968 in Magdeburg besuchen werden.

Dieses Roßbacher Treffen sollte einer ersten Kontaktnahme der Veranstalter des Delegiertentages mit den Vertretern der Jugend dienen und darüberhinaus die Thematik des Arbeitskreises „Jugend“ am 7. September in Magdeburg festlegen und vorbereiten. - Anwesend waren etwa 45 junge Erwachsene.

Das von der Veranstaltungskommission für den Arbeitskreis genannte Rahmenthema: „Die Welt der neuen Jugend - gesehen mit ihren und mit fremden Augen“ erschien zu unscharf und, gemessen an den Belangen der kirchlichen Jugendarbeit im Kommissariat Magdeburg, zu wenig ergiebig.

Diskussionsgrundlage der zweitägigen Überlegungen der Teilnehmer bildete daraufhin eine vorformulierte These zum Selbstverständnis christlicher Jugendarbeit heute:

„Christliche Jugendarbeit will den Jugendlichen Hilfen geben zur gläubigen Annahme der Gegenwart und ihrer Aufgaben aus einer verbindlichen Vergangenheit heraus angesichts der eigenen offenen Zukunft.“

Diese These war durch eine Skizze illustriert und wurde erläutert. (Anlage I) Das Verständnis dieser These voraussetzend, bildeten sich getrennte Arbeitsgruppen zu den beiden folgenden Themen:

* Landesarchiv Magdeburg -LHA- BT/RdB MD Nr.

Arbeitsgruppe I: Wo leben wir?

Die Gesellschaft der DDR (nach dem Verfassungsvolksentscheid vom 6. April 68) im Spiegel ihrer Dokumente.

Arbeitsgruppe II: Was soll Jugendarbeit?

Inhalte und Schwerpunkte nach den Vorstellungen und Erwartungen der am Gespräch in dieser Arbeitsgruppe beteiligten Jugendlichen.

Die Aufgabe der Arbeitsgruppe I bestand in einer Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation in der DDR unter dem besonderen Aspekt „Jugend und Jugendarbeit“.

Ziel der Arbeitsgruppe II waren Ermittlungen über die Erwartungen der Jugendlichen an die Jugendarbeit und die Erstellung eines allgemeinen Überblicks.

Zu beiden Themen waren Fragestellungen formuliert worden, die jedem Teilnehmer schriftlich vorlagen und die Auseinandersetzung mit dem Thema erleichtern sollten.

Beide Arbeitsgruppen informierten sich nach Abschluß ihrer Gespräche gegenseitig über die Ergebnisse. Infolge dieser Berichterstattung ergaben sich neue Fragestellungen, die durch die verschiedene Art der Aufgabe der beiden Gruppen bedingt waren und die verschiedenen Ergebnisse zu berücksichtigen hatten.

In den Beilageblättern sind alle Fragestellungen zusammen mit den gewonnenen Ergebnissen für die Teilnehmer des Roßbacher Treffens noch einmal nachbereitend aufgeführt.

Allen Teilnehmern des Arbeitskreises „Jugend“, die keine Gelegenheit hatten, in Roßbach dabeizusein, dient diese Zusammenstellung als Information und bringt ihnen Möglichkeit, sich auf die Begegnung am 7.9. in Magdeburg vorzubereiten.

Ursula Broghammer
Claus Herold
Jochen Garstecki

Arbeitsgruppe I

Wo leben wir?

Die Gesellschaft der DDR (nach dem Verfassungsvolksentscheid vom 6. April 68) im Spiegel ihrer Dokumente.

Aufgabe: eine Analyse.

Fragestellungen und Diskussionsergebnisse

1. Welche konkreten Programme, Aktionen und Bemühungen von Seiten des Staates kennzeichnen die gegenwärtige gesellschaftliche Situation in der DDR - unter spezieller Berücksichtigung der DDR-Jugend?

(Als Arbeitsmaterial lagen den Teilnehmern vor: die Verfassung der DDR; das Jugendgesetz der DDR; das Jugendkommunique des Politbüros des ZK der SED; verschiedene aktuelle Zeitschriften und Zeitungen der FDJ, u. a. die „Junge Generation“ und die „Junge Welt“.)

Nach Meinung der Teilnehmer liegt gegenwärtig im Bildungswesen der Schwerpunkt aller Bemühungen des Staates um eine sozialistische Gesellschaft.

Tendenz: Ausschaltung aller erzieherischen Einflüsse, die nicht von staatlicher Seite stammen (z. B. Eltern), ferner wachsende Ideologisierung des öffentlichen Lebens.

2. Welche persönlichen Erfahrungen machen wir zur Zeit mit dieser Gesellschaft und ihren maßgeblichen Organen?

Die Jugendlichen sind der Ansicht, daß ihre Interessen nicht wirklich ernst genommen werden; lediglich in nebensächlichen Bereichen werden sie berücksichtigt.

Andererseits ständige Aufforderung und Werbung zur Mitarbeit in staatlichen Organisationen oder zur Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen politischer und ideologischer Art durch das Angebot von Vergünstigungen, oft mit finanziellem Anreiz.

Positiv wird vermerkt, daß breite Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für jeden bestehen.

3. Inwiefern wird die DDR-Gesellschaft der Zukunft durch die zur Zeit herrschenden Trends bereits vorentworfen?

(...)

4. Welche Trends werden ausgeprägter werden, welche werden nachlassen?

Fast alle Teilnehmer sind sich darin einig, daß der Trend zur ideologischen Verschärfung und „Faschisierung“ zunimmt. Demokratisierungstendenzen sind nicht zu beobachten.

5. Kann eine christliche (kirchliche) Jugendarbeit in der DDR das für die Zukunft voraussehbare in ihre heutigen Unternehmungen einkalkulieren?

Die Teilnehmer bejahen diese Frage und halten entsprechende Versuche für notwendig, wissen aber nicht, welche Möglichkeiten im einzelnen dafür vorhanden sind.

6. Steht die christliche (kirchliche) Jugendarbeit und Jugendseelsorge einer Herausforderung durch die Zukunft gegenüber; und wie ist dieser Herausforderung zu begegnen?

Die Teilnehmer nennen verschiedene Schwerpunkte:
gegen die eigene Labilität und Gleichgültigkeit den Ereignissen gegenüber ankämpfen;
Bildung zur Kritikfähigkeit gegenüber Gesellschaft und Kirche;
Versachlichung der kirchlichen Jugendarbeit;
Bildung kleiner überschaubarer Kreise;
nicht feste Programme, sondern austauschbare Konzepte;
Erörterung aktueller Fragen;
Zusammenarbeit mit fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften;
mehr Kontakte zu Erwachsenen;
das Wissen um den Glauben vertiefen.

Anmerkung: Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe befriedigen nicht. Die Unergiebigkeit einzelner Leitfragen bzw. das Ausbleiben bestimmter Antworten liegt zum Teil an der zu allgemein formulierten Fragestellung, an der geringen Übung beim Umgang mit Texten, die ausgewertet werden sollen, sowie an der Schwierigkeit, das Gemeinte klar auszudrücken. Der immer wieder festzustellende Mangel an eigenständigem Denken in gesellschaftlichen und politischen Fragen erschwert eine intensivere Auseinandersetzung. *

Das Magdeburger Treffen sollte im Zusammenhang mit dem „Millenium“, der Jahrtausendfeier der Gründung des alten Erzbistum Magdeburg, verbunden werden. Die Thesen zur Magdeburger Jugendpastoral, unsere Anfragen zur Kirchenkritik - zugleich eine Überlebensstrategie in der Diaspora mit den entsprechenden Perspektiven als aktives Veränderungspotential an der Basis der real-sozialistischen DDR - waren „Zeitbomben“.

* Archiv Claus Herold, Halle/S.

„Einige Leute loben den Frieden“
Stunde der Jugend am 8.9.1968 im
„Kloster unser lieben Frauen“

(...)

Sprecher 1: Ist der Frieden unter uns,
wenn verketzert, gelogen, gehaßt
wird?

Sprecher 2: Ist der Frieden unter uns,
wenn gerüstet, vernichtet, getötet
wird?

Sprecher 3: Frieden heißt heute wie zu
allen Zeiten:

Alle: Du sollst nicht lügen!
Du sollst nicht hassen!
Du sollst nicht töten!

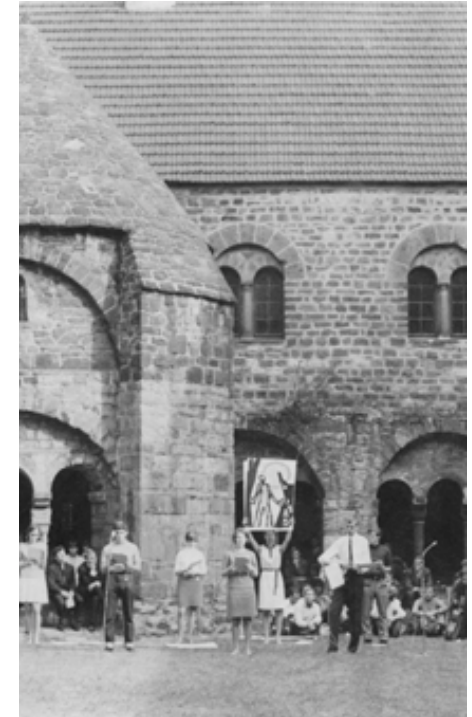
Sprecher 1: Hör meinen Protest,
denn du bist Gott und kein Freund
der Diktatoren -
du folgst nicht ihrer Politik,
noch achtest du auf ihre Propaganda.

Sie sprechen vom Frieden -
und steigern die Rüstungsproduktion.

Die Ganze Nacht streuen ihre Radiosender Lügen aus,
verbrecherische Pläne füllen die Akten ihrer Büros
Straf sie, o Gott!

Laß scheitern ihre Politik!
Bring ihre Memoranden durcheinander!
Verhindere ihre Programme.

Wer ihren lügnerischen Parolen nicht glaubt,
den segnest du,
den umgibst du mit deiner Liebe
wie mit Panzerwagen. (Ernesto Cardenal)



Im Kloster „Unser lieben Frauen“ Magdeburg. „Einige Leute loben den Frieden“ Magdeburger Katholikentag im September 1968 drei Wochen nach dem Einmarsch in die CSSR. Jochen Garstecki mit Gitarre, Ursula Broghammer mit Plakat (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Sprecher 2: Frieden - das beginnt damit, daß du die Wahrheit sagst,

Sprecher 3: daß du deinen Nachbarn akzeptierst,

Sprecher 4: daß du Ressentiments abbaust.

Sprecher 5: Frieden - das heißt weiter: Toleranz der Meinungen,

Sprecher 2: Entideologisierung der Standpunkte,

Sprecher 3: Koexistenz der Ansichten.

Sprecher 1: Frieden ist die Summe aller Bemühungen um Einheit.

(...) *

Auf Drängen der Vertreter vom Rat des Bezirkes Magdeburg hatte sich Weihbischof Dr. Rintelen meine Predigt und die Gruppentexte der Jugendfeierstunde zur „Entpolitisierung“ vorlegen lassen. Er hatte uns auch Änderungen und Auslassungen vorgeschlagen. Für Stasi-Augen-Ohren war das ganze allerdings nicht zu „entschärfen“.

Das engagierte Grußwort des zur Feier anwesenden Kardinals, seine geradezu polemische Gegenrede, die auch der andere prominente Gast, der evangelische Ortsbischof J. Jänicke behutsam und eindeutig nicht zurücknehmen konnte, ließen unsere Provokation in der kirchlichen Friedensdiskussion nur noch deutlicher erkennen.

Am Ende geriet unser Weihbischof wegen seiner passiven Duldung dieser Jugendseelsorge und ihrer öffentlichen Veranstaltungen erneut in das „Schußfeld“ der Berliner Bischofskonferenz und wurde vom Herrn Kardinal zu Konsequenzen gegen die „Täter“ veranlaßt: Entlassung aus den diözesanen Funktionen, „Strafversetzung“ auf eine Pfarrstelle und Ablösung des „Herold-Teams“ im Magdeburger Jugendamt.

Wie im nebenstehenden Treffbericht des Berliner Prälaten Otto Groß zu lesen ist, dachte man zu der Zeit in Berlin schon über die Versetzung des Magdeburger Bischofs nach. Diese war kirchenrechtlich nur möglich durch Abberufung seitens des Erzbischofs von Paderborn Lorenz Kardinal Jäger. Rintelen selbst hat den in Berlin geltenden „status quo“ der Katholischen Kirche und ihrer strikten Trennung vom Staat einzuhalten versucht. Trotzdem gab er der Jugend und besonders auch den Studentengemeinden kirchliche Freiräume, die gesellschaftliche „Enthaltsamkeit“ gegenüber dem DDR-Staat oft verletzten. Das kostete den Bischof schließlich seinen eigenen Kopf, daß er uns gedeckt und geschützt hat, wo und wie es ihm nur möglich war.

* Archiv Claus Herold, Halle/S.

Hauptabteilung XX/4

Berlin, den 19.12.1968

BSU
000010

Treffbericht

Quelle: "IM Otto"

Zeit: 14.12.1968, 12.00 bis 16.30 Uhr

Ort: Berlin

Mitarbeiter: Hptm. Wegener

Der IM berichtete folgendes:

1. Der katholische Bischof R i n t e l e n aus Magdeburg hat den Magdeburger Geistlichen und ehemaligen Jugendpfarrer H e r o l d nach Halle strafversetzt. Das ist zurückzuführen auf eine Aussprache des Ratsvorsitzenden des Bezirkes Magdeburg mit dem Bischof. Der Ratsvorsitzende war bei diesem Gespräch auf das Verhalten H e r o l d s und einiger anderer Geistlicher während der Jubiläumsfeierlichkeiten des Bistums Magdeburg, am 8.9.1968 eingegangen und hatte dem Bischof erklärt, dass H e r o l d unter den Jugendlichen ein Schreiben kursieren liess in dem zum Ausdruck gebracht wurde, dass in der DDR ein "Trend zum Faschismus" bestehe. R i n t e l e n habe während dieser Unterredung geäußert, dass er von diesem Schreiben bisher keine Kenntnis hätte und versprach H e r o l d zur Verantwortung zu ziehen.

Ursprünglich habe der Bischof nicht an eine Strafversetzung gedacht. Die Strafversetzung ist, neben der Aussprache mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, auf das Einwirken des Kardinals B e n g s c h zurückzuführen.

- 2 -

B e n g s c h hatte H e r o l d bereits im August 1968 als Vorsitzenden des Arbeitskreises Jugend der Katholischen Jugend der DDR abgesetzt, da H e r o l d Forderungen nach mehr Freiheit und Demokratie für die einzelnen Geistlichen und ihre Tätigkeit, und auch für den Laien, gegenüber dem Bischof erhoben hatte.

H e r o l d hat inzwischen in Halle die Pfarrei "Heilig Kreuz" übernommen.

Der Bischof R i n t e l e n hatte ihm 2 Pfarreien zur Auswahl gestellt. Er hatte H e r o l d erklärt, dass dieser nicht mehr das Vertrauen des Bischofs genieße und aus diesem Grund nicht in seiner unmittelbaren Umgebung tätig sein könne. H e r o l d müsse sich dieses Vertrauen durch eine gute Arbeit in der Seelsorge erst wieder neu erringen.

Die Versetzung nach Halle löste eine Protestaktion der "Heilig-Kreuz"-Gemeinde aus. Der Kirchenvorstand hat an den Bischof einen Brief geschrieben in dem er die Forderung stellte, den Kaplan von "Heilig Kreuz" zum Pfarrer zu ernennen. Der Kirchenvorstand und die Gemeinde waren der Meinung, dass sich dieser Kaplan die Pfarrstelle durch seine bisherige gute Arbeit verdient habe und man ihn aus diesem Grund nicht abschieben könne. Der Bischof war daraufhin gezwungen einen Kompromiss einzugehen und diesen Kaplan in einer anderen Pfarrei als Pfarrer einzusetzen.

2. Es steht ernsthaft die Frage, Bischof R i n t e l e n aus Magdeburg in den Ruhestand zu schicken.

Obwohl der Paderborner Kardinal J ä g e r davon nicht begeistert ist, ist Kardinal B e n g s c h der Meinung, dass R i n t e l e n seinen Aufgaben keinesfalls mehr gewachsen sei.

6. Kapitel

Oekumenische „Einheit in versöhnter Vielfalt“

Beim Versetzungsgespräch am 22.10.68 hatte mir Weihbischof Dr. Rintelen, dessen Wohlwollen ich nicht verloren hatte, die Pfarreien Wittenberg oder Zeitz, evtl. auch Bitterfeld zur Wahl gestellt. Wegen der Vakanz - durch den Tod des Hl.-Kreuz-Pfarrers - fragte er mich am Ende jedoch, ob ich nicht sofort das Pfarramt in Halle übernehmen wolle. Bis zu jener Zeit war es jedoch nicht üblich, daß ein katholischer Pfarrer in seine Geburtsstadt versetzt wurde - zwischen seine Schulkameraden, Sympathisanten, aber natürlich auch mit Vorurteilen belastete Gefährten seines früheren Lebensweges. Ich war in Halle (1929-1947) „groß geworden“, doch der Bischof und auch mein Selbstvertrauen hofften, daß ich die ausgleichende Rolle eines Gemeindegeseelsorgers bewältigen würde. Deshalb willigte ich in das Angebot bzw. die Aufforderung, nach Halle zu gehen, ein. Mein „Adsum“ entsprach übrigens nicht dem Wunsch der durch den Tod ihres Pfarrers betroffenen Gemeinde. „Widerstand“ gegen meinen Zuzug nach Halle leistete in Magdeburg auch der erste Stellvertreter des Bischofs, sein „Generalvikar“ Prälat Jäger, mit dem ich immerhin 11 Jahre im gleichen Hause gewohnt und gearbeitet hatte. Unser Verhältnis zueinander war korrekt aber immer distanziert gewesen. Er war der einzige der amtierenden Prälaten im damaligen Kommissariat Magdeburg, der mir als dem Jüngsten nicht das brüderliche „Du“ anbot. Das ist natürlich jedes Menschen freies Recht und sollte es auch bleiben; aber es macht deutlich, daß er mich halt als Parteigänger des damals auch bei uns wohnenden Prälaten Hugo Aufderbeck (ab 1962 Weihbischof in Erfurt) ansah. Wir waren die nachkonziliaren, innerkirchlichen „Unruhestifter“ im Magdeburgischen und er konnte seine bleibende Sorge und fast krankhafte Angst um den „status quo“ nur an unseren Personen fest machen. So agierte er im Vorzimmer des Bischofs bis zu seinem Tode, z. B. beim täglichen Briefe-Öffnen am Schreibtisch des Chefs. So informierte er auch seine aus Berlin von der Hauptabteilung XX/4 zu „konspirativen“ Treffen anreisenden Führungsoffiziere vom MfS. Mit dem Abteilungsleiter Inneres/Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Magdeburg stand er per Du.

Solche und andere Treffberichte, bzw. Gesprächsprotokolle verdeutlichen, leider erst im nachhinein, wie sehr die Stasi mich bei meinen ersten Gehversuchen begleitete und ihrerseits auf dieser „Direkt-Linie“ ihre Interessen, z. B. gegen die 1968 aufbrechende „Oekumene“ in Halle innerkirchlich „instrumentalisieren“ konnte.

und der Kirche Gutes zu tun. Das Gleiche war bei der Versetzung des HEROLD der Fall. Bei der Klärung der Frage, wohin HEROLD versetzt werden sollte, gab es s.Zt. unterschiedliche Auffassungen zwischen ihm und RINTELEN. Er wandte sich gegen RINTELENS Entscheidung, den HEROLD nach Halle zu versetzen, da HEROLD "versprach", ein zweiter BROCKHOFF zu werden. RINTELEN vertrat die Auffassung, daß es besser sei, die BROCKHOFFS, HEROLDS u.a. an einem Punkt

zu konzentrieren, damit man sie besser unter Kontrolle halten könnte. Er nahm an, daß eine solche Konzentration besser sei, als wenn sich woanders nach und nach weitere Gruppen bilden würden. Außerdem war man der Meinung, daß BROCKHOFF und HEROLD solche gegensätzlichen Charaktere wären, die nicht miteinander gemeinsame Sache machen. Das habe sich allerdings als Bumerang erwiesen. Sie hätten bei ihrer Einschätzung übersehen, daß bei einem gemeinsamen Anliegen durchaus trotz unterschiedlicher Charaktere ein Zusammengehen - zumindest in gezielten Fragen - dieser Beiden möglich ist.

Jäger schätzte weiter ein, daß für ihn HEROLD der gefährlichere ist. BROCKHOFF könne zwar viel, begeistere durch seine gewinnende Art, aber seinen Zuhörerkreis anspricht, stoße aber auch durch sein ansonsten überhebliches, arrogantes Wesen wieder ab. Das wäre anders bei HEROLD. Dieser habe ein gewinnendes Wesen, trete zuvorkommend und überaus freundlich auf und könne ebenfalls begeistern. Alle anderen Mitglieder dieses AKH haben nicht die gleiche geistige Qualität wie HEROLD und BROCKHOFF. Jeder ein LANGOS noch VERSTIEGE oder katholische Laien würden den Arbeitskreis voranbringen, wenn sie nicht solche Leute wie eben BROCKHOFF und HEROLD an ihrer Seite wüßten. Es ist sogar als sicher anzunehmen, wenn BROCKHOFF und HEROLD als die Initiatoren und Inspiratoren der Gruppe auf irgend eine Art nicht mehr für die Tätigkeit des AKH zur Verfügung stehen, dann könnten die Tage dieses Arbeitskreises gezählt werden. Die Gruppe wäre dann nicht mehr aktionsfähig; die Tätigkeit würde nachlassen und schließlich ganz eingestellt werden.

Aus der kirchlichen Jugendarbeit hatte ich im Sinne des 2. Vaticanums zur langsamen „Entkonfessionalisierung“ meine Erfahrungen und Visionen und „Nahziele“ in die zu Experimenten fähige und willige Pfarrgemeinde „Heilig-Kreuz“ mitgebracht.

Erfahrungen

- 1965 Herausgabe der gemeinsamen evgl.-kath. Handreichung zur ökumenischen Jugendarbeit im Magdeburger Seelsorgeamt (HR Nr. 62).
- 1967 Vorbereitung und Mitgestaltung des ursprünglich als „Bußgottesdienst“ geplanten ökumenischen Jugendgottesdienstes am 31.10. in Wittenberg aus Anlaß der 450-Jahr-Feier der Reformation.
- 1968 Ausrichtung des Magdeburger Katholikentages aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Gründung des Erzbistums Magdeburg auf ökumenisches Denken und Verhalten. Hauptveranstaltungen: Ökumenische Friedensgebetstunde im Dom mit den anwesenden evangelischen und katholischen Bischöfen und ein evgl.-kathol. Jugendgottesdienst im ehemaligen Kloster unserer Lieben Frau.
- 1969 Als neu installierter Pfarrer in Halle führe ich den langjährigen Rechtsstreit zwischen meinem Kirchenvorstand und der benachbarten evangelischen Kirchenmusikschule um Flurbegradigung zum schnellen Ende und schlage mit Kirchenmusikdirektor Bruns vor, alle unsere Grundstücke voneinander abschließenden Mauern abzureißen.

Visionen

Fünf Thesen zu den „Möglichkeiten ökumenischer Jugendarbeit“

1. Ökumenismus als Wiederherstellung der verlorengegangenen Einheit unter allen Christen ist ein Zeichen der Zeit und korrespondiert dem weltweiten, unbefangenen, pragmatisch-konkreten Generationsverhalten junger Menschen.
2. Ökumenismus ist im Verstehen junger Christen das ehrliche Suchen, engagierte, vorurteilslose Fragen nach der Einheit und Einzigkeit einer Kirche in Christus und durch Christus und ihrer im Heiligen Geist ausgewirkten Mannigfaltigkeit.
3. Ökumenismus sehen junge Christen als Wiederfinden und Wiedererstarken der geeinten Kirche, die nicht zunächst für sich selbst leben will, sondern immer besser ihren Dienst der Hingabe an die Welt verwirklichen möchte.

Ökumenismus hat als Nahziele

- a) die andauernde Reformation = innerkirchliche Erneuerung, die Anpassung der einzelnen Christen und kirchlichen Gemeinschaften nicht an die jeweilige Zeit, sondern an das ursprüngliche Evangelium.
- b) das Umdenken und Nicht-mehr-Aussprechen („Ausmerzen“) all des Tradierten, das gegen die brüderliche Liebe, gegen die einander geschuldete

Wahrhaftigkeit und gegen einmal erkannte Gerechtigkeit verstößt und den Dialog miteinander unmöglich macht.

- c) gemeinsame Gottesdienst-Versammlungen (Gebet) nicht bloß füreinander sondern miteinander für die Anliegen aller Menschen.*
 - d) gemeinsames Handeln (Aktionen) nicht im kirchlichen Ghetto (intra muros), sondern auch und vor allem in der Welt in Solidarität mit allen und für alle.*
- Ökumenismus hat als eigentliches Ziel - nach Überwindung aller gegenwärtigen Hindernisse - und findet seine Grundlegung wieder in der Eucharistiegemeinschaft aller Christen. **

So kam es recht schnell zur „Denunziation“, auch dieses Mal wieder auf dem allerhöchsten Dienstweg über die Berliner „MfS-Prälaten“, und zur Anzeige an den Magdeburger Ordinarius, der wie folgt wegen mir ins „Schußfeld“ seiner Mitbischöfe und in den Zugzwang meiner Disziplinierung geriet.

Dokumentation zum Fall einer ökumenischen Trauung 1969

Abschrift:

Erzbischöfliches Kommissariat 301 Magdeburg, am 18.12.1969
Tgb.-Nr. J 1555/69 Heydeckstr. 8

Herrn Pfarrer
Claus Herold

402 Halle (Saale)
Gütchenstraße 21

Wie mir Ende November bekannt wurde, haben Sie am 27. September dieses Jahres gelegentlich der Trauung eines konfessionsverschiedenen Paares mit einem evangelischen Pfarrer, der vor Jahren von einem nicht-katholischen Bischof die Priesterweihe empfangen hatte, konzelebriert und auch dem evangelischen Bräutigam die hl. Kommunion gereicht.
Dadurch haben Sie in schwerer Weise gegen die kirchlichen Bestimmungen verstoßen und großes Ärgernis erregt.
Ich sehe mich daher gezwungen, Ihnen mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres Ihrer pfarrlichen Amtsbefugnisse zu entziehen.

gez.: + Rintelen

* Archiv Claus Herold, Halle/S.

(...)

Die Brautleute hatten Pfarrer Herold um Trauung in der „Brautmesse“ gebeten.
(...)

Die Brautleute hatten Pfarrer Herold darüber hinaus um ökumenische Trauung gebeten, d. h. die zusätzliche „Assistenz“ auch eines evangelischen Amtsträgers gewünscht. (...)

Pfarrer Herold feierte die Brautmesse in Konzelebration mit dem evangelischen Mitbruder Günter Loske vom Petersberg bei Halle.

Beide Pfarrer nahmen in der vom Rituale in der Brautmesse vorgesehenen Weise gemeinsam vor den Zeugen den Ehemillen des Brautpaares entgegen.

Die Form der Mitwirkung eines evangelischen Geistlichen bei einer ökumenischen Trauung, wie sie die römische Mischehen-Instruktion bzw. die Durchführungsbestimmung der deutschen Bischöfe gegenwärtig erlaubt, die evangelische Kirchenleitung sie aber als „Diskriminierung“ ablehnen, glaubten die assistierenden Pfarrer nach reiflicher Überlegung als dem Geist glaubwürdiger Ökumene widersprechend nicht praktizieren zu können.

Zwei Monate später „erfuhr“ der für Pfarrer Herold zuständige Ordinarius in Magdeburg von der Sache.

Am 1./2. Dezember trafen sich die Bischöfe der DDR routinemäßig zur Ordinarienkonferenz in Magdeburg.

Wie es inzwischen heißt, hatte ein Bischof von „der ökumenischen Trauung in Halle“ etwas gehört und brachte den Fall ins Gespräch.

Drei Wochen danach, offenbar durch seine Grippeerkrankung bis dato verhindert, zitierte Dr. Rintelen am 17. 12. nachmittags Pfarrer Herold für den nächsten Vormittag nach Magdeburg. (...)

Weihbischof Dr. Rintelen bot dem vorgeladenen Pfarrer Herold am 18.12. die Alternative an: „Sofortiger Entzug der Pfarramtsbefugnisse bis auf weiteres“ (d. h. nicht die Suspension) oder eine „Reue-Erklärung“ zur Vorlage an alle Bischöfe und eventuell Ärgernis genommen habende Kleriker.

Da Pfarrer Herold den zweiten Vorschlag nicht glaubte, annehmen zu können - er dürfe doch ehrlicher Weise jetzt nicht widerrufen und bereuen, was er einmal lange genug und gewissenhaft gepflegt und dann mit Überzeugung getan habe - sah der Ordinarius seinerseits nur die erste Möglichkeit, die ihm, wie er mehrfach betonte, auch die bessere und klarere Lösung des Falles zu sein schien.

So kam es am 18.12. zu der eingangs abschriftlich wiedergegebenen Verfügung.

(...)

Abschrift:

Erzbischöfliches Kommissariat
Tgb.-Nr. J 1556/69

301 Magdeburg, am 18.12.1969
Heideckstr. 8

Liebe Katholiken der Pfarrgemeinde Heilig-Kreuz!

Euer Herr Pfarrer hat am 27. September gelegentlich der Trauung eines konfessionsverschiedenen Paares mit einem evangelischen Pfarrer konzelebriert. Er hielt sich dazu berechtigt, weil dieser vor Jahren von einem nichtkatholischen Bischof die Priesterweihe empfangen hatte. Außerdem hat er auch dem evangelischen Bräutigam die hl. Kommunion gespendet. Durch diese Handlungen hat er schwer gegen die kirchlichen Vorschriften verstoßen und außerhalb der Gemeinde wie auch außerhalb des Kommissariats-Bezirktes großes Ärgernis erregt, daß mich zwingt, Eurem Pfarrer vorläufig seine pfarrlichen Amtsbefugnisse zu nehmen. Es ist mir das nicht leicht gefallen.

Ich hoffe, daß in nicht allzu ferner Zeit - wenn eine Beruhigung über das Ärgernis eingetreten ist - Euer Pfarrer seine Seelsorgsarbeit bei Euch wieder aufnehmen kann.

Nehmt meine Segenswünsche hin.
gez. + Rintelen
Weihbischof *

Am 2. Februar 1970 durfte ich wieder ins Pfarramt nach Halle zurückkehren. Die Episode um die erste oekumenische Trauung hatte noch ein Nachspiel. Im Sommer 1970 war in Magdeburg Prälat Johannes Braun zum bischöflichen Administrator von Rom ernannt worden und löste Weihbischof Dr. Rintelen ab. Geblieben war „Generalvikar“ Prälat Jäger. Auch in Halle kam es zu dem nach 6 Jahren Dechanten-Tätigkeit anfallenden Wechsel des Amtsträgers. Die geheime Wahl auf der Konferenz vom 25.11.70 hatte bei 31 Teilnehmern mir eine Mehrheit von 22 Stimmen gegenüber drei und vier Stimmen für die Gegenkandidaten bei zwei Enthaltungen gebracht. Nicht wie sonst üblich stimmte Bischof Johannes Braun in den Tagen nach der Vorschlagswahl zu. Bis ins neue Jahr ließ er „die Hallenser“ warten.

Gedächtnis-Protokoll zur Dechanten-Wahl 1970

Bischof Johannes Braun hatte mich am 7.1.71, 13.30 Uhr telefonisch für Freitag, 8. Januar, zur Aussprache nach Magdeburg gebeten.

Unser Gespräch, sehr offen, nichts auslassend und in brüderlichem Ton geführt, dauerte von 10.40 Uhr bis 12.05 Uhr. Auf dem Hintergrund meiner bereits am 25. November 1970 durch die Mehrheit der Mitbrüder des Dekanats Halle (22 Stimmen) erfolgten Nomination für das Amt des

* Quelle: Archiv Claus Herold, Halle/S.

Dechanten ging es dem Bischof in der Hauptsache (wie auch schon bei den zuvor mit Josef Lobreyer, 6.1., und Johannes Cramer, 7.1. bzw. Josef Göbel, 7.1., gehalten Sondierungen) um die drei Komplexe: Manipulation der Dechantenwahl, meine „Suspension“ vor einem Jahr als Hindernis für eine Ernennung und Fragen einer Rehabilitation.

Der Bischof gab zu, daß er an eine Manipulation bei der Wahl des hallischen Dechanten geglaubt habe. Das sei ihm angesichts des eindeutigen Ergebnisses für mich als den „Spitzenkandidaten“ und bei dem derzeitigen Mißtrauensverhältnis zwischen Halle und Magdeburg nicht zu verdenken.

Die Gespräche mit Josef Lobreyer und Johannes Cramer hatten diesen Verdacht jedoch inzwischen ausgeräumt. Er glaube jetzt daran, daß die Wahl ordentlich und geheim durchgeführt worden sei und durch die mehrheitliche Nominierung von Claus Herold auf ihn als Bischof kein besonderer Druck im Sinne einer Provokation oder Prestige-Frage hätte ausgeübt werden sollen.

Als den Hinderungsgrund für eine Bestätigung des Hallenser Votums durch ihn bezeichnete Bischof Braun die Tatsache, daß auch kein anderer Bischof einem Kleriker das Amt des Dechanten übertragen könne, der noch ein Jahr zuvor „suspendiert“ gewesen sei.

Der weitaus längste Teil unseres nun mit größerer Schärfe geführten Sachgesprächs kreiste um die auch schon den obengenannten Mitbrüdern von Bischof Braun vorgetragene Interpretation meiner „Suspension“.

Es war mir nicht möglich (durch Hinweis auf meine Papiere, auf das vom Bischofskaplan Göbel im Dezember 1969 angefertigte Protokoll, auf die späteren Darstellungen des Weihbischofs Rintelen vor Propst Langsch, Pfarrer Hermes und Vikar Simon sowie seine Auslassungen in den Köseener Priesterwochen im Januar 1970) zu erhellen, daß mir vom damaligen Ordinarius wohl meine „pfarrlichen Amtsbefugnisse auf Zeit entzogen“ worden waren, jedoch habe Weihbischof Rintelen nicht nur mir gegenüber immer den kanonistischen Unterschied dieser „Beurlaubung“ von einer „Suspension a sacris“ mit den Folgen des Pfarrstellenverlustes, u. a. m. herausgestellt.

Während Bischof Braun zunächst noch festhielt: aus seinen Akten, die auch er noch einmal studiert habe, ginge ganz klar hervor, daß mich Dr. Rintelen am 18.12.69 suspendiert habe (, auch wenn er das vielleicht in seiner väterlich-milden Art mir gegenüber nicht so hart formuliert habe.) interpretierte Bischof Braun auf Grund meiner immerneuen Einwände seine Auffassung am Ende so: Wenn ich auch nicht „de jure“ suspendiert worden sei, dann doch „de facto“, und in den Augen der Mitbrüder käme das auf daselbe hinaus. Auf diese öffentliche Meinung der Mitbrüder habe er aber Rücksicht zu nehmen. Magdeburg sei „in Verschiß bis nach Rom“ und er könne es sich zur Zeit einfach nicht leisten, Claus Herold zum Dechanten in Halle zu ernennen ...

Danach führte der Bischof mehrfach aus, er persönlich habe zwar Vertrauen zu mir und zu meinen Fähigkeiten, jedoch mein „Image“ unter den Mitbrüdern sei schlecht. Dagegen stand meine Vorhaltung, daß das doch zumindest für die Konfratres im Dekanat Halle, die mich gewählt hätten, nicht zutreffen würde, und die Frage, ob der Bischof nicht außer dem von ihm immer wieder genannten Hinderungsgrund meiner vorübergehenden Amtsenthebung noch andere, eventuell geheime Vorbehalte gegen mich habe?

Letztere Vermutung habe ein Mitglied des halleschen Stadtkonvenients bereits ausgesprochen, als man nach J. Lobreyers Berichterstattung über sein Gespräch mit dem Bischof (6.1.) zu der Meinung gekommen war, der Bischof habe Lobreyer keine überzeugenden Argumente gegen meine Ernennung entgegenbringen können. Daraufhin bedauerte Bischof Braun sehr, daß ich unter einen solchen Verdacht gekommen sei. Das habe er nicht beabsichtigt. Gerade deshalb sei er ja in personalia so diskret und könne als Bischof Personalfragen eben nicht öffentlich vor den Mitbrüdern diskutieren (- wie ich es ihm für eine Dekanatskonferenz in Halle vorgeschlagen hatte).

Von mir ausdrücklich befragt, erklärte der Bischof: Er habe keine grundsätzlichen anderen Vorbehalte und auch kein zusätzliches Wissen „in foro interno“ gegen meine Person. Er glaube auch, daß er mir in ein paar Jahren durchaus eine Vertrauensstellung, wie die des Dechanten übertragen könne. Aber jetzt dürfe er das noch nicht. „Dein Image im Lande ist zu schlecht.“ (...)

Vor der Verabschiedung sagte ich dem Bischof noch, daß ich es nicht richtig gefunden hätte, daß er das Dekanat so lange auf seine Entscheidung habe warten lassen: zumal wir bereits Anfang Dezember (11.12.) seine nun veröffentlichte Ablehnung und die entsprechende Argumentation von Prälat Jäger und Rektor Lehnert erfahren hätten.

Der Bischof räumte ein, daß er wohl besser noch vor Weihnachten mit uns hätte sprechen müssen. Er habe sich jedoch seine Meinung in dieser Sache selbst gebildet und sich die Entscheidung nicht leicht gemacht

Mit Rektor Lehnert habe er darüber nicht gesprochen, Prälat Jäger gehöre dagegen zum ordentlichen Räte-Gremium des Kommissariats und ich würde doch wohl nicht erwarten, daß Jäger wie Lehnert (privat) meine Wahl zum Dechanten hätten gutheißen können.

Halle/Saale, den 9. Januar 1971

gez. Claus Herold *

* Quelle: Archiv Claus Herold, Halle/S.

Abteilung XX/4

Halle, 3. Januar 1986
kow-scha

BStU
000162

Information

Am 12. 12. 1985 wurde der im OV "Akademie", Reg.-Nr. VIII 757/75, erfaßt

Prof. Dr. Herold, Claus
geb. am: 23. 10. 1929 in Halle
w.h.: Halle, Güthenstr. 21
Pfarrer der katholischen Gemeinde
"Heilig Kreuz" Halle

zum Dechanten des Dekanates Halle gewählt und von Bischof Braun bestätigt.
Pfarrer Dr. Herold ist der Nachfolger des Dechanten

Kania, Manfred
geb. am: 10. 5. 1936 in Herseburg
erfaßt: KK, Abteilung XX/4,

welcher mit Wirkung vom 1. 12. 1985 zum Generalvikar des Bischöflichen Amtes Magdeburg berufen wurde

Inoffiziell wurde bekannt, daß es zwischen den katholischen Geistlichen, die dem AKH angehören und dem Bischof Braun zur Tätigkeit des AKH eine Einigung gegeben hat.

Pfarrer Dr. Herold äußerte sich dahingehend: "Der Bischof scheint die Aktivitäten des AKH so zu sehen, daß wir im gegenseitigen Vertrauen den gemeinsamen Glauben in der Magdeburger Ortskirche ergänzend miteinander leben können." Auf Grund der Position des Bischof Braun zum AKH hat der Sprecherkreis des AKH eine erneute Vollversammlung des AKH für den 7./8. 3. 1986 einberufen. Die Einladungen wurden zum Jahreswechsel 85/86 von

Pfarrer Verstege, Willy
14. 4. 1925 in Herten-Langenbochum
erfaßt OV "Kanzel" KD Bernburg

im Ormig-Verfahren vervielfältigt und an die Mitglieder des AKH versandt.

Die AKH-Vollversammlung steht unter dem Thema

"Vom Eise befreit?"
Kirche - 20 Jahre nach dem Konzil

und findet in Halle im katholischen Gemeinhaus am Silberhöhe bei Pfarrer Müller, Bernburg statt.

BStU
000163

Königsfeld
Hauptmann

Dokument 32: 15 Jahre später stimmte mein „Image“ bei der Dechantenwahl in Halle (BStU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 4, Bl. 162, 163 Auszüge)

Kapitel 7

OV „Tabernakel“

Der Sachstandsbericht der Hauptabteilung XX/4/II vom 19. Juni 1970 beschreibt das Ausgangsmaterial der klerikal-politischen Gruppierung mit dem Ziel „aktiver, politisch-ideologischer Diversion“.

Hauptabteilung XX/4/II	Berlin, den 19. Juni 1970
BSU 000035	
<u>Sachstandsbericht</u>	
zum operativen Material "Tabernakel"	
 <u>1. Ausgangsmaterial</u>	
<p>Im Bereich des katholischen Erzbischöflichen Kommissariats Magdeburg existiert eine Gruppierung katholischer Geistlicher und Laien, die im Verdacht stehen, eine feindliche Tätigkeit gegen die DDR gemäß §§ 100 (staatsfeindliche Verbindungen), 106 (staatsfeindliche Hetze), 107 (staatsfeindliche Gruppenbildung) durchzuführen. Einige dieser Personen wurden bisher im ZOV "Wohnungen" Teil I, operativ bearbeitet.</p> <p>Es ist vorgeschlagen worden (siehe Schreiben des Leiters der HA XX vom 17. 9. 1969, Tel. Nr. XX/4/II/13840/69), daß diese Gruppierung in einem gebordneten Operativ-Vorgang durch die BV Halle in Koordination mit der HA XX operativ bearbeitet wird.</p> <p>Von der o.g. Gruppe wird eine aktive politisch-ideologische Diversion gegen die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR betrieben.</p> <p>Die Feindtätigkeit dieser Gruppe ist eingebettet in eine Opposition, die sich gegen die Leitung der katholischen Kirche in der DDR richtet.</p> <p>Von diesem Personenkreis werden an die Kirchenleitung Forderungen erhoben, die - oberflächlich betrachtet - als fortschrittlich erscheinen können.</p> <p>Bei diesen Forderungen handelt es sich um solche wie:</p>	

- Demokratisierung der katholischen Kirche,
- Änderung der Autoritätsstruktur in der katholischen Kirche,
- Änderung der Gemeindestruktur,
- Wahl der Bischöfe durch Geistliche und Laien,
- Wahl der Studentenpfarrer durch die Studenten,
- Änderung der Arbeitsstruktur der Kirche u.a.

Diese Forderungen werden an die Kirchenleitung von dieser Gruppierung nicht gestellt, weil sie für eine echte Demokratie in der Kirche eintreten, sondern weil sie der Meinung sind, daß die derzeitige Struktur der Kirche es nicht ermöglicht, aktiven Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR zu nehmen.

Der katholischen Kirchenleitung in der DDR wird vorgeworfen, daß die katholische Kirche in der DDR geschichts- und gesichtslos ist.

Die Bischöfe werden als konservativ bezeichnet.

Die Mitglieder dieser Gruppierung sind der Meinung, daß eine durch konservative Bischöfe geprägte katholische Kirche in der DDR den Interessen des Staates weit entgegenkommt. Eine solche Kirche würde aus Grund ihrer Unbeweglichkeit früher absterben als eine moderne Kirche, die ihre Arbeit "gesellschaftsbezogen" ausrichtet.

Von den Mitgliedern der Gruppierung werden aus diesem Grunde Forderungen aufgestellt, die davon ausgehen, daß die katholische Kirchenleitung in der DDR zu allen aktuellen Problemen konkret Stellung nehmen sollte.

Den Bischöfen wird vorgeworfen, daß sie es versäumt haben, ihren Protest gegen die "Unterdrückung" der Entwicklung in der CSSR durch die anderen sozialistischen Länder anzumelden; sie seien "feige und steril".

Sie fordern weiterhin, daß die Kirche ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Sozialismus aufgibt und zu einer "kritischen Bejahung" desselben kommt.

Ihrer Meinung nach kann der Sozialismus als Gesellschaftsformation nicht mehr beseitigt werden, und deshalb steht die Aufgabe vor allem vor der Kirche, ihn entsprechend zu verändern.

Von den Mitgliedern dieser Gruppe werden solche Thesen aufgestellt und verbreitet wie:

- Dialog mit den Marxisten, um den Marxismus-Leninismus in eine menschlich humane oder liberale sozialistische Gesellschaft umzuwandeln,
- politisches Engagement der Christen in der DDR, um die Möglichkeit zu haben, die gesellschaftlichen Verhältnisse "humanisieren und demokratisieren" zu können,
- permanente Revolution gegen die etablierte Revolution.

Als beispielgebend werden in diesem Zusammenhang von der Gruppe die Verhältnisse in der CSSR vor dem 21. 8. 1968 dargestellt.

Von den Mitgliedern der Gruppe wird empfohlen, ständig an der Durchsetzung der o.g. Thesen zu arbeiten und sie durch eine konkrete Mitarbeit von allen katholischen Laien in Funktionen innerhalb der Betriebe, der Gewerkschaft, in den Gemeinderäten, in den Elternbeiräten und in anderen gesellschaftlichen Organisationen zu verwirklichen.

Über diese Thematik wird vor allem in Veranstaltungen der katholischen Jugend und der Katholischen Studentengemeinden referiert.

Es sind bereits konkrete Anzeichen dafür vorhanden, daß versucht wird, diese Thesen konkret anzuwenden.

Organisatoren der Gruppierung

Zu den Hauptorganisatoren dieser Tätigkeit gehören:

- B r o c k h o f f , Adolf
Pfarrer in Merseburg
geb. am 29. 11. 1919 in Gesecke/Westfalen
wohnh.: Merseburg, Bahnhofstr. 14 (Pfarrei St. Norbert)

(...)

Herold, Klaus

Pfarrer in Halle /Saale

geb. am 23. 10. 1928 in Halle

wohnh.: Halle/Saale, Gütchenstr. 21 (Pfarrei Heilig Kreuz)

(...)

1957 wurde HEROLD als Vikar nach Magdeburg versetzt. Dort übernahm er die Leitung des Jugendreferates im Erzbischöflichen Kommissariat.

Diese Tätigkeit übte HEROLD bis zum 13. 12. 1968 aus. Durch politisch-operative Maßnahmen wurde die Kirchenleitung gezwungen, HEROLD von dieser Tätigkeit abzusetzen. HEROLD wurde daraufhin durch Weihbischof RINTELEN nach Halle „Strafversetzt“.

Anlaß für diese Maßnahme war, daß HEROLD in Vorbereitung der 1000-Jahr-Feiern des Erzbistums Magdeburg maßgeblich an der Erarbeitung von Materialien beteiligt war, die einen eindeutig negativen Charakter trugen. HEROLD ist ein sehr geschickter Propagandist und Organisator.

Er besitzt die Fähigkeit, junge Menschen zu begeistern. Er arbeitet aktiv im „Aktionskreis Halle“ mit.

HEROLD ist ein Feind der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR.

Die o. g. Organisatoren der Gruppierung führen regelmäßige Beratungen durch, auf denen sie die gemeinsame Linie ihres Vorgehens sowohl auf innerkirchlichem als auch auf außerkirchlichem Gebiet festlegen.

Treffobjekte sind dabei

- die Pfarrei von *H e r o l d* in Halle,
- die Pfarrei von *B r o c k h o f f* in Merseburg,
- die Wochenendhäuser von *BROCKHOFF* in Neudorf (unter anderem Namen gemietet), von *LANGOS* in Leisling Kreis Weißenfels und von *HEROLD* in Roßbach

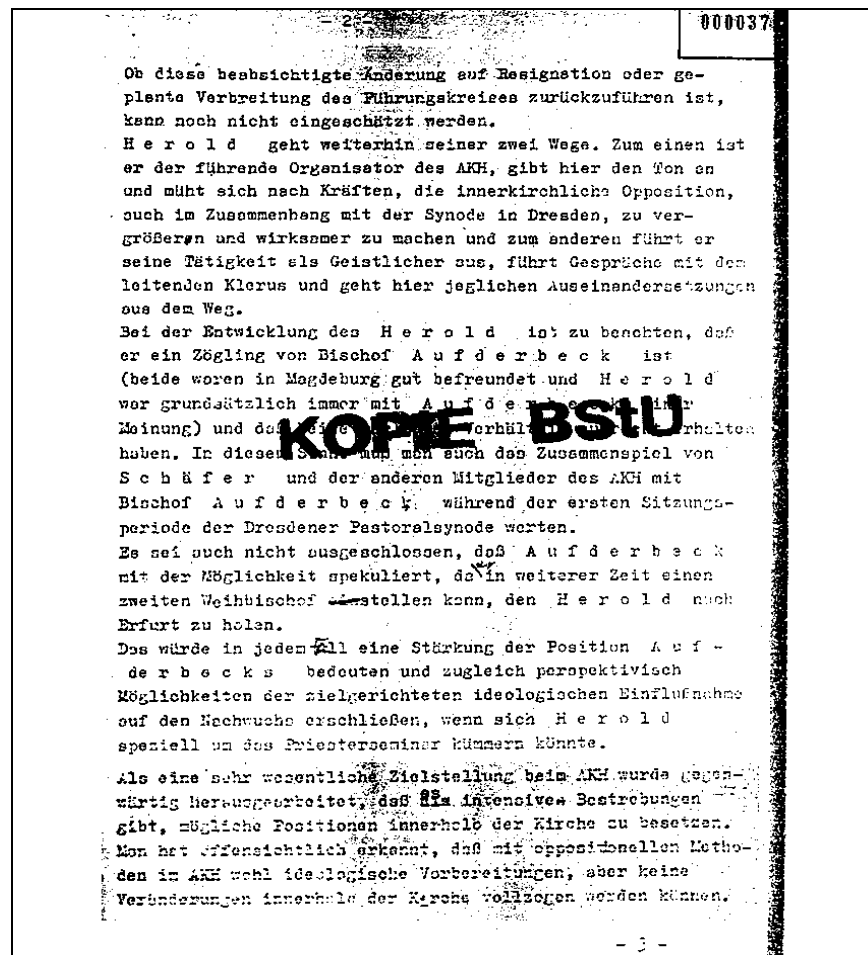
(...)

Einschätzungen zur Person Herold durch IM als „Meinungsabschöpfer“ und „Informations-Zwischenträger“ zur Staatssicherheit

1. IM „Bernstein“

Hauptmann Baethge, Berlin HA* XX/4, zeichnet in mehreren Nachschriften die Gespräche mit Prälat Jäger, die er in dessen Wohnung in Magdeburg konspirativ geführt hat, auf. Auszugsweise wird hier die Seite 2 des Treffberichtes vom 16.01.74, 19-23 Uhr wiedergegeben: Weihbischof Aufderbeck, Erfurt, und Pfarrer Herold, Halle, betreffend.

* HA - Hauptabteilung



Dokument 33 (BStU, ZA AIM145/88, Teil II, Bl. 37)

Am 29.3.1995 gab mir Dr. Bernd Schäfer schriftlich die nachfolgende Einschätzung der Aktivitäten meines „Hauptanklägers“ im Bischöflichen Amt Magdeburg zur Kenntnis. Mit dem Doktoranden an der MLU Halle („Staat und Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989“) habe ich seit 1993 anlässlich vieler Besuche einen Gedankenaustausch zu Prälat Jäger, Magdeburg, geführt.

Inhalte der Gespräche:

Kirchliche Personalinterna mit zahlreichen abwertenden Äußerungen und Informationsaustausch zu innerkirchlich zu verwendenden Fakten gegen Adolf Brockhoff und Claus Herold, in geringerem Maße zu Theo Mechtenberg und Alfons Schäfer.

Über andere Personalien und MfS-Anfragen zur Pastoralynode o. ä. äußerte sich Jäger nicht.

Motive der Gespräche:

Gemeinsames Motiv: Ausschaltung des AKH, insbesondere Brockhoffs.

MfS-Motiv: Jäger durch gezielte Informationen zum Vorgehen gegen politisch mißliebige Personen zu bewegen.

Jäger-Motiv: Interesse an belastenden Informationen zu Brockhoff, Herold und Schäfer, um innerkirchlich gegen sie vorgehen zu können.

Bewertung:

*Für den bis 1972 langjährigen wichtigsten Prälaten nach dem Bischof in jeder Hinsicht unwürdig. Nach fast jedem Gespräch notiert der MfS-Offizier, daß Jäger dringend darum gebeten habe, daß niemand herausfinden dürfe, daß diese Gespräche stattfinden.**

2. IMV** „Joppe“

Dieser Prälat im Dessauer Pfarramt - als Kirchenhistoriker Chronist des Erzbischöflichen Kommissariat Magdeburg, dessen mehrbändige Geschichte er veröffentlicht hat - hatte wegen dieser Arbeit aber auch durch seine Herkunft aus den gleichen Paderborner Studienjahren beste Kontakte zu Bischof Braun und Prälat Jäger in Magdeburg. Im Stasi-Jargon wird das nach seiner Werbung so kommentiert: „IM hat unmittelbaren Zugang zur Kirchenleitung auf Linie Katholische Kirche“.

IM „Joppes“ Kommentare und seine vielen Interpretationen zu der Personal-Geschichte des Magdeburger Klerus waren oft recht eigenwillige Fabulationen. Sie wurden aber bei der Abschöpfung und Auswertung

* Archiv Claus Herold, Halle/S.

** IMV - Inoffizieller Mitarbeiter, der unmittelbar an der Bearbeitung und Entlarvung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen mitarbeitet

durch die in dieser Materie nicht sehr kundigen Mitarbeiter des MfS für kompetent erachtet, übernommen und weiterverbreitet. Der zweite Teil der nachfolgenden Information „Joppe“ aus einem seiner Treffberichte wurde zum Beispiel wortwörtlich in den „Auskunftsbericht“ zu meiner Person übernommen. (Meine Personenbeschreibung als „liberalen“ und „sozialdemokratischen“ Kleriker steht in dieser Dokumentation in Kapitel 1 auf den ersten Seiten.) Im Zitat der Stasi-Aufklärer über meine „negativ-klerikalen“ Zielvorstellungen darf es natürlich nicht „Luftkirche“ sondern muß „Kultkirche“ heißen.

Abteilung XX/4
Mey/Schu

Halle, den 24.04.75

BSStU
000157

IMV "Joppe" - Information zu Herold, Klaus (OPK)

Beim T. am 23.4.75 informierte der IM darüber, daß er auftragsgemäß Anfang April mit dem katholischen Geistlichen Herold, Klaus in Halle ein persönliches Gespräch geführt hat. Anknüpfend an allgemeine theologische Probleme brachte der IM Gespräch mit Herold auf die Problematik „Aktionskreis Halle und konnte im Ergebnis dessen zur Person Herold und seinem Wirken im „AKH“ folgende operative Information erarbeiten.

Nach Meinung des IM kann man als Außenstehender über den Herold den Eindruck gewinnen, daß er ein Mann ist, der nicht weiß was er will und eine völlig unausgeglichene Psyche hat. Seine Unausgeglichenheit vor allem auch bezogen auf die politische Einstellung und Haltung.

Kennt man den Herold allerdings genau, dann ist feststellbar, daß sich hinter dieser angeblichen Unausgeglichenheit eine raffiniert ausgeklügelte Strategie und Taktik verbirgt. Motiviert ist diese Haltung Herolds durch seine Bestrebungen, höhere Funktionen im kirchlichen Apparat einzunehmen. Zu diesem Zweck bewegt er sich so, daß er zum richtigen Zeitpunkt und an der richtigen Stelle im Gespräch ist.

Unter diesem Gesichtspunkt ist nach Meinung des IM auch die angebliche Aufgeschlossenheit Herold's vor allem über staatlichen Stellen und vor allem der Nationalen Front zu betrachten. Herold erhofft sich damit die Sympathie jener Stellen und einen positiven Leumund für bestimmte Bräutlichkeiten. Das wahre Gesicht Herolds charakterisierte der IM damit, in dem er ihn als typischen Vertreter des Liberalismus und vor allem des modernen Sozialdemokratismus bezeichnet.

Herolds Bestrebungen zielen sowohl auf innerkirchliche Probleme wie auch die Gesellschaft ab.

Gegenüber dem IM bekundete er es damit, in dem er sinngemäß zum Ausdruck brachte: „Wir müssen dagegen ankämpfen, daß die katholische Kirche in der DDR zur reinen Luftkirche wird. Sie muß sich auch mit den echten Problemen der katholischen Christen beschäftigen und diese gegebenenfalls gegenüber der Gesellschaft durchsetzen.“

Der IM schätzte ein, daß hinter diesen Worten nichts anderes steht, als die Tatsache, daß aufbauend auf den Dialog zwischen Christen und Marxisten die Kritik an gesellschaftliche Verhältnisse, mit der Zielstellung der Veränderung dieser, durch die katholische Kirche erfolgen soll.

Hierin zeigt sich die politische Gefährlichkeit der Vorstellungen Herolds, die sich ja letzten Endes in der Arbeit des „Aktionskreises Halle“ widerspiegeln.

Nach Meinung des IM richtete sich die Arbeit des „AKH“ in der Zeit des Wirkens unter Brockhoff eindeutig auf innerkirchliche Probleme aus, was auch aus einer Vielzahl von Dokumenten ersichtlich ist und zum anderen auch den historischen Entwicklungsprozeß des „AKH“ entsprach.

- 2 -

000158

Von operativer Bedeutung ist im Zusammenhang mit dem Wirken Herolds im „AKH“ die Tatsache, daß der katholische Bischof Aufderbeck aus Erfurt indirekt an der Entstehung beteiligt ist. Der IM beruft sich bei dieser Einschätzung neben den Aussagen Herolds auch auf persönliche Gespräche mit dem emeritierten Weihbischof Rintelen und dem jetzigen Weihbischof Braun von Magdeburg. Aufderbeck ist der Ausgangspunkt, der die Abberufung des ihm unbequemen Rintelens erwirkte. In der Person des Brockhoff und Herold fand Aufderbeck gewissermaßen Verbündete, da auch sie mit dem „progressiven Kurs“ von Rintelen nicht einverstanden waren.

Aufderbeck verstärkte zu diesem Zweck über den apostolischen Nuntius des Vatikans in Deutschland (Bad Godesberg) „Erzbischof Bafille“, den Druck auf Kardinal Jaeger in Paderborn und Brockhoff und Herold organisierten die Stimmung gegen Rintelen unter der Priesterschaft und den katholischen Laien im Raum Halle.

Nach Aussage des IM soll Brockhoff während dieser Zeit schon verbreitet haben, daß er der kommende Weihbischof von Magdeburg ist und den Herold zum Generalvikar ernennen wird. Kardinal Jaeger rief zwar 1970 des Weihbischof Rintelen von seiner Funktion ab, setzte aber von sich aus den jetzigen Weihbischof Braun ein.

Diese Maßnahme von Paderborn löste unter der Anhängerschaft von Brockhoff und Herold die bekannte Opposition gegen Braun aus, im Ergebnis dessen der „Aktionskreis Halle“ entstand.

Nach Meinung des IM basiert die Existenz und das Wirken des „AKH“ seit ca. 1972 aber nicht mehr auf der Grundlage einer Opposition gegen Weihbischof Braun. Es zeigt sich vielmehr der Einfluß reaktiver politisch-klerikaler Kreise aus der BRD.

Der IM verwies in diesem Zusammenhang auf die bestehenden Verbindungen zwischen Herold und dem 1965 wegen staatsfeindlichen Handlungen aus der DDR ausgewiesenen Pfarrer Wartmann. Weitere dem IM bekannt enge Vertraute Wartmanns sind die Geistlichen Pfarrer Langos, Herseburg und Pfarrer Verstege, Niemburg, die ja gleichfalls im „AKH“ mitwirken.

Mit dem IM wurde zum Zwecke der weiteren operativen Bearbeitung des Herolds und damit auch des „AKH“ vereinbart und festgelegt, daß er seinen persönlichen Kontakt zum Weihbischof Braun dahingehend ausnutzt, um Braun stärker auf Herold und den „AKH“ aufmerksam zu machen.

Ergebnis dieser Maßnahmen soll zunächst sein, daß sich Braun stärker mit Herold auseinandersetzt und gewissermaßen auf ihn Druck ausübt, den „AKH“ aufzulösen.

Schulze
-Oberleutnant-

BSU

000180

166

- 4 -

Der genaue Ablauf der Beobachtung sowie der Einsatz der operativen Kräfte und Mittel ist in einem Plan der Beobachtung zu konkretisieren.

Termin: 18.05.76 verantw.: Oltm. Schulze

6. Aufbauend auf das Ergebnis des IM-Einsatzes und der in diesem Zusammenhang speziell zu katholischen Geistlichen erarbeiteten Informationen, ist der Einsatz des IMV "Joppe" zur Diskreditierung dieser Personen beim Bischof Braun zu organisieren. Schwerpunkt bilden die kathol. Geistlichen Herold, Langos, Kamper, Verstege, Feix und Hintner.

Termin: 31.05.1976 verantw.: Oltm. Schulze

Das Ergebnis der operativen Kombination, speziell die Wirksamkeit der eingeleiteten operativen Zersetzungsmaßnahmen, ist in Form eines Abschlußberichtes zusammenzufassen und analytisch zu bewerten. Darauf aufbauend sind Maßnahmen zur weiteren operativen Bearbeitung der Gruppierung zu planen und einzuleiten.

Termin des Abschlußberichtes: 30.05.1976 verantw.: Oltm. Schulze

Referatsleiter

Schulze
S c h u l z e
Oberleutnant

J o n a k
Hauptmann

Leiter der Abteilung XX

G r ü g e r
Major

3. IMF* „Sigrid Aster“

Diese Frau wurde aus dem bei Merseburg gelegenen Chemie-Kombinat Buna mit Parteauftrag als Chefsekretärin eines Abteilungsleiters zur Pfarrsekretärin „umgesetzt“ als der kirchliche Arbeitsplatz gerade frei wurde. Wegen des kirchlich geringeren Gehaltes wurde ihr vom MfS monatlich „Lohnausgleich“ gezahlt und für die reaktivierte Katholikin auch die Kirchensteuer aus dem MfS-Fonds erstattet. Da das Merseburger Pfarramt während ihrer Dienstjahre mit dem Dechanten-Amt in Halle durch Personalunion verbunden war, galt es als ein „operativer Schwerpunkt“ der Observation. Mit dieser IMF „dazwischen“ brauchte man im Merseburger Pfarramt keine äußeren technischen Maßnahmen zur Post- oder Telefonkontrolle anwenden. „Sigrid Aster“ konnte in persona über das Pfarrhaus hinaus alle Pfarrer und Vikare im Dekanat Halle „abschöpfen“. Von den ihr als Sekretärin diktierten Dienst- und Privatbriefen brachte sie noch am gleichen Abend eine Durchschrift der Stasi zur Kenntnis. In Fällen des Versandes von Rundbriefen bzw. des Empfanges solcher durch ihr Pfarrbüro lieferte sie die Absender- oder Anschriften-Listen an „die Firma“, die aus gutem Grund ihr Gehalt aufbesserte. Mit dem privat bedingten Umzug von Merseburg nach Halle wurde die IM von der Kreisdienststelle Merseburg an die Bezirksverwaltung Halle überstellt und schwerpunktmäßig auf den Aktionskreis Halle (AKH), d. h. konkret auf mich als guten Bekannten, zur näheren Beobachtung mit dem Zweck der „Zersetzung“ angesetzt.

Maßnahmeplan vom 15.5.1978:

2.1.3. Der Einsatz des IMV „Sigrid Aster“ ist verstärkt darauf auszurichten, Informationen, die als Ansatzpunkt für differenzierte Maßnahmen der Zersetzung gegen Herold geeignet sind, zu erarbeiten.

Besonders hinsichtlich:

- Einstellung und Haltung Herolds zu BISCHOF BRAUN
- Verletzung von Dogmen der kath. Kirche **

* IMF - Inoffizieller Mitarbeiter der inneren Abwehr mit Feindverbindungen zum Operationsgebiet (BRD)

** BSU, Ast. Halle, AOP 1795/86, Band 1, Bl. 180 Auszug

Merseburg, den 21.07.1976

BSU
000619

Vernichtungsprotokoll

Am heutigen Tage wurden aus der P - Akte des IMF "Sigrid Aster", Reg.-Nr. VIII / 437 / 66, 104 Quittungen aus den Jahren 1966 - 1976 über geleisteten Lohnausgleich von monatlich 150,- M und überreichte Präsente im Werte von insgesamt

15.855,- Mark (Fünfzehntausendachthundertfünfundfünfzig)

entnommen und vernichtet.

Leiter der KD Merseburg

G i e n s a, Major

operativer Mitarbeiter

B e r g m a n n, Oltn.

Halle, den 17.11.1976

BSU
000146

IMF "Sigrid Aster"

Mündliche Information1. Information zu Herold, Claus

Aus familiären Gründen kam es zwischenzeitlich zwischen dem IM und Herold zu keine persönlichen Zusammentreffen, sodaß durch den IM keine Information über die kommende 23. Vollversammlung des "Aktionskreises Halle" erarbeitet werden konnten.

Der IM selbst gehört dem "AKH" nicht an und nahm auch bisher nicht an Veranstaltungen teil. Auf Grund der früheren Tätigkeit im kirchlichen Dienst bedingt, sowie durch "AKH"- Mitglieder aus dem Raum Merseburg wie Glatzek, Ursula Pfr. Steinhoff und besonders durch Pera wurden dem IM Informationen über das Wirken des "AKH" bekannt.

Pera engagiert sich nach Aussage des IM sehr aktiv in der Gemeinde "Heilig Kreuz". So ist es maßgeblich am Aufbau und Wirken eines Ärzte- und Schwesternkreises in der Gemeinde beteiligt. Auf Initiative von Herold konnten die Mitglieder dieser Kreise über den Rahmen der Gemeinde hinaus für eine Mitarbeit gewonnen werden.

Am 15.11.1976 war die letzte Zusammenkunft des Ärztekreises. Pera offenbarte sich gegenüber dem IM, daß dieser Kreis wieder sehr reger besucht war und auch aus Leipzig Mediziner wieder anwesend waren. Namen der Teilnehmer sowie auch die Problemstellungen, die dort behandelt werden, sind dem IM zur Zeit noch nicht bekannt. Es besteht aber die Möglichkeit nähere Informationen darüber zu erarbeiten.

Die derzeitige Haushälterin von Herold

Broghammer, Ursula

ist dem IM persönlich bekannt.

Pera ist darum bemüht, daß der IM ein engeres persönliches Verhältnis zur Broghammer sowie zum Herold herstellt. Dazu wurde abgesprochen, wozu auch der IM seine Bereitschaft erklärte, diesen Kontakt zielgerichtet zur Erarbeitung von Hintergrundinformationen auszubauen.

Nach Meinung von Pera, die auch von Herold geteilt werden soll, ist der jetzige Vikar in der Gemeinde

ein Vertrauter des Bischof Braun, der als Informant über die Aktivitäten Herolds dienen soll. Dieser Verdacht wird dadurch bekräftigt, daß [REDACTED] der sogenannten "Focalarinin-Bewegung" angehören soll. Markantum dieser Bewegung ist die Abgabe eines uneingeschränkten Treuebekenntnisses zum jeweiligen Bischof. Zentrum dieser Bewegung im Bereich des Bischöflichen Amtes Magdeburg ist in Zeitz unter Leitung des Dechanten Pfarrer Schelenz, Paul.

4. IM „Dr. Herzog“

Aus einem anderen Maßnahmeplan des MfS/BV Halle kann ich den im Großen und Ganzen bis in die letzten Tage des DDR-Regimes „erfolgreich tätigen Spion“ vorstellen, wie er in mehreren kirchlichen Gruppierungen, als Professor an der MLU, in seinem Pfarrgemeinderat, im Vorstand der Berliner Konferenz Europäischer Katholiken und nicht zuletzt als Mitglied des Zentralvorstandes der (Ost-)CDU eingesetzt war. Seine Aktenordner zu sichten, verlangt viel Zeit und Geduld vom Leser für oft unglaubliche Erbärmlichkeiten.

Zum Schaden des AKH, in dessen Sprecherkreis er durch andere IM in unserer Gruppe „eingeschleust“ werden wollte, verfaßte er im Auftrag des MfS z. B. „fingierte Dokumente“. Die von ihm geschriebenen originalgetreuen Rundbriefe verschickte die Stasi unter unserem Absender und mit unserer Adreßliste als Postwurfsendung zur Verunsicherung und Diffamierung im Klerus. Was meine Person und Position angeht, so schickte ihn das Team seiner Führungsoffiziere zu mir zu „Nikodemus-Gesprächen“, die man auf Seiten der Stasi als „inszenierte Offenbarungen“ bezeichnete. Dazu ein Gesprächsbeispiel im Zusammenhang mit meiner „ausgesetzten Promotion“.

Für viele solcher schäbigen Leistungen wurde der Professor vom MfS mit ansehnlichen Geldprämien belohnt und mit Orden und Ehrenzeichen der Nationalen Front und des MfS dekoriert. Auch dieser IM hat sich nach der Wende nicht entschuldigt oder aus der ersten Reihe der kirchlichen Gruppen zurückgezogen. Diese neue Unverschämtheit veranlaßte andere Katholiken, stumm und verbittert wegzubleiben. Mittlerweile ist das Wunden-Lecken vorbei und unser Ärgernis benennt man in den gebliebenen Seilschaften als Unruhestifter.

Maßnahmeplan zu einer operativen Kombination

000178

64

- 2 -

und Absichten des Sprecherkreises, besonders hinsichtlich der politischen Ausgestaltung und Zielstellung dieser Vollversammlung. Darauf aufbauend, vor allem zum Abbau der politischen Präsenz, soll eine Einflußnahme der IM auf die aus dem Pfarramt Herold befindliche Gruppe alter Mitglieder des "AKH" erfolgen. Dazu sind durch den IMV "Dr. Herzog" in Vorbereitung der Vollversammlung Gespräche mit dem Pfarrer Herold und durch IMV "Budgereit" mit den Pfarrern Bangos und Kemper zu führen.

Termin: 15.05.1976

verantw.: Oltz. Schulze

2. Zur weiteren Diskreditierung des Sprechers des "AKH" Garstecki, ist in Vorbereitung der Vollversammlung eine als Dokument des "AKH" fingierte Zersetzungschrift an die Mitglieder des "AKH" zu verschicken. Dazu ist unter Einbeziehung des IMV "Dr. Herzog" der Artikel der BRD-Zeitschrift "Der Spiegel" über den linksorientierten katholischen "Bamberger Kreis" entsprechend aufzubereiten.

Termin: 17.05.1976

verantw.: Oltz. Schulze

3. Über die erkannten persönlichen Schwerpunkte des "AKH" sowie über jene Mitglieder des "AKH", die in gesellschaftlichen Einrichtungen bzw. VEB berufstätig sind, ist die Einleitung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung einer Teilnahme an der Vollversammlung (Arbeitsplatzbindung) zu prüfen und bei Eignung einzuleiten.

Das betrifft die Personen:

1. Dr. Reuzer, Peter
Halle, Mühlweg 17
MLU Halle Sektion Chemie - wiss. O.-Ass.
2. [REDACTED]
Sangerhausen, Friedrich-Engels-Str. 50
VEB Elektrobau Sangerhausen - Produktionsleiter
3. Glatzel, Ursula
Merseburg, Bergmannsring 17
Kreiskrankenhaus Merseburg - Schwester
4. Stefaniak, Gertrud
Halle, Mittelstr. 14
Gehörlosenschule "Albert Klütz" - Lehrerin

Dokument 39 (BSStU, Ast. Halle, OV "Akademica", AOP 3795/86, Band 4, Bl. 178, 179)

5. Schönebeck, Dr. M.-Luther-Str. 56
VVB Traktorenwerk Schönebeck - Lehrmeister

Die Einleitung der Maßnahmen soll in Koordinierung mit der jeweiligen zuständigen DE und nach Bestätigung durch den Stellv. Operativ erfolgen.

Termin: 10.05.1976 verantw.: Oltm. Schulze

4. Über den Zeitraum der Durchführung der 22. Vollversammlung, vom 21./22.05.1976, ist der Einsatz der IM wie folgt vorgesehen:

- IMV "Dr. Herzog"

- Erarbeitung operativ aussagekräftiger Informationen zur politisch-operativen und strafrechtlichen Relevanz der Gruppierung sowie zur Dokumentierung der Wirksamkeit und des Ergebnisses der eingeleiteten politisch-operativen Zersetzungsmaßnahmen;

- Aktive Einflüsse auf die Durchsetzung der von Herold angestrebten "innerkirchlichen Kurses".

- IMV "Bader"

- Einsatz erfolgt analog zu dem des IMV "Dr. Herzog".

- IMV "Michael Borde"

- Einsatz des IM mit operativer Technik zur Erarbeitung authentischer Informationen über das Auftreten der personellen Schwerpunkte der Gruppierung während der Vollversammlung.

Die spezifische Auftragserteilung und Instruierung der IM für den Einsatz zur Vollversammlung des "AKH" ist in differenzierter Form unter Wahrung der Konspiration zu gestalten.

Termin: 20.05.1976 verantw.: Major Mikosch
 Oltm. Schulze

5. Über den Zeitraum der Durchführung der 22. Vollversammlung, vom 21./22.05.1976, ist die Durchführung einer Beobachtung der Teilnehmer der Vollversammlung durch operative Kräfte der Abteilung XI geplant. Zielstellung der Beobachtung ist die weitere Identifizierung von Mitgliedern der Gruppierung sowie die Dokumentierung der Teilnahme bereits bekannter Mitglieder.

I n f o r m a t i o n

ÜBER Gespräch mit Pfr. Herold am 20.03.1978 y

Es wurde eine Information gegeben über ein erfolgreiches Gespräch des Sektionsdirektors mit meiner Person hinsichtlich der Aktivität im AKH. Herold wurde darüber informiert, daß seit längerer Zeit ein Befragungsverfahren läuft und daß in diesem Zusammenhang ein solches Gespräch stattgefunden hat. Er interessiert sich, in welcher Weise das Gespräch stattgefunden hat. wurde informiert, daß es offensichtlich eine Vorinformation gab, daß diese Thematik neben anderem angesprochen werden sollte.

Im Hinblick auf sein Promotionsverfahren brachte er zum Ausdruck, daß offensichtlich eine Denunziation vorliegt, wenn 9 Tage vor dem Verfahren erst diese, von ihm als ausgesetzt bezeichnete Aktion, erfolgte. In dem Zusammenhang sagte er, es ist ihm vorgeworfen worden, daß er einerseits der geistige Vater des AKH bzw. an 2 Republikfluchten beteiligt ist. Daraufhin erklärte er, daß er von der RF von erst erfahren hatte, als die Kinder nicht mehr in den Unterricht kamen und die Wohnung versiegelt war.

In diesem Zusammenhang wurde erwähnt, daß in der letzten Zeit gerade solche Kreise unter besonders Augenmerk offensichtlich genommen worden sind.

In dem Zusammenhang mit dem Gespräch vom 6. März wurde erwähnt, daß offensichtlich zwischen den leitenden Vertretern der kath. Kirche ähnliche Gespräche stattgefunden haben, die dann dazu führen, daß solche außerhalb der am Rande der kirchl. Legalität stehenden Gruppen jetzt stärker unter Kontrolle genommen werden sollen.

Hinsichtlich des AKH sagte er, daß schon seit längerer Zeit auch innerhalb des Klerus danach gefragt wird, ob der AKH an Präfel verloren habe, ob ihm die Zähne gezogen wurden.

Für die nicht weitere Teilnahme an den Veranstaltungen wurde ausgesprochenes Verständnis gezeigt und daß auf einen Zeitraum bis etwa Herbst verschoben unter dem Gesichtspunkt, daß man abwarten sollte.

seiner Promotionsfrage meinte er, daß er versuchen will, daß die Vorwürfe gegen seine Person aus der Welt zu schaffen. Er bezeichnet sich dabei als Priester für den Sozialismus, daß beide Vorwürfe ungerechtfertigt seien und es notwendig sei, kompetente Stellen damit zu beschäftigen, die diese Vorwürfe entkräften könnten oder wo er diese Vorwürfe entkräften könnte. In dem Zusammenhang erwähnte er auch, daß in der Vergangenheit der Staatssicherheit mit Garstecki gesprochen hat in dem Zusammenhang mit ihrer Reise und dabei immer auf die Frage nach der Legalität der Gruppe gestellt habe. In der weiteren Tätigkeit des AKH gab es dahingehend Übereinstimmung, daß es als Gesprächs..... erhalten werden sollte, gerade besonders jetzt, wo es im kirchlichen Raum eine Verengung der geistigen Sicht zu bemerken ist. Übereinstimmend mit ihm war auch, daß diese Aktivitäten seitens der Staatsorgane mithervorgehoben worden ist durch die Behandlung der Probleme Menschenrechte in dem letzten Jahr im Rahmen des AKH.

gez. "Herzog"

Ministerrat der
Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Der Minister

Berlin, den 8. Februar 1978

Auszug aus dem

B e f e h l Nr. K 433/78

Für besondere Leistungen, verantwortungsbewußte Tätigkeit, Initiative und hohe persönliche Einsatzbereitschaft bei der Erfüllung übertragener Aufgaben zur Stärkung und Sicherung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht

Z e i c h n e i c h

aus Anlaß des 28. Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit aus:

Dr. F ü r s t, Walter

mit der Medaille für treue Dienste
in der Nationalen Volksarmee
in Bronze

gez. M i e l k e
Generaloberst

*Abzeichnung wurde dem M am 28.02.78
verbunden mit 100.- M Prämie überreicht.*

*Helmut
Hptm.*

Abteilung XX/4

Halle, den 15.11. 1976

BStU
000303

Aktenvermerk

Beim Treff am 12.11. 1976 wurde dem IMV "Dr. Herzog" in Anerkennung der im Jahre 1976 gezeigten Leistungen in der inoffiziellen Tätigkeit die Auszeichnung:

Ehrennadel der Nationalen Front
in Silber

verbunden mit einer Geldprämie in Höhe von

250. - Mark

überreicht.

Der IM zeigte sich über die erhaltene Auszeichnung sichtlich erfreut.

Referatsleiter

Jopak

Hauptmann

Schulze
Oberleutnant

5. IMB „...“

Im Maßnahmeplan vom 15.5.78 wird speziell unter Punkt 2.1.4 für die Heilig-Kreuz-Gemeinde als „operativ-brisanten Schwerpunkt“ der katholischen Kirche in Halle ein/e MfS- Kontaktmann/frau gesucht:

2.1.4 Zur Erarbeitung operativ auswertbarer Informationen über das Wirken des Herold in der kath. Kirchengemeinde „Heilig Kreuz“ in Halle sowie zur weiteren Aufklärung des Persönlichkeitsbildes ist eine geeignete Person unter den Mitgliedern dieser Kirchengemeinde zu kontaktieren und langfristig in die konspirative Tätigkeit des MfS einzubeziehen.

Termin: 20.05.1978

verantw.: Hptm. Schulze *

In den 60er und 70er Jahren war ein junger Mann, IM „Michael Bordes“, von der Stasi mit Fotoapparat, tragbarem Tonbandgerät und Mikrofon in der Aktentasche bei uns aktiv als Spitzel eingesetzt. Sein Auftreten und die veränderte Art seines Christ-Seins in der Gemeinde führten mich als seinen Pfarrer sehr bald zu seiner Enttarnung und Entlassung aus den Gemeindegruppen. Die Stasi vermittelte ihm einen Studienplatz an der „Burg“, der Hochschule für Design und Formgestaltung. Seine offenkundige Minderbegabung und fehlende Eignung für den vermittelten Studienplatz, aber nicht zuletzt schwere moralische Defekte ließen den IM-Studenten auch in der KSG** enttarnt und „exkommuniziert“ werden.

Auf „Michael Bordes“ leeren Platz in der Pfarrgemeinde und den anderen kirchlichen Gruppierungen kam durch Zuzug von außerhalb ein tatsächlich engagierter, fähiger und durch besondere Kommunikationsfähigkeit mit Sachkompetenz geworbener IMB***. Die Liste seiner positiven Zusammenarbeit ist bis heute so zahlreich und in die Gemeindechronik eingegangen, daß ebenso viele unerklärbare Enttäuschungen und Verwundungen meine Freundschaft und Dankbarkeit gegenüber diesem Mit-Christen nicht verdrängen.

Der Deckname in diesem und den folgenden Dokumenten wurde geschwärzt, damit gerade verheilte Wunden und Narben nicht unnötig aufgerissen werden. Ich erwähne diesen IM als einen eigenen „Typ“ in meiner Biografie. Auch hier möchte ich gern differenzieren, aber nicht Neugier und Sensationslust befriedigen.

* BStU, Ast. Halle, AOP 1795/86, Bl. 180 Auszug

** KSG - Katholische Studentengemeinde

*** IMB - Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung

KOPIE

- Tenkondabschrift -

IMB, [REDACTED]

380

Halle, den 11.5.84

342

Information

1. - Brief - 11.5.

Über eine zielgerichtete Einladung vom Vertreter der z.g. „Arbeitsbewegung“, der „Frauenfriedensbewegung“ und der „Umweltschutzbewegung“, die kirchlichen Kreise in Halle nahe stehen.

Am 14.6.1984 um 17³⁰ Uhr ist eine Sitzung des Pfarrgemeinderates der Gemeinde Heilig Kreuz in Halle Götchen St. vorgesehen.

Zu dieser Sitzung sollen die Sprecher der z.g. Gruppen geladen werden.

Ziel dieser Zusammenkunft ist, daß sich die Sprecher unter dem Vorwand der Prüfung, ob diese Randgruppen der Kirche durch die Gemeinde Heilig Kreuz unterstützt werden können oder abzulehnen sind, zu hören.

Gleichzeitig ist vorgesehen zu fragen

- welche Konzeptionen diese Gruppen haben?
- welche Aktionen sie planen?
- mit welchen Mitteln und Methoden sie anwenden zur Erreichung der Zielstellung.
- inwieweit sie an Öffentlichkeitswirksamkeit interessiert sind bzw. an Öffentlichkeitswirksamkeit gewinnen wollen.

-2-

381

348

Sowie welche Organisationsform wählen die z.g. Randgruppen der Kirche hinsichtlich der Informationswege, Aktionsformen u. Arbeitsweise sich geben

In diesen Treffen werden ca. 20 Mitglieder des Pfarrgemeinderates Heilig Kreuz teilnehmen sowie die Sprecher der Randgruppen

Dr. [REDACTED]

Dr. [REDACTED] od. [REDACTED]

und ein namentlich noch nicht bekannter Vertreter der Umweltschutzgruppen von Halle.

Die Organisation dieser Veranstaltung wird durch den Pfarrer Dr. Claus Herold

übernommen. Dieser wurde in Unterbrechung der zielgerichteten Motivation zur Informationsgewinnung für das MfS durch mich inspiriert und kann auch gelenkt entsprechend der Intention des MfS werden. Dr. Claus Herold war von der Idee der Existenz der Pfarrgemeinderatsgruppe zu belegen, durch solche öffentliche Maßnahmen begünstigt und will entsprechend Aktivitäten ausweiten. Bei Bedarf kann auch die Unterstützung durch die Gruppe in der Hinsicht ist, daß sich die Mitglieder dieser Gruppe untereinander kennen und daß diese in der evangelischen Kirche in Halle die gleichen Bestimmungen haben ([REDACTED]) ges. [REDACTED]
Fid. A. d. H. [REDACTED]

Ministerium für Staatssicherheit
HA/Selbst. Abt./BV. Halle
Abt./Selbst. Ref./KD/OD Halle

BSU
000286
Tgo.-Nr.: 28.5.86

Ergänzende Erfassungangaben ZPDB/DUG/SLK

bestätigt: *[Signature]*
Leiter der DE

zur Information: *offen H. Aufst. BRD - Bürger in bism. Veranstaltung*
(Bezug zur Originalinformation)

SVK/SVA	HMK	IK
ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb./v/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL)	DE ZMA - Nr. SLK - Nr.	AKG* ZMA - Nr. SLK - Nr.
1. Herold, Claus		
2. Misalla, Prof. Dr. U.		
3. Misalla, Prof. Dr. U.		
4. Misalla, Prof. Dr. U.		

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNISS Abt. XII überprüft (Datum)	1. Person	2. Person	3. Person	4. Person
vorhandene Erfassungsjahr				
neue Erfassungsjahr				
Erfassungsjahr				
Registrierungsnummer				
Archivnummer				
erfasste Dienststelle				
(Erfassungsorte sind: V, KK, OPK, SVG, OV, ZOV, ZOV-TV, Feind-OV, UV)				
ANZAHL GEWÜNSCHTER RÜCKLAUFKOPIEN:				
QUELLEN: IM, SMS, BÜRGER DDR/SOZ.A./NSA, ANONYME QUELLE				

14. 10. 86
(Hinzuleitung: Stantl, Organe, offizielle Institutionen, Parteien, Organisationen, sonstige)

VERTEILT: *Aug XX*
(im Verantwortungsbereich der eigenen HA/Selbst. Abt./BV)

(außerhalb des Verantwortungsbereiches der eigenen HA/Selbst. Abt./BV)

SPUREN GESICHERT: (Zutreffende Person kenntlich machen)

	MPS	Mdi		MPS	Mdi		MPS	Mdi
Ble-			Geruchskonserv			Schuh-		
Blut-			Handschuh-			Schloß-		
Botanisch-			Papierreste			Sekret-		
Druckstil-			Ris-			Stimmkonserv		
Fahrzeug-			Schrift			Werkzeug-		
Form-								

Stark ummante Folien sind durch die AKG auszufüllen.
* Neu festgelegte Nummern sind durch Unterstreichen kenntlich zu machen.

Dokument 43 (BSU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 7, Bl. 286-288)

Kreisdienststelle
- Halle -

BSU
000287

Halle, 21. Mai 1986
zip/achm

Information

Über eine geplante Veranstaltung in der katholischen
Gemeinde "Heilig Kreuz" Halle

Am 23./24. 05. 1986 findet, beginnend um 19.30 Uhr im Pfarrsaal der Gemeinde "Heilig Kreuz", Gütchenstr. 21 ein sogenanntes Friedensseminar statt. In fünf Referaten mit jeweiligen Diskussionen spricht Prof. Dr. Herold oder U. Broghammer am 22. 05. oder 23. 05. 1986 in die DDR einreisen. Prof. Misalla hat bereits 1985 ein eintägiges Friedensseminar am gleichen Ort durchgeführt.

Während die Einladungen 1985 nur von Mund zu Mund-Propaganda erfolgten, wurde für die Veranstaltung in diesem Jahr in den gottesdienstlichen Veranstaltungen in der Gemeinde geworben. Damit soll erreicht werden, daß ein größerer Personenkreis am Seminar teilnimmt. Der Organisator dieser Veranstaltung ist der Dechant von Halle Merseburg und Pfarrer der Gemeinde "Heilig Kreuz" Halle

Dr. Claus Herold.

Die terminliche Festlegung erfolgte anlässlich seines Besuches in der BRD in der Woche vor Pfingsten.

ges. IM der KD

Operative Wertung

Bei Prof. Misalla handelt es sich um einen BRD-Professor, der sich bereits in der Vergangenheit stets für eine ökonomische Arbeit engagierte. Die Verbindung besteht schon langjährig zu

Dr. Claus Herold
Dechant Halle Merseburg
erf. BV Halle, Abt. XX

und wird durch Herold des öfteren zum Gedankenaustausch genutzt. Über die konkrete inhaltliche Gestaltung des Friedensseminars können zur Zeit noch keine Aussagen getroffen werden. Es wird nachberichtet.

Zippel
Major

Information

Über den BRD-Besuch von Dr. Herold, Claus, Pfarrer in der katholischen Gemeinde "Heilig Kreuz" Halle

Ende Januar 1985 hielt sich o. g. Pfarrer in der BRD für ca. 40 Tage zu einem privaten Familienbesuch auf. Anlaß der Reise war der Geburtstag des Senios der Sippe Herold. Bei seinem Aufenthalt in der BRD besuchte er auch die Partnergemeinde in Recklinghausen, mit welcher er seit 1984 Partnerschaftsbeziehungen hergestellt hat. Im Zusammenhang mit dieser Reise teilte er mit, daß mindestens 2 Personen aus der katholischen Gemeinde in Recklinghausen nicht erst wie ursprünglich geplant am 01. 11. 1985 in die DDR einreisen, sondern bereits im Juli 1985 die DDR besuchen werden. Es handelt sich dabei um den Lehrer

.....

sowie erstmalig den Vikar der genannten Gemeinde, wobei angestrebt wird, daß 2 oder 3 weitere Personen, die bisher noch nicht in der DDR waren, mitgenommen werden, damit das Auto ausgelastet wird. Dr. Herold ist bestrebt, die geknüpften Partnerschaftsbeziehung zur Recklinghauser Gemeinde auszubauen und zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang äußerte er sich auch, daß der Pfarrer Dr. [REDACTED] (Vertreter der Befreiungstheologie) aus Münster, der bereits mehrfach in der DDR weilte und in den verschiedensten Gemeinden Vorträge gehalten hat, noch im Frühjahr 1985 die Gemeinde Heilig Kreuz besuchen wird, um hier einen weiteren Vortrag über Probleme der südamerikanischen Kirche zu halten. Dabei wird es sich überwiegend mit um die so. g. Befreiungstheologie, die gegenwärtig in der BRD unter kirchlichen Amtsträgern heftig diskutiert wird, befassen. In diesem Zusammenhang wird die Amtsenthebung des nikaraguanischen Kulturminister Ernesto Kardinale durch den Papst, Johannes Paul den II., zu sehen, in dem der überwiegende Teil der kath. Gemeinde Heilig Kreuz durch Dr. Claus Herold die Amtsenthebung verurteilt. Herold brachte auch zum Ausdruck, daß er die Reise für die Vertiefung der Partnerschaftsbeziehungen sehr gut nutzen konnte.

gez. "[REDACTED]"

F.d.R.d.A.

Zippel, Hptm.

Kapitel 8

Neuerfassung im OV „Akademica“

Nach Akteneinsicht in die verschiedenen OV, in denen ich vom MfS bearbeitet wurde, habe ich den gewiß unvollständigen Versuch unternommen, die hauptamtlichen Mitarbeiter auf Kreis- und Bezirksebene und die sich mit mir befassenden Offiziere der Hauptabteilung in Berlin aufzulisten. Ihre Namen las ich in Sachstandsberichten, Informations-Schreiben, Dokumentationen, Maßnahmenplänen und Vollzugsmeldungen.

Vor einem Treffen mit und der Auftragserteilung an die IM, die wiederum mich kontaktierten, gab es in der Einsatzleitung der Stasi-Offiziere das planende Vorbereitungsgespräch und nach Vorlage des Ausführungsprotokolls über den sogenannten Treffbericht oder die jeweilige operative Aktion eine gemeinsame Auswertung („Manöver-Kritik“) mit Erarbeitung der nächsten Maßnahmen.

Die Liste der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter/innen enthält deren Klarnamen. Die Rangtitel haben sich in regelmäßigen Abständen durch Beförderungen geändert. Bei meinen Angaben nenne den zum jeweiligen Zeitpunkt meiner Bearbeitung geführten Titel.

Die IM erwähne ich bei ihren Deck-Namen. Bis auf zwei habe ich aus den Sachzusammenhängen ihre Identität schnell herausgefunden. Zwei von ihnen haben sich mir gegenüber vor der Wende dekonspiriert. Von den zwölf katholischen Geistlichen haben ebenfalls zwei vor der Wende ihre Zusammenarbeit mit dem MfS aufgekündigt. Alle anderen waren nach den Protokollen der Treffberichte (letzte Eintragung im November 1989) konspirativ tätig. Bei Selbstauflösung des MfS und Übernahme des Personals und der Akten in das AfNS* wurden viele der Akten, speziell der Kirchenbeauftragten, vor dem Archivieren gelöscht.

Verwaltung/Bez.-Verw.	Halle
Abt./Kreisdienststelle	XX/4
Halle, den 29.07. 1975	
Berichtigungs- und Ergänzungsmitteilung	
In bezug auf die	OPK (Vorgangsart angeben) BStU
Registriernummer	000000
Bezeichnung oder Deckname	
de. Person - Objekts	Herold, Claus
	23.10.1929 in Halle
	Halle, Güterstr. 27
	(Name, Vorname, Geburtstag, Anschrift, Objektbezeichnung)
Ist Nachstehendes zu berichtigen bzw. zu ergänzen?	
1. Erfassung in OPK zu löschen	
2. Neuerfassung im OV "Akademica"	
VIII 12.8.75 B	
1. An das selbständige Referat XII der Verwaltung/Bez.-Verw. Halle	
2. An die Abteilung XII des Ministeriums	

Zu der gleichen Zeit, im Winter '89, begegnete ich in einigen Fällen am Runden Tisch des Bezirkes Halle auch MfS-Führungsoffizieren, die mich viele Jahre operativ bearbeitet haben. Damals wußte ich von ihrer Tätigkeit im Verborgenen nichts. Erste Akteneinsicht bekam ich am 4. Oktober 1990 und dann umfassend 1993. Auch die IM, unter ihnen unsere Mitbrüder, schwiegen sich, solange sie es konnten, aus. Im Hallenser Klerus enttarnte die „Bild-Zeitung“ mit ihren Veröffentlichungen im Sommer 1991 die „falschen“ Brüder und Schwestern.

Inzwischen hat sich das Verhältnis der einen zu den anderen Priestern normalisiert. Freilich mit Unterschieden: Da nicht, wo keine Schuld zugegeben und Vergebung nicht erbeten wurde.

Von den IM aus unseren Gemeinden, bzw. von den für sie Verantwortung tragenden Kirchenvorständen und Pfarrgemeinderäten, hat von sich aus, (ausgenommen die zwei oben Erwähnten) keiner Klärung gesucht.

Liste der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter (in der Reihenfolge meiner OPK, des ZOV „Schleuse“, des OV „Tabernakel“ und des OV „Akademica“):

Oberleutnant Schulze	BV Halle
Oberstleutnant Gröger	BV Halle
Major Jonak	BV Halle
Leutnant Weiße	BV Halle
Major Mikosch	BV Halle
Major Pohle	BV Halle
Hauptmann Romanowski	BV Halle
Hauptmann Kownatzki	BV Halle
Oberstleutnant Wolff	BV Halle
Unterleutnant Hüniger	BV Halle
Oberleutnant Sroda	BV Halle
Leutnant Matthai	BV Halle
Feldwebel Heinrich	BV Halle
Unteroffizier Noack	BV Halle
Major Böttcher	BV Leipzig
Oberst Dr. Schmidt	BdVP Halle
Oberstleutnant Schmidt	KD Halle
Major Bethge	HA XX/4/II
Hauptmann Wegener	HA XX/4/II
Oberstleutnant Sprotte	HA XX/4/II
Major Konrad	BV Leipzig
Major Kunze	KD Leipzig
Major Teichert	KD Querfurt
Major Nebelung	KD Bernburg
Oberstleutnant Wiegand	HA XX/4
Oberstleutnant Schöppe	BV Halle
Generalmajor Kienberg	HA XX/4
Oberst Voßwinkel	KD Halle

Liste der IM, die mich bearbeiteten (sortiert nach Gruppen):

IM „Otto“	Berliner Prälat
IM „...“	Berliner Prälat
IM „...“	Berliner Prälat
IM „Bernstein“	Magdeburger Prälat
IM „Theodor“	Magdeburger Prälat
IM „Joppe“	Dessauer Priester
IM „Gustav“	Hallenser Priester
IM „Pionier“	Hallenser Priester
IM „Hermann“	Hallenser Priester
IM „Gregor Finzenz“	Hallenser Priester
IM „Eisen“	Hallenser Priester
IM „Egbert“	laiisierter Priester
IM „Notnagel“	Pfarrei Heilig Kreuz
IM „Peter“	Pfarrei Heilig Kreuz
IM „Michael Borde“	Pfarrei Heilig Kreuz
IM „Rechner“	Pfarrei Heilig Kreuz
IMF „Sigrid Aster“	Pfarrei Heilig Kreuz
IM „Siegfried Weiß“	Pfarrei Heilig Kreuz
IM „Paulsen“	AKH
IM „Dr. Herzog“	AKH
IM „Budgereit“	AKH-Sprecherkreis
IM „Helmut“	AKH-Sprecherkreis
IM „Clemens“	AKH
IM „Stern“	Pastoral-Synode
IM „Lothar Schulz“	Rat der Stadt Halle
IM „Karsten“	Rat des Bezirkes Halle
IM „Oswald“	CDU Halle
IM „...“	CDU Halle
IM „...“	CDU Halle
IME* „Fred Lange“	„Stützpunkt Paradies“ Halle
IM „Kranich“	Leipzig
IM „Otto Helmut“	Bernburg
IM „Günther“	Magdeburg

* IME - Experten-IM

1. Maßnahmeplan zum OV "Akademica" vom 21.7.1975

- 2 -

000023

I. IM - Einsatz

1. Die inoffiziellen Mitarbeiter:

IMV "Dr. Herzog" - XX/4
 IMV "Michael Border" - XX/4 ← ?
 IMV "Budgereit" - XX/4
 IMV "Paulsen" - XX/4
 IMV "Pionier" - XX/4
 IMV "Joppe" - XX/4

sind durch eine differenzierte Auftragserteilung und Instruierung auf die Realisierung der operativen Zielstellung auszurichten. Dazu ist vorrangig zu erarbeiten:

- weitere Information über das politische Wirken des "AKH", zum Zwecke der Dokumentierung der Gesellschaftsgefährlichkeit,
- Information über das konkrete Wirken der derzeitigen personellen Schwerpunkte des "AKH" sowie ihren Plänen und Absichten,
- Information über das Engagement der Mitglieder und Sympathisanten des "AKH", um darauf aufbauend den Differenzierungsprozeß gestalten zu können.

Termin: laufend verantwortlich: Oltn. Schulze

2. Zum Zwecke der Einbeziehung der nachstehend genannten IM in die operative Bearbeitung des "AKH" sind mit dem betreffenden DE entsprechende Koordinierungsvereinbarungen zu treffen.

- IMV "Clemens" - HA XX/4 II
 - IMV "Sigrid Aster" - KD Merseburg

Termin: 25.07.75 verantwortlich: Oltn. Schulze

3. Die Verbindung des IMV "Dr. Herzog" zum derzeitigen Sprecher des "AKH" Garschke sowie zu anderen personellen Schwerpunkten ist zu aktivieren und auszubauen. Zielstellung dieser Maßnahmen ist:

- die Pläne und Absichten dieser Personen in bezug auf die Gestaltung des Wirkens des "AKH" aufzuklären,
- dem IMV "Dr. Herzog" über diese Verbindung zu einer größeren Einflußsphäre im "AKH" zu verhelfen.

Termin: so/so/ verantwortlich: Oltn. Schulze

4. Ausbau und Aktivierung der Verbindung des IMV "Dr. Herzog" zu dem Vertreter in der BRD erscheinenden katholischen Zeitschrift "public forum",

000024

- 4 -

21.11./22.11.1975 - 22. Vollversammlung

zu erarbeiten.

Termin: 18.09.75 verantwortlich: Oltn. Schulze

2. Zum Zwecke der Schaffung von Grundlagen für den Einsatz operativer Technik in den Veranstaltungsräumlichkeiten des "AKH" sowie zur Durchführung von Beobachtungen, sind zu beiden Objekten des "AKH" inoffizielle Stützpunkte zu schaffen.

Termin: 20.10.75 verantwortlich: Oltn. Schulze

3. Im koordinierten Zusammenwirken mit dem unter I.1. und 2. genannten IM ist eine Beobachtung der Teilnehmer an der 21. Vollversammlung am 26.9./27.9.75 zu planen und zu organisieren. Zielstellung ist die weitere Identifizierung von Mitgliedern des "AKH".

Termin: 22.09.75 verantwortlich: Oltn. Schulze

4. Über die namentlich bekannten Mitglieder des "AKH" sind umfassende Personenherkünfte einzuleiten. Die Ergebnisse der Untersuchung sind in Handakten zu speichern und entsprechend analysiert zu verarbeiten.

Termin: laufend verantwortlich: Oltn. Schulze

5. Aktiv in Erscheinung tretende Mitglieder des "AKH" sind in die zielgerichtete operative Bearbeitung mit einzubeziehen. Entsprechend der Aussagekraft vorliegender Informationen ist eine aktive Erfassung vorzunehmen bzw. über die betreffende DE Maßnahmen zur operativen Bearbeitung der Person einzuleiten.

Termin: laufend verantwortlich: Oltn. Schulze

6. Zur Aufklärung der Einflußsphäre sowie der Pläne und Absichten der in der BRD wirkenden Personen Wortmann und Brockhoff sowie weiteren bis "unbekannten" Personen in bezug auf das Wirken des "AKH" sind mit der HA XX/4/II koordinierte Maßnahmen festzulegen.

Termin: 30.10.75 verantwortlich: Oltn. Schulze

III. Einsatz operativer Technik

1. In Vorbereitung und Durchführung der 21. und 22. Vollversammlung des "AKH" ist der Einsatz operativer Technik der Abt. 26 in den Tagungsobjekten zu prüfen und

zu organisieren.

Die Zielstellung besteht darin:

- sach- sowie personenbezogene Informationen in Ergänzung des Einsatzes der IM zu erarbeiten.

Termin: 10.05.76 verantwortlich: Oltn. Schulze

2. Für den Zeitraum der Durchführung der 21. und 22. Vollversammlung des "AKH" ist der IMV "Michael Bode" über das selbst. Ref. E mit entsprechender Ton aufzeichnungstechnik auszustatten.
Zielstellung des Einsatzes dieser Technik besteht darin:
- authentische Informationen über das politisch-negative bzw. staatsfeindliche Wirken der im OV erfaßten Personen zu erarbeiten.

Termin: 22.05.76 verantwortlich: Major Mikosch
17.05.76 Oltn. Schulze

IV. Sonstige Maßnahmen:

1. Das Ergebnis der eingeleiteten operativen Maßnahmen über den Zeitraum der ersten Bearbeitungsstufe ist in Form eines Zwischenberichtes analytisch auswerten.

Termin: 1.6.76 verantwortlich: Oltn. Schulze

2. Auf der Grundlage der im Zwischenbericht getroffenen analytischen Einschätzung der pol.-op. Situation sind die operativen Maßnahmen für den Zeitraum der zweiten Bearbeitungsstufe des OV "Akademica" zu erarbeiten.

Termin: 1.6.1976 verantwortlich: Oltn. Schulze

Refegatsleiter

J. H. a. k.
Hauptmann

Leiter der Abteilung XX

G. P. S. e. r.
Major

Schulze
Oberleutnant

2. Operativplan zur Durchführung einer Beobachtung vom 21.7.1975

Abteilung XX/4

Halle, den 17.05.1976
Schu/Mey

BSU
000208

Operativplan

zur Durchführung einer Beobachtung am 22.05.1976 im Stadtgebiet von Halle (OV "Akademica")

In der Zeit vom 21.05.1976 19.00 Uhr bis 22.05.1976 13.00 Uhr findet im Objekt der katholischen Studenten-gemeinde Halle, Mühlweg 18, die 22. Vollversammlung des "AKH" statt.
Zum Zwecke der Ergänzung des Einsatzes der IM der Abteilung XX

- IMV "Dr. Herzog"
- IMV "Budgereit"
- IMV "Michael Bode"

Die an der Tagung teilnehmen, sind Beobachtungsmaßnahmen durch operative Kräfte der Abteilung XX vorgesehen. Zielstellung dieser Beobachtung ist die Identifizierung weiterer Mitglieder des AKH sowie die Bestätigung der Teilnahme bereits bekannter Mitglieder. Die Beobachtung soll am 22.05.1976 in der Zeit von 11.00 Uhr bis 14.00 Uhr durchgeführt werden.

1. Plan der operativen Kräfte und Mittel

Für die Realisierung der operativen Maßnahmen ist der Einsatz folgender operativer Kräfte vorgesehen:

- Oltn. Schulze
- Oltn. Sroda
- Ltn. Matthäi
- Fw. Heinrich
- Uffz. Noack
- IME "Thomas Schneidereit"

An operative Mittel ist geplant:

- 2 Fotoapparate mit Teleobjektiv
- 3 UKW-Funksprechgeräte
- 2 PKW (XX/4 und XX/6)

1.4. IME "Carsten"

Nutzung der Kontakte zu führenden katholischen Geistlichen zur Zurückdrängung und offensiven Bearbeitung feindlich-negativer Personen aus dem Bereich des katholischen Klerus, die im AKH wirken.

Termin: nach Festlegung

vw.: Major Jonak

1.5. IM "Günther"

Einflußnahme auf den Sup.Int. JAEGER, daß dieser seine Mitarbeiter im AKH einstellt.

Termin: 30.04.1981

vw.: Major Jonak

2. Maßnahmen zur weiteren Aufklärung der Persönlichkeitsbilder und Dokumentierung persönlicher Beiträge der unter politisch-operativ Bearbeitung stehenden Personen gem. § 106 (2) BStG zur Schaffung von Voraussetzungen für die Durchführung politisch-operativer Maßnahmen der Zersetzung der Gruppierung

1.1. HEROLD, Claus

2.1.1.

Die Maßnahmen zur Person H. konzentrieren sich auf:

- die Vervollständigung und Aktualisierung des Persönlichkeitsbildes und des Verbindungskreises des H.
- die Überprüfung der Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit, insbesondere der Veranstaltungsverordnung.
- die Erarbeitung operativ auswertbarer Informationen über das Wirken des H. in seiner Kirchengemeinde.

mit der Zielstellung der Schaffung von Voraussetzungen für politisch-operative Zersetzungsmaßnahmen.

Termin: 14.8.1981

vw.: Major Jonak
Lt. Weiße

2.1.2.

Suche und Auswahl einer geeigneten Person aus der Gemeinde "Heilig Kreuz", die langfristig in die konspirative Tätigkeit des MfS einbezogen wird und zur Aufklärung der unter 2.1.1. genannten Punkte beitragen kann.

Termin: 1.6.1981

vw.: Lt. Weiße

4. Einsatz operativ-technischer Maßnahmen4.1. Abteilung 26

Einleitung von Maßnahmen der Abteilung 26 nach Auftrag - A - zur Person HEROLD, Claus.

Termin: 20.4.1981

vw.: Major Jonak
Lt. Weiße

4.2. Abteilung M und PZF

Durchführung geeigneter Maßnahmen zu den Schwerpunktpersonen und Ermittlung des Literaturempfängerkreises des AKH.

Termin: bis 30.11.1981
laufend

vw.: Major Jonak
Lt. Weiße

4.3.

Beschaffung und Speicherung von Ormig- und Schriftmaterialien in den Speichern des Ref. 2 a.

Termin: 17.4.1981

vw.: Major Jonak
Lt. Weiße

4.4.

Um- bzw. Neuregistrierung der zum Leitungskern des AKH gehörenden bzw. ausgeschiedenen und inaktiven Personen im OV.

Termin: 27.3.1981

vw.: Major Jonak
Lt. Weiße

5.

Zur Einschätzung der Wirksamkeit und der Ergebnisse der realisierten politisch-operativen Maßnahmen der Zersetzung sowie zur Festlegung der weiteren Bearbeitungsrichtung ist ein Sachstandsbericht zu erarbeiten.

Termin: 30.11.1981

vw.: Major Jonak
Lt. Weiße

Referatsleiter

3. 1. 81
Major

Leiter der Abteilung

G. V. Baum
Oberstleutnant

w. 1. 81
Leutnant

Anm.: Maßnahme 26A - Telefonüberwachung

Maßnahme M - Postkontrolle

PZF - Postzollfahndung (Paketkontrolle)

5. Telefon-Abhörmaßnahme "A": Abschrift eines Tonbandmitschnitts vom 3.11.1982

Abteilung Xa/4 Gen. Kownatzki	BStU 000112	Halle, den 9.11.1982 Az. 26/ 15/A 292/82/Schw. - 82037 -
----------------------------------	----------------	--

Vertrauliche Dienstsache

Informationsbericht

Die Ursel Broghammer setzte sich mit der Bärbel Garsteckie in Verbindung.
 Aus der Unterhaltung war zu entnehmen, daß der Jochen Garsteckie nicht zur Sitzung des AKH gekommen war, da dieser krank ist. Ursel ging dann darauf ein, daß sie im Auftrage vom Günter Boehr rargen soll, ob er sich wieder als Kandidat aufstellen läßt? Die Bärbel entgegnete, daß der Jochen nein gesagt habe und war darüber erstaunt, daß die Ursel Glatzel da nichts gesagt haben soll.

Anschließend sprach der Jochen noch mit der Ursel und bekräftigte nochmals sein - Nein -. Er habe darüber auch schon mit dem Willi gesprochen und die andern würden auch seine Meinung kennen. Er habe nur Einschränkungen gemacht, falls es an Kandidaten fehlen würde und dann sei er bereit sich wieder aufstellen zu lassen. Einer weiteren Mitarbeit würde er sich jedoch nicht entgegenstellen.
 Die Ursel wollte das ausrichten.

Danach sprach der Claus Herold mit dem Jochen. Die Unterhaltung trug einen allgemeinen Inhalt.
 Jochen ging dann darauf ein, daß die DDR Ende Oktober einen Atlemina-Besuch (ph) in Rom beabsichtigen hatten. Die Bischöfe sind da vom Papst gefragt wurden, warum sie in der Friedensdiskussion so wenig oder gar nichts unternehmen würden bzw. sie sind ermuntert wurden sich doch ein Beispiel an den anderen DDR-Kirchen zu nehmen.
 Jochen fand das sehr beachtlich, erwähnte noch, daß das aus Presseberichte hervorgehe und man müste es unbedingt im Kreis mit erwähnen, da das ja auch in ihre Richtung gehen würde. Beide wechselten dann einige allgemeine Bemerkungen und Claus erwähnte noch, daß er auch noch für eine Stunde runtergehen wird.

- 5.11.1982 - 20.10 Uhr -

F.d.R. d.A. *[Signature]*
Schwörer

Dokument 49 (BStU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 5, Bl. 112)

6. Paket-Kontrolle: Protokoll vom 27.4.1981

Eingang Postzuführung 752 (2) Halle, den 27.4.81	BStU 000124	Inhalt: Nahrungs- und Genussmittel Glas Armaturen Bild Folie
--	----------------	--

Die Sendung wurde geröntgt, geöffnet und untersucht.

Nachrichtendienstliche Mittel wurden nicht festgestellt.

Die Sendung wurde dokumentiert und an den Empfänger im Originalzustand weitergeleitet.

013 Pkt.

27.4.

61481

brauner Pappkarton dopp. Kreuzverb.

39 cm B. 32 cm H. 12 cm

63581

et 170-04

Leiter der Dienststelle

[Signature]

Dokument 50 (BStU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 1, Bl. 124, 127)

7. Schriftenüberprüfung zu Herold, Claus

3x.2 12

EV für Staatssicherheit
Halle/S.
Abteilung XX/2

Halle, den 07.12.78
Tgb.Nr.: XX/2/ 17

KOPF

EV für Staatssicherheit
Halle/S.
Abteilung/KD/OD /OG

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
- AGS Halle -

XX/14

Schriftenüberprüfung
Ihr Schreiben vom: Tgb.Nr.:

Auf Grund des Ergebnisses der durchgeführten Schriften-
Überprüfung teilen wir Ihnen mit, daß im Klassifizierungs-
schrank unserer Abteilung und der Abteilung II (SV Halle)
keine Materialien einliegen, die Ähnlichkeitsmerkmale mit
der Handschrift der Person

Herold, Claus
(312-122-211-122)/902
22112 de, 42, 3, 4, 14, u 6

aufweisen.

Leiter der Abteilung XX
G r ö g e r
Oberstleutnant

Anlagen ...

F. d. R.

Dokument 51 (BStU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 2, Bl. 161)

8. Personenüberprüfung "F 10" zu Herold, Claus vom 4.5.1976

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Halle
Kreisdienststelle Sangerhausen

Sangerhausen, den 04.05.1976
ko-pe
Tgb.-Nr.: 922/76

BStU
000121

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Halle
Kreisdienststelle
Abteilung XX
Halle

MIS/H
Tgb. 10.5.76
Tgb. 1918
Tgb. 4

Personenüberprüfung

Laut F-10-Überprüfung vom 30.03.1976 wurde festgestellt, daß
die Person

Herold, Claus
geboren am: 23.10.1929 in Halle
wohnhaft: 40 Halle
Gütchenstr. 21

für Ihre Dienstseinheit erfaßt ist.

Wir bitten Sie darum, uns den Grund der Erfassung mitzuteilen.

Leiter der Kreisdienststelle
R a u c h
Major

als Eigentümer eines Bungalows im Ort Sangerhausen
2 Grundstücke in Gütchenberg - langes Tal.

Dokument 52 (BStU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 2, Bl. 121)

9. Erfassungsangaben-Formular zur Information über Treffen mit Fahndungsobjekten

Abt./selbst. Ref./AKG/CD *32* Tg.-Nr.: *12*

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/DUG/SLK/StU
000014 bestätigt: *12* Leiter der DE

zur Information *Treffen mit Fahndungsobjekten in der CSSR*
(Bezug zur Originalinformation) *798*

SVK/SVA	HMK	IK
ANGABEN ZU PERSONEN	DE	AKG*
Name, Vorname, geb./	ZMA - Nr.	ZMA - Nr.
SACH-VERHALTEN OHNE	SLK - Nr.	SLK - Nr.
PERSONENANFALL		
1. <i>geb. aus</i>		
2. <i>geb. aus</i>		
3. <i>Winkelmann, Klaus</i>		
<i>geb. aus 11.7.29</i>		
4. <i>Winkelmann, Ute</i>		
<i>geb. aus 25.7.29</i>		

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS

1. Person	2. Person	3. Person	4. Person
Abt. XII (überprüft) (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registernummer			
Archivnummer			
erfassende Dienststelle			

(Erfassungsarten sind: V, KK, OK, SV, OV, ZOV, ZOV-TV, Feind-OV, UV)

ANZAHL GEWÜNSCHTER RÜCKLAUFKOPLEN:

QUELLEN: IM, GMS, BÜRGER DOR/SOZ.A./NSA, ANONYME QUELLE

PHIE
(Bezeichnung: Staat, Organe, öffentliche Institutionen, Parteien, Organisationen, sonstige)

VERTEILER: *MUG*, *Hbl. XX*, *KIK*, *40 Halle*
(im Verantwortungsbereich der eigenen HA/selbst. Abt./BV)

(außerhalb des Verantwortungsbereiches der eigenen HA/selbst. Abt./BV)

SPUREN GESICHERT: (Zutreffende Person kenntlich machen)

VIS	Md	VIS	Md	VIS	Md
Bild		Gerichtskonserv.		Schub	
Blut		Handsch.		Schuld.	
Botanische		Popillienst.		Sekret.	
Druckkille		R.S.		Stimmkonserv.	
Fahrschub		Schrift		Werkzeug	
Fahrz.					

Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen.
* Neu festgelegte Nummern sind durch Unterstreichung kenntlich zu machen.
Form 450

Durchgeführte Maßnahmen PKE/Zoll:

Begegnung beider Personen durch PKE
Überprüfung der Kontaktpersonen in den Fahndungsmitteln: erfasst
Überprüfung der Kontaktpersonen in der VSH-Kartei der PKE: erfasst
am 11.6.22 werden Zusammenkunft in der CSSR mit den DDR-Bürgern
Dr. Herold, Klaus, geb. 23.10.26, wh.: Halle, Güthenstr. 21, und
Borchmann, Ursula, geb. 29.7.41, wh.: Halle, Mühlendammstr. 13
Dokumentation eines Rundschreibens durch PKE
Kontrollen mit Feststellung von Genussmitteln und Kosmetika aus
BRD (nicht vorgeführt), 1 Rundschreiben von 22.5.94 aus Horne/
BRD an die Kirchengemeinde 84.
Gh - (nicht vorgeführt)/belassen, sowie 1 Buches "Sammelausgabe
ders Digest" (nicht vorgeführt)/auf B/B eingelegen

Dokument 53 (BStU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 3, Bl. 14, 16 Auszüge)

Kapitel 9

Einstellung meines Promotionsverfahrens

1. Eröffnung des Promotionsverfahrens

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG

Sektion Theologie
Der Direktor

Martin-Luther-Universität, 401 Halle

Herrn
Pfarrer Claus Herold
402 Halle (Saale)
Güthenstr. 21

Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unsere Zeichen
Betreff: Promotionsverfahren A

401 Halle (Saale).
Universitätsplatz 8-9
5.12.1977

Sehr geehrter Herr Pfarrer !
Auf Ihren Antrag vom 1.12.1977 hin teilen wir Ihnen mit, daß das Promotionsverfahren unter dem 2.12.1977 eröffnet wurde.

Mit freundlichem Gruß

Winkler
Prof. Dr. E. Winkler
Sektionsdirektor und Dekan

Dokument 54 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

2. Bericht über die verfügte Aussetzung des Promotionsverfahrens, bzw. Verteidigung meiner bei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sektion Theologie, eingereichten Dissertation

Der am 10.1.1978 neu in sein Amt eingeführte Sektionsdirektor, Herr Professor Dr. Wallis und mein „Doktor-Vater“, Herr Professor Dr. Winkler, baten mich am 11.1.1978, 11 Uhr zu einer Unterredung in das Amtszimmer des Direktors der Sektion für Theologie. Dort teilten sie mir die ihnen am Vortage von Sr. Magnifizenz im Rektorat empfohlene „Aussetzung“ meines Promotionsverfahrens mit.

Als Begründung für die überraschende Verfügung hatte der Rektor der MLU, Herr Professor Dr. Bergner, aus einem auf seinem Schreibtisch liegenden Dossier nachstehende gegen mich als Doktoranden erhobene Vorbehalte angegeben.

1. Mitgliedschaft „geistige Vaterschaft“, „Führungsposition“ in einer „außerhalb der kirchlichen Legalität stehenden Gruppe - Aktionskreis Halle“, die sich durch Publikationen „antisozialistisch“ und „antikommunistisch“ betätigt, in die „Diskussion um die „Menschenrechte“ eingemischt und eine „Charta“, verfaßt habe, bzw. verfassen wolle.
2. „Moralischer Beistand zur Republikflucht“ der Dr. Bartusch und Dr. Schülke, sowie Unterstützung bei Ausreiseantragstellern. Auch dazu wurden von Sr. Magnifizenz zwei Namen vorgelesen. Jedoch konnten die beiden o. g. Herren sich nur noch an einen erinnern: Vogel.

Im Anschluß an die vertraulich nicht nur an mich weitergegebene sondern auch innerhalb der Fakultät bekannt gewordene Mitteilung von der Verfügung auf einstweilige Aussetzung des Abschlusses meines Promotionsverfahrens, habe ich spontan versucht, die Unwahrscheinlichkeit und Haltlosigkeit der beiden von „maßgeblicher Seite“ bei Magnifizenz gegen mich vorgetragenen Beschuldigungen zu beweisen.

Der Herr Sektionsdirektor hatte noch vor Bekanntwerden der Hinderungsgründe beim Herrn Rektor der Universität schriftlich seine Bedenken gegen die Sistierung einer rite eröffneten Promotion zu solch spätem Zeitpunkt dargelegt.

Im Gespräch am 11.1. berichteten beide Herren Professoren davon und daß sie sich dann bei Sr. Magnifizenz nochmals mündlich - auch unter Hinweis auf das doch von mir vorgelegte tadellose polizeiliche Führungszeugnis und erbrachte „Zeugnis über den Nachweis vertiefter Kenntnisse im Fach Marxismus-Leninismus“ - für den Abschluß meines Verfahrens eingesetzt hätten. Da Se. Magnifizenz sich aber außer Stande gesehen habe, auf ihre Vorstellungen einzugehen, („als Rektor der Universität könne er für einen Bürger wie mich keine Urkunde unterzeichnen“) wurde mir geraten, nun meinerseits eine Eingabe zu verfassen.

Halle/Saale, den 12. Januar 1978

gez. Claus Herold, Pfarrer *

* Archiv Claus Herold, Halle/S., Tagebucheintragung

3. Eingabe an den Rektor der Martin-Luther-Universität

den 14.1.1978

Sr. Magnifizenz
dem Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Herrn Professor Dr. sc. phil. Bergner

402 Halle/Saale
Universitätsplatz 10

Eingabe wegen der Entscheidung über die zeitweilige Aussetzung der Verteidigung meiner Dissertation

Magnifizenz!

Am Mittwoch, dem 11.1.1978, wurde mir durch den Direktor der Sektion Theologie, Herrn Professor Dr. Dr. Wallis, und den Ordinarius für Praktische Theologie, Herrn Professor Dr. Winkler, mitgeteilt, daß der für den 20.1.1978 festgesetzte Termin der Verteidigung meiner Dissertation auf Ihre Anweisung hin ausgesetzt worden wäre. Als Veranlassung für die befristete Aussetzung wurden mir zwei Gründe genannt.

Diese inhaltlich und terminlich überraschende Entscheidung hat mich sehr getroffen. Die den Behauptungen zugrunde liegenden Sachverhalte sind mir zwar bekannt, aber ich stehe mit den genannten Personen und Vorgängen nicht in dem Zusammenhang, der nach der o.g. Bericht hergestellt wurde.

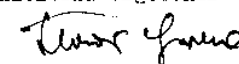
Ich bin jederzeit und gegenüber jedermann bereit und instande, dies im einzelnen zu begründen und nachzuweisen und unsachgemäße Feststellungen und diskriminierende Zusammenhänge zu widerlegen.

Die mir vorgetragenen Behauptungen muß ich für existenzgefährdend halten. Deshalb lege ich aus persönlichen und beruflichen Gründen großen Wert darauf, daß die vorliegenden Mißverständnisse mit dem Ziel meiner Rehabilitation ausgeräumt werden.


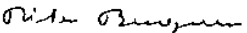
Ich erbitte und beantrage diese Möglichkeit der Klarstellung und die Weiterführung des Promotionsverfahrens.

Für den Fall, daß Sie meinem Antrag nicht stattgeben können, bitte ich höflich um schriftliche Mitteilung der genauen Gründe und der mir zur Verfügung stehenden Rechtsmittel.

Ihrer Magnifizenz ergebener



4. Antwort des Rektors der Martin-Luther-Universität

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG			
DER REKTOR			
			
Martin-Luther-Universität 401 Halle			
Herrn			
Klaus Herold			
402 Halle/Saale			
Güthenstrasse 21			
L			
Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	401 Halle (Saale) Universitätsplatz 10
Betreff		Dr. St./Go.	31.3.1978
Sehr geehrter Herr Herold !			
<p>Sie wandten sich mit Schreiben vom 14.1.1978 an mich mit einer Eingabe, die die zeitweilige Aussetzung des Termins Ihrer Promotionsverteidigung durch die Sektion Theologie betraf. Mit Schreiben vom 25.1.1978 hatte ich Ihnen einen Zwischenbescheid über den Stand der Bearbeitung zukommen lassen. Ich habe veranlaßt, daß mein Stellvertreter im Amt, der 1. Prorektor Prof. Dr. Schuh, mit Ihnen und dem Herrn Dekan und Direktor der Sektion Theologie, Prof. Dr. Wallis, ein Gespräch dazu führt. Ich wurde darüber informiert, daß dieses Gespräch am 29.3.1978 stattgefunden hat und dabei Ihr Anliegen auf der Grundlage der gültigen Promotionsordnung behandelt worden ist. Dabei sind Möglichkeiten und Schritte aufgezeigt worden, die der Lösung Ihres Problems dienlich sein können. Ich hoffe, damit zur Klärung Ihrer Angelegenheit beigetragen zu haben.</p>			
Mit vorzüglicher Hochachtung			
			
Prof. Dr. D. Bergner			

Dokument 56 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

5. Bericht an den Dekan der Fakultät

den 2. April 1978

Sr. Spektabilität
dem Dekan der Theologischen Fakultät
der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Herrn Professor Dr. Dr. Gerhard Wallis
402 Halle/Saale
Universitätsplatz 8/9

Aussprache über meine Eingabe vom 14.1.1978 wegen der Entscheidung über die zeitweilige Aussetzung der Verteidigung meiner Dissertation

Spektabilität!

In Bearbeitung meiner Eingabe vom 14.1.1978 mit dem Antrag auf Weiterführung meines am 2.12.1977 eröffneten Promotionsverfahrens fand am 29.3.1978 mit Herrn Prorektor Professor Dr. sc. phil. Schuh in seinem Amtszimmer eine Aussprache statt. An diesem Gespräch nahmen außerdem Herr Sektionsdirektor Professor Dr. Dr. Wallis, der Persönliche Referent des Herrn Prorektors, Herr Dr. Kranz, und der Unterzeichnete teil. Wesentlicher Inhalt der Unterredung waren ergänzende Fragen zu dem von mir schriftlich eingereichten Lebenslauf, die sich insbesondere auf meine Haltung zu unserem sozialistischen Staat bezogen. Abschließend wurde ich aufgefordert, Ihnen, Herr Sektionsdirektor, eine kurze Zusammenfassung meiner Ausführungen schriftlich nachzureichen.

In meiner 24jährigen Tätigkeit als katholischer Amtsträger habe ich in wachsendem Maße das zu erkennen und zu praktizieren versucht, was Herr Bischof D. Dr. Schönherr anlässlich der Begegnung mit dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, am 6.3.1978 so umrissen hat, daß Kirche in der DDR als „Kirche im Sozialismus“ zu sehen ist, „die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung das Glaubens finden und bemüht sind, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen“.

Diesen Verstehenshorizont markieren in meinem Lebenslauf zwei Eckdaten:

1. Auf Grund meiner persönlichen Entscheidung bin ich im Frühjahr 1952 aus der BRD in die DDR übersiedelt, um die seelsorgerliche Tätigkeit in einer der bis dahin kirchlich nur provisorisch betreuten, aber nicht beheimateten Umsiedlergemeinden zu übernehmen.

2. Auch meine 1972 begonnene und 1977 vorgelegte Dissertation verfolgte reflektorisch die Absicht, aus den Erfahrungen ferner und jüngster kirchlicher Vergangenheit in diesem Lande zu einem Verständnis von Kirche im Sozialismus unter dem besonderen Aspekt des Nebeneinanders der verschiedenen christlichen Konfessionen in einer sie verbindenden Oekumene beizutragen. Aus dieser Absicht habe ich meine wissenschaftliche Arbeit bewußt an der Theologischen Fakultät der Universität meiner Geburtsstadt eingereicht und habe die mir angebotene Möglichkeit der Promotion an einer ausländischen Universität bzw. am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt nicht wahrgenommen.

Alle in dem o. g. Gespräch aufgeführten Beispiele sollten dem Ziel dienen, meine christliche Grundeinstellung und mein staatsbürgerliches Verhalten in ihrer wechselseitigen Bedingtheit zu verdeutlichen.

In der Hoffnung, daß mit der Unterredung vom 29.3.1978 und mit dieser meiner Erklärung die zusätzlich gewünschten Voraussetzungen erfüllt wurden und nunmehr endgültig von Ihnen der Termin für die Verteidigung meiner Dissertation festgelegt werden kann

verbleibe ich Ihr ergebener
Herold

6. Schreiben des Stadtkreisverbandes der CDU

Christlich-Demokratische Union
D e u t s c h l a n d s
Stadtkreisverband Halle - Ost

Halle, den 12.7.1978

Nationale Front der DDR
Stadtkreisverband Halle - Ost
Arbeitsgruppe "Christliche Kreise"

Betrifft: Einschätzung der gesellschaftspolitischen Tätigkeit
von Herrn Pfarrer Claus Herold,
Heilig-Kreuz-Gemeinde in Halle

Pfarrer Herold wird von unserer Arbeitsgruppe von Zeit zu Zeit zu politischen Gesprächen eingeladen. Er ist unseren Einladungen stets gefolgt und erwies sich als aufgeschlossener, politisch interessierter Gesprächspartner, der den Entwicklungstendenzen des Sozialismus zustimmt. Er interessiert sich für die Zusammenarbeit von Christen und Marxisten und sucht nach Wegen der Standortfindung der Kirchen im Sozialismus. Im kommunalen Bereich trägt er zur Verwirklichung des Wettbewerbsauftrages der Nationalen Front "Schöner unser Halle-mach mit" bei, indem er Arbeitseinsätze organisiert und für Ordnung und Sauberkeit im Bereich des von ihm verwalteten kirchlichen Grundstückes sorgt.

Darüber hinaus hat Pfarrer Herold guten Kontakt zu Mitgliedern der CDU und nimmt auch dort an repräsentativen Veranstaltungen teil. Von seiten seiner Amtsbrüder wird ihm nicht immer das notwendige Verständnis für seine guten Kontakte mit Vertretern der demokratischen Öffentlichkeit entgegengebracht.

James
Dr. James
Vorsitzender der
AG "Christliche Kreise"

Teichert
Teichert
Sekretär der CDU

7. Maßnahmeplan vom 30.5.1978

HEROLD, Claus

2.1.1 Durch enges Zusammenwirken mit dem Ref. XX/3 ist zu gewährleisten, daß durch die MLU Halle die Entscheidung zur Einstellung des Promotionsverfahrens des H. aufrecht erhalten und als endgültige Entscheidung dokumentiert wird.

Termin: 30.05.1978

verantw.: Hptm. Schulze
Hptm. Wertke *

8. Bischof Braun zu Pfarrer Herold beim Abendessen in „St. Sebastian“

(Veranstaltung zu 100 Jahre Propstei Magdeburg. Nach dem Essen im Weskamm-Haus am 15.10.1978)

- „Was kann ich denn noch für dich tun?“

Von Berlin ist nichts dagegen unternommen worden! Auch von Paderborn gewiß nicht (Es könnte da ja evtl. Post mitgelesen sein - was aber nicht zu beweisen ist.)

Wenn von staatlichen Stellen gegen dich oder die Sache Bedenken bestünden, dann hätte man das doch einmal in unseren Gesprächen erwähnen müssen. Da gab es keine Einwände!

Wer kann dann etwas dagegen haben?

Was willst du jetzt unternehmen?

*Du mußt alles an Ort und Stelle selbst in die Hand nehmen: Beschwerdeweg, Staatsratseingabe“ ***

* BStU, Ast. Halle, AOP 3795/96 Auszug

** Archiv Claus Herold, Halle/S.

9. Die Bezirksleitung der SED erfindet eine neue Strategie

Bezirksleitung der SED Halle (Saale)		Hausmitteilung		058
bt	E. Gerngroß	an	Genossen Werner Felfel 1. Sekretär der BL	Datum 8. 11. 1978 Zeichen Ge/ab

Werner Genosse Werner Felfel

Der 1. Prorektor der Martin-Luther-Universität, Genosse Prof. Schulze, informierte mich über eine telefonische Mitteilung des Direktors der Sektion Theologie, Professor Wallis.

Professor Wallis verwies unter anderem darauf, daß er eine Verleumdungsklage des Bischofs der katholischen Kirche Magdeburg gegen den Vorsitzenden des Bezirksvorstandes Halle der CDU, Konitzer, nicht für ausgeschlossen halte, da Konitzer im Zusammenhang mit dem Promotionsverfahren des katholischen Pfarrers Herold aus Halle dem Bischof Braun Aussagen unterstellt habe, die dieser strikt zurückweist. Freund Konitzer habe vor Hochschullehrern und Mitarbeitern der Sektion Theologie zum Ausdruck gebracht, daß Bischof Braun die vorgesehene Promotion Herolds aus konfessionellen Gründen als einen unfreundlichen Akt der MLU gegenüber der katholischen Kirche bezeichnet habe.

Der Termin des Promotionsverfahrens Herold wurde auf Anraten der staatlichen Leitung durch die Leitung der Sektion Theologie zeitweilig ausgesetzt. Herold ist Mitbegründer und geistiger Initiator einer außerhalb der kirchlichen Legalität wirkenden Gruppierung katholischer Priester und Akademiker, dem sogenannten "Aktionskreis", der antisozialistisches Gedankengut verarbeitet und verbreitet.

Entsprechend der Promotionsordnung wurde durch die Sektion ein Ausweis erbrachter gesellschaftlicher Aktivität Herolds im Sinne des Verfahrens eingeholt.

Nach Vorlage der Voten und Prüfung wird diesem Promotionsverfahren stattgegeben.

Gerngroß

Dokument 58 (Landesarchiv Merseburg, Bestand SED-Bezirksleitung Halle, IV/D-2/3/, Nr. 229, Bl. 58)

10. Die Staatssicherheit schwenkt um

Als differenzierte Maßnahme der Zersetzung gegen den geistigen Mitinitiator der Gruppierung, Pfr. HEROLD, wurde im Januar 1978 über Schlüsselpositionen an der MLU Halle das laufende Promotionsverfahren des H. an der Sektion Theologie ausgesetzt.

Begründet wurde diese Entscheidung mit einer Promotionsunwürdigkeit des H., die sich aus seinem Engagement in der Gruppierung und weiteren Aktivitäten im Zusammenhang mit ungesetzlichen Grenzübertritten ehemaliger Mitglieder seiner Kirchengemeinde ergeben.

Diese Maßnahme konnte in dieser Form realisiert werden, da auf Grund der bestehenden Differenzen zwischen Bischof Braun und Herold keine kirchenpolitischen Auswirkungen zu erwarten waren.

Ergebnis war, daß sich Herold von der Gruppierung zurückgezogen hatte und wesentlich die Tendenz der Resignation und des Zerfalls des "AKH" beeinflusste.

H. war vornehmlich aus Gründen des Prestige um die Beendigung seiner Promotion bemüht, suchte nachfolgend Unterstützung bei der CDU und exponierte sich damit gegenüber der kirchlichen Hierarchie, die mit ihrem sogenannten Erfurter Beseiß vom 1.7.1977 jegliche gesellschaftspolitischen Aktivitäten untersagen.

Von der CDU wurde Herold offiziell gesellschaftlich aktiv beleumundet, sodaß die MLU keine weiteren zwingenden Gründe für die Aussetzung des Promotionsverfahrens sieht, es sei denn eine strafrechtliche Abmündung der Handlungen des H., was aus kirchenpolitischen Interesse auszuschließen ist, im Interesse des öffentlichen Ansehens der MLU Halle ist somit die Beendigung des Promotionsverfahrens erforderlich.

Die politisch-operative Situation innerhalb der Gruppierung und speziell auch der Sachverhalt Herold, läßt zusammenfassend die Schlußfolgerung zu, daß weitere günstige Voraussetzungen für die Zersetzung der Gruppierung und Eliminierung ihres feindlich-negativen Charakters vorliegen. Dazu sollen folgende politisch-operativen Maßnahmekomplexe in den Mittelpunkt der politisch-operativen Bearbeitung des "Aktionskreises Halle" gestellt werden:

1. Erhöhung der Einflußnahme der im OV eingeführten IMV "Budgereit", "Herzog" und "Helmut" zur weiteren Durchsetzung der von GÜbel angestrebten Theologisierung des Wirkens des "AKH". Damit wird zwangsläufig die Ausstrahlungskraft der Gruppierung im kirchlichen Raum sowie auf gesellschaftliche Bereiche eingeschränkt und der feindlich-negative Charakter weiter elementiert.

2. Forcierung der politisch-operativen Bearbeitung des unter OPK stehenden katholischen Geistlichen FEIX, Harald, besonders hinsichtlich der Realisierung wirksamer Maßnahmen der Zersetzung zur Zurückdrängung der feindlich-negativen Einflußnahme auf das Wirken der Gruppierung. Dazu ist ein enges Zusammenwirken mit der KD Bitterfeld vorgesehen.

3. Das Promotionsverfahren HEROLD soll so beendet werden, daß ein höchstmöglicher politisch-operativer Nutzen, bei Wahrung des öffentlichen Ansehens der MLU, erreicht wird.

Als Lösungsvarianten bieten sich an:

- Nutzung der Situation zur Kontaktaufnahme zum Herold und Gewinnung für eine perspektivische inoffizielle Zusammenarbeit
- Durchführung des Promotionsverfahrens mit nachfolgender gesellschaftlicher Würdigung der Dissertation und des gesellschaftlichen Engagements des HEROLD in der CDU-Tageszeitung "Neue Zeit" und der Zeitschrift "Begegnung", was eine Diskriminierung seiner Person im kirchlichen Raum zur Folge haben kann.

Die Realisierung dieser operativen Maßnahmekomplexe erfolgt nach eingehender Abstimmung und im engen Zusammenwirken mit der HA XX/4.

Schulze
Hauptmann

Referatsleiter

Jonak
Major

11. Bestätigung der Absprachen der BV Halle bei der HA Berlin XX/4

Abteilung XX/4 Halle, 7. 11. 1978
jo-lei

BStU
000058

Bericht über eine geführte Absprache bei der HA XX/4

Am 3. 11. 1978 führte Unterzeichneter mit dem Gen. Bethge eine operative Absprache zum OV "Akademica". Ausgangspunkt bildete dabei die operative Information vom 10. 10. 1978 über die AKH-Tagungen vom 22. und 23. 9. 1978 und deren formulierten Schlußfolgerungen.

Durch den Gen. Bethge wurde die o.g. operative Information vom Inhalt her bestätigt und es gibt keine Widersprüche. Von der inhaltlichen Gestaltung des zu erarbeitenden Sachstandsberichtes schlug die Hauptabteilung vor, daß man das Ausscheiden der Person Garstecki sowie die Versetzung des kathol. Rates Schäfer nach Elbingerode als Zersetzungsmaßnahmen in den Sachstandsbericht mit verarbeiten sollte.

Zum gegenwärtigen Auftreten der Person Göbel im AKH schätzte die HA ein, daß es auch hier keine Widersprüche zu den erarbeiteten operativen Informationen der HA Halle, Abt. XX/4 gibt. Aus vorliegenden Informationen der HA kann geschlußfolgert werden, daß Göbel versucht ein Zentrum in Berlin aufzubauen in der Art eines "Pax Christi" um als geistlicher Berater zu fungieren und die Fäden zu den anderen Gruppen bzw. Gruppierungen innerhalb der DDR zusammenzuhalten.

Desweiteren konnte durch die HA erarbeitet werden, daß G. weder politisch noch theologisch wirksam wird, sondern stärker seine Tätigkeit auf die Arbeit der Theologen ausrichtet. Dabei wurde das Beispiel angeführt "Priester im Amt". Z.B. wie lebt der Priester, wie arbeitet er, welche Verhaltensweisen hat er u.a.m.

Nach Meinung der HA wird es keine antisozialistischen Tendenzen im AKH geben, wenn Göbel die Führung des AKH übernimmt bzw. übernehmen sollte.

Es wurde der Vorschlag unterbreitet, daß man durch die IM-Basis die Linie des Göbel unterstützen sollte, jedoch antisozialistische Tendenzen zurückdrängen und unwirksam machen.

Gen. Bethge machte darüber hinaus den Vorschlag, daß die HA in der Lage ist, gegen Göbel und Garstecki bestimmte Desinformationen als Zersetzungsmaßnahmen zu verbreiten. Dies wäre auch möglich über inoffizielle Mitarbeiter. Zu klären wäre jedoch die Frage, welche Rolle spielt Garstecki gegenwärtig noch im AKH.

Die in der Einschätzung der BV Halle, Abt. XX/4 vom 10.10.1978 vorgeschlagenen Maßnahmenkomplexe wurden von der HA befürwortet.

Dokument 60 (BStU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 5, Bl. 58, 59)

zum Promotionsverfahren Herolds wurde nach eigenebender Beratung mit dem Gen. Bethge die vorgeschlagene Lösungsvariante 2 als zweckmäßig angesehen, d.h. Durchführung des Promotionsverfahrens mit nachfolgender gesellschaftlicher Würdigung der Dissertation in der Zeitschrift "Begegnung" bzw. in der Tageszeitung "Neue Zeit".


Eine Kontaktierung des Herold wurde zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt, da einmal Rückschlüsse zum Vorgehen bzw. Mittel und Methoden des MfS erkennbar werden könnten und zum anderen kein operativer Anlaß für Kontaktaufnahme vorhanden ist.

Durch die HA XX/4 wird die Arbeitsgruppe Kirchenfrage beim ZK der SED über das Vorgehen betriefts der Person Herold informiert.

KOPIE BStU
Jonak
Major

12. Einladung der MLU Halle-Wittenberg zur öffentlichen Verteidigung meiner Dissertation und zur Überreichung der Promotionsurkunde

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG
Sektion Theologie
Der Direktor



Martin-Luther-Universität, 401 Halle

Herrn Pfarrer
Dr. Claus Herold
402 Halle (Saale)
Güthenstr. 21

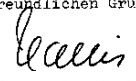
Ihre Zeichen: Ihre Nachricht vom: Unsere Zeichen: 401 Halle (Saale),
Güthenstr. 21
8.1.1979

Betreff: Promotion A

Sehr geehrter Herr Doktor!

Hiermit möchte ich Sie bitten, am Donnerstag, dem 25. Januar 1979, 9.00 Uhr, zur Überreichung Ihrer Promotionsurkunde vor dem Rat der Sektion Theologie im Professorenzimmer zu erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen


Prof. Dr. Dr. G. Wallis
Sektionsdirektor

Fernschreiber: Fernschreiber: Industrie- und Handelsbank Halle Sektorennummer:
0430 und hal. 04 832 849 291 - 25 - 127012 9428 00 0
Fernschreiber: Magdeburg 12209

17/10/78 29 0 090/1272 10 364

Dokument 61 (Archiv
Claus Herold, Halle/S.)

Halle, den 17.11.1978

Einladung

Im Rahmen eines Verfahrens nach der Promotionsordnung A
findet am Freitag, dem 1. Dezember 1978 die öffentliche
Verteidigung der Dissertation

"Die katholische Kirche in und um Halle im 18. und
in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts"
durch den Doktoranden, Herrn Pfarrer Claus Herold -
Halle, statt.

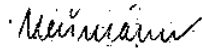
Ort: Universitätsplatz 8/9, Melanchthonianum, Hörsaal 19
Zeit: 14 h u.t.

Dazu lädt ein
Der Dekan der Fakultät für Theologie
Prof. Dr. Dr. G. Wallis

Anlage: Thesen

Ein Exemplar der Dissertation liegt in der Bibliothek der
Sektion Theologie, Universitätsplatz 8/9, Untergeschoß,
bis zum 1.12.78 zur Einsichtnahme aus.

f. d. R.


Sekretärin

Kapitel 10

Eine Fotomontage als „gezielte Zersetzungsmaßnahme“

Nach Mißlingen der kombinierten, operativen Maßnahme des MfS zur „Aussetzung und Verhinderung“ meiner Promotion an der Theologischen Fakultät der MLU Halle kam das um meine „Liquidierung“ im Sprecherkreis des AKH und als deren Voraussetzung meine Entfernung aus dem Hallenser Pfarramt und Pfarrhaus bemühte MfS auf eine nicht neue, aber immer mit Erfolg erreichte, Zersetzungsmaßnahme.

In der Richtlinie 1/76 zur „Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)“ hatte Generaloberst Mielke unter 2.6.2 der „geheimen Verschlußsache“ formuliert:

2.6.2. Formen, Mittel und Methoden der Zersetzung

Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:

- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;
- systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;
- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der eigenen Perspektive;
- Erzeugung von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen; (...)

Bewährte Mittel und Methoden der Zersetzung sind: (...)

- die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe usw.; kompromittierender Fotos, z.B. von stattgefundenen oder vorgetauschten Begegnungen;
- die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation; (...)

Diese Mittel und Methoden sind (...) schöpferisch und differenziert anzuwenden, auszubauen und weiterzuentwickeln. (...) *

* Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt: "Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)"

Was noch im Falle des Merseburger Pfarrers Adolf Brockhoff zu dem vom MfS gewünschten Ergebnis geführt hatte, durch Foto-Serien und Gerüchte-Bildungen in der Gemeinde seinen Zölibatsbruch beim Bischof zu denunzieren, sollte jetzt in meinem Falle wiederholt werden.

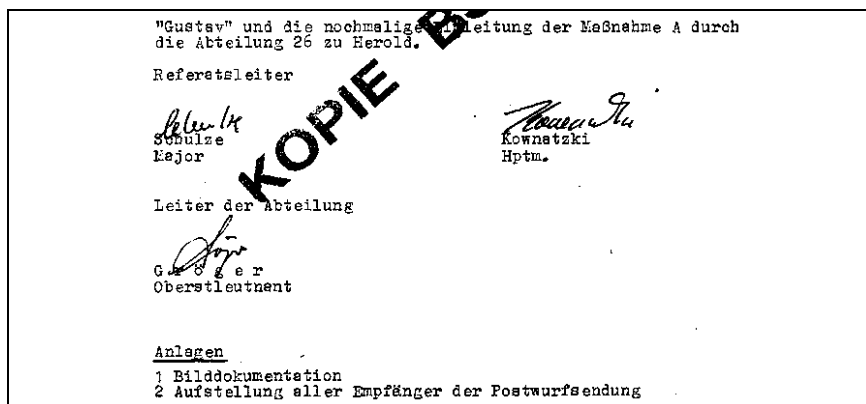
Hier genügt, meine ich, auszugsweise die entsprechende Dokumentation aus meiner Akte.

Dem Blatt 287 sind in der Akte beigelegt Original-Fotos eines Filmes, der in unserer Gemeinde anlässlich einer Faschingsfeier von einem IM („Notnagel“) aufgenommen wurde. Die Stasi verwendete von diesem Film etwa ein Dutzend Fotos, auf denen der Pfarrer und Frauen der Gemeinde zu sehen waren und „montierte“ anrühige Situationen. Auf S. 131 kann der Leser zwei der plumpen Collagen mit Pin-up-Girls vergleichen.

Abteilung XX/4	Halle, 23. Juni 1982
	bestätigt: Stellvertreter Operativ
	Schöppe Oberstleutnant
Vorschlag zur Durchführung offensiver Zersetzungsmaßnahmen am OV "Akademie", Reg.-Nr. 757/75	
Ausgehend vom gegenwärtigen Bearbeitungsstand der feindlich- negativen Gruppierung katholischer Geistlicher und Akademiker (AKH) wird vorgeschlagen, gegen den katholischen Geistlichen	
Pfarrer Dr. Herold, Claus 23. 10. 1925 in Halle Halle, Güthenstr. Pfarrer in der Gemeinde "Heilig Kreuz" Halle	
gezielte Zersetzungsmaßnahmen durchzuführen. Pfarrer Dr. Herold gehört zu den Mitbegründern des AKH (Aktionskreis Halle). Er ist Mitglied des Leitungsgremiums des AKH und stellt die Räumlichkeiten der Kirchengemeinde "Heilig Kreuz" für Tagungen des AKH zur Verfügung. Im Prozeß der operativen Bearbeitung des OV "Akademie" wurde inoffiziell herausgearbeitet, daß Pfarrer Dr. Herold	

Herold soll
Die Zielstellung der Zersetzungsmaßnahme besteht darin:
- Pfarrer Herold in seiner Kirchengemeinde unter den katholischen Geistlichen zu diskreditieren, um ihn damit zu isolieren
- Bischof Braun zu disziplinieren, die Maßnahmen gegen Herold zu veranlassen, mit eventueller Zersetzung des Herold, wo- mit die Räumlichkeiten für den AKH in Halle und das weitere Mitwirken im Leitungsgremium in Frage gestellt ist.
Aus vorhandenen Bilddokumenten einer Faschingsfeier in den Räumen der Kirchengemeinde "Heilig Kreuz" auf denen Herold und Frau abgebildet sind, wurde eine Fotomontage gefertigt. Die vorhandenen Bilddokumente von der Faschings- feier, waren allen Beteiligten zugänglich, so daß ein großer Personenkreis als Hersteller der Fotomontage in Betracht kommen kann.
Diese Fotomontagen werden an folgenden Personenkreis gesandt
1. Pfarrer Herold, Claus

4. alle kathl. Geistl. der Stadt Halle
5. Bischof Braun und Hubrich
6. alle Personen, die zum alten Kern der Gemeinde "Heilig Kreuz" gehören
(exakte Personensangabe siehe Anlage).
Durch den gezielten Versand der Fotomontagen vor allem an Ältere Mitglieder der Kirchengemeinde "Heilig Kreuz" sowie an den Vorgänger des Pfarrers Herold
Wortmann, Friedhelm 4300 Essen, Fischerstr. 8
sollen die bereits bestehenden Spannungen zwischen diesem Personenkreis und Herold weiter forciert und politisch- operativ genutzt werden.
Zur Feststellung und Kontrolle der Reaktion aller Beteilig- ten auf die eingeleiteten politisch-operativen Maßnahmen er- folgt der zielgerichtete Einsatz der IMB "Budgereit" und "Dr. Herzog", des IMS "Thomas Meinhard", des IM-Kandidaten



Abschließende Bemerkungen zur „Reaktion“ auf die Verbreitung und Wirkung dieser Postwurfsendung: Erste Adressaten der Fotocollagen waren mein vorgesetzter „Dienstherr“ Bischof Braun und sein Generalvikar Weihbischof Hubrich in Magdeburg. Bischof Braun hat den „anonymen Brief“ mit den denunzierenden Fotos nach Kenntnisnahme zerrissen und in den Papierkorb geworfen.

Da ich zur fraglichen Zeit in Halle stationär in der 1. Medizinischen Klinik der MLU auf eine By-paß-Operation vorbereitet wurde, sah Johannes Braun sich veranlaßt, mich am folgenden Tag, an dem auch ich an meine Wohnadresse in die Gütchenstraße das Pamphlet erhalten hatte, zu besuchen. Er seinerseits erwähnte mit keinem Wort diesen „Schuß unter die Gürtellinie“. Auch Generalvikar Theo Hubrich sprach nie mit mir über die Brief-Affaire.

Daß Bischof Braun die Stasi-Post vernichtet hat, darüber äußerte er sich gegenüber IM „Gustav“, dem damaligen Propst von Halle und bischöflichen Gesprächsbeauftragten zum MfS-Bezirk Halle und ließ die Empörung und seinen Verdacht, wer hinter solchen Machenschaften stünde, überbringen. IM „Gustav“ hat diese Reaktion der Magdeburger Kirchenleitung seinem damaligen Führungsoffizier Kownatzki ausgerichtet. Der Dekanats-Klerus von Halle hat mir gegenüber weder hörbar, noch sichtbar reagiert; möglicherweise bedingt durch meinen wochenlangen Aufenthalt in der Klinik. Aus der Gemeinde kam keine einzige Stellungnahme. Vielleicht aus ähnlichen Gründen.

Da unser Telefon abgehört wurde, - Maßnahme A - habe ich später auf dieser Leitung wie üblich auch mit meinem Vorgänger, Friedhelm Wortmann in Essen, diese ärgerliche Angelegenheit besprochen. Seine und meine „Reaktionen“ ließen wir auf diese Weise „Firma Horch und Guck“ auf dem direkten Wege wissen.



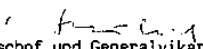
Dokumente 64-67

- links: Originalfotos von Gemeinde-Fastnacht 1978 in Heilig Kreuz (Quelle: BStU, AIM 109/77 "Notnagel", II, Band 1)
- rechts: Collagen (Quelle: BStU, Ast. Halle, AOP 3795/86, Band 1, Bl. 289, 290)

Kapitel 11

Gottesdienst „Fasten für den Frieden“ mit dem Hallenser Frauenkreis

1. Brief über den katholisch-kirchlich unerwünschten Frauenkreis

<p>Bischöfliches Amt MAGDEBURG</p> <p>Tgb.-Nr.: A 127-83 Bei Antwort wird um Angabe dieser Geschäftsnummer gebeten.</p> <p>Herrn Dechant Kania</p> <p>4020 Halle-Saale Mauerstr. 6-10</p> <p>Lieber Herr Dechant!</p> <p>Im Bereich Halle gibt es ja den ökumenischen Frauenkreis, wie Ihnen ja sicher mehr oder minder erfreut bekannt sein wird. Auch der Bischof wurde ja bei seiner Firmung in Hohenthurm mit diesem Problem etwas konfrontiert.</p> <p>Nun hat ja wohl Herr Pfarrer Reuß diesen Kreis in seinen Räumen nicht mehr aufgenommen, dafür tagt diese Gruppe jetzt in Hl. Kreuz. Dies ist sicher ein etwas schwieriges Problem, ich halte es aber doch für bedenklich, wenn ein Mitbruder einer solchen Gruppierung seine Räume nicht zur Verfügung stellt, und wenn dann der andere es tut. Wäre es möglich, daß Sie bei passender Gelegenheit mit Pfarrer Dr. Heß einmal darüber sprechen könnten und zwar im Hinblick auf die Brüderlichkeit. Es gibt natürlich auch andere Gründe, die ich aber zunächst einmal hier beiseite lassen möchte.</p> <p>Vielleicht ergibt sich auch einmal eine Gelegenheit, daß wir über diese Frage sprechen, sie hat sicher ein größeres Gewicht als es die Zahl der Mitglieder ausdrückt.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen  Weihbischof und Generalvikar</p>	<p>3010 Magdeburg, den 19.05.1983 Max-Josef-Metzger-Str. 1 Fernsprecher Nr. 33991</p>
--	---

Dokument 68 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

2. Der Fastenbrief und die Einladung zum Fastengottesdienst

Halle, im Dezember 1983

FASTENBRIEF

Voller Betroffenheit haben wir das Ergebnis der Bundestagsdebatte zur Raketenstationierung zur Kenntnis genommen. Wenig später wurden die Verhandlungen in Genf abgebrochen. Erste Teile von Pershing II und Cruise Missiles sind inzwischen in Europa eingetroffen. Juri Andropow hat in seiner Erwiderung keinen Zweifel daran gelassen, daß die Stationierung von atomaren Kurzstreckenraketen in unserem Land und auf dem Boden der CSSR nunmehr beschleunigt wird.

Die Regierungen haben noch immer nicht begriffen, daß eine Erhöhung des ohnehin unvorstellbar großen Atomwaffenpotentials uns der Selbstzerstörung unweigerlich näher bringen muß. Ost und West zusammen haben schon jetzt die Möglichkeit, 1,6 millionenmal Hiroshima zu fabrizieren.

Wir haben das Vertrauen in die „politische Vernunft“ verloren. Enttäuschung und Resignation ergreift uns angesichts der wahnwitzigen Idee, mit noch mehr Waffen Frieden erhalten zu wollen. Es ist bedrückend, daß gegen den Willen von Millionen von Menschen unser Leben und das Leben unserer Kinder leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird.

Wir fragen uns, wie wir in unserem Friedenszeugnis glaubwürdig bleiben können.

Wir hungern nach Abrüstung - dieser Hunger ist nicht gestillt.

Am 6. August haben wir gemeinsam für das Leben gefastet. Dabei haben wir eine Gemeinschaft erfahren, die Frieden praktizierte, und die offen war, neue Wege der Verständigung zu lernen. Das hat uns ermutigt, erneut zum Fasten aufzurufen.

Der zeitweilige Verzicht auf Nahrung hat uns den Zusammenhang von Militarisierung und Hunger in der Welt noch bewußter gemacht. Während wir uns überlegen, welchen Braten wir zu Weihnachten „in die Pfanne hauen“, verhungert alle zwei Sekunden ein Kind. Dabei werden täglich nahezu zwei Milliarden (2 000 000 000) US-Dollar in aller Welt für die Rüstung ausgegeben.

Im Juni tagte in Belgrad UNCTAD VI (United Nations Conference on Trade and Development), das maßgebliche Forum für den wirtschaftlichen Nord-Süd-Dialog. 127 Länder der „Dritten Welt“ kamen mit großen Erwartungen zu dieser Konferenz. Es sollte unter anderem ein Abkommen über die Stabilisierung von Rohstoffpreisen abgeschlossen werden, das den Entwicklungsländern gerechte Einnahmen für ihre Rohstoffexporte gebracht hätte. Zudem hofften die

ärmsten Länder der Welt auf eine Steigerung der Entwicklungshilfe durch die Industrieländer. Schon lange hatte UNCTAD 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts eines Industrielandes als Zielgröße für die öffentliche Entwicklungshilfe vorgeschlagen. Aber in keinem Punkt wurde in Belgrad Einigung erzielt.

Die USA und die sozialistische Staatengemeinschaft weigerten sich, dem geplanten Rohstoffabkommen beizutreten.

Von den reichen Nationen der Erde leisten augenblicklich nur Niederlande, Norwegen, Schweden und Dänemark Entwicklungshilfe in Höhe der angegebenen Zielgröße von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts!

Neuseeland, die USA und die sozialistische Staatengemeinschaft lehnen das 0,7 - Prozentziel ab.

Das Geld, das den armen Ländern vorenthalten wird, braucht man, um sich gegenseitig zu bedrohen - im Dienst des Friedens!

Wie kann Frieden sein, ohne Gerechtigkeit?

Wenn wir f a s t e n, weil wir vor der nuklearen Katastrophe Angst haben, so wollen wir diesen Zusammenhang auch symbolisch deutlich machen.

„Für Gläubige ist das Fasten ein Weg zu Gott. Für diejenigen, die durch moralische und ethische Prinzipien bewegt sind, ist das Fasten eine sehr tiefe Art, ihre Überzeugungen auszusprechen. Für uns ist das Fasten ein Ausdruck unserer totalen Machtlosigkeit, wodurch die Macht des Geistes freigesetzt wird. Deshalb muß das Fasten im Geist der Wahrheit geschehen und muß selbstlose Aufgabe sein. Unser Fasten ist ein Gebet, ein Schrei für die Kinder, um die Heiligkeit des Lebens zu bekräftigen.“

Wir rufen Euch auf, am 17. Dezember den ganzen Tag zu fasten. Jeder kann es zunächst für sich allein zu Hause tun. Am Abend wollen wir dann von 20.00 Uhr bis 24.00 Uhr in der

Heilig - Kreuz - Kirche, Güthenstraße 21
gemeinsam fasten.

(Es versteht sich sicher von selbst, daß zum Fasten Zigaretten und Alkohol nicht passen.)

In der Hoffnung, daß das Fasten uns in der Liebe zueinander und unserer bedrohten Welt näher bringt, grüßen wir Euch herzlich

Frauen für den Frieden
(Christlicher Arbeitskreis Halle)

(Nur f. kirchl. Gebr. 245-16/2-91283-1000) *

* Archiv Claus Herold, Halle/S.

3. Die Ordnungsstrafverfügung

VP-Amt Saalkreis	Halle	den 05. März 1983
Ordnungsstrafverfügung		
Katholische Kirchengemeinde Zum Heiligen Kreuz 4020 Halle/Saale Güthenstraße 21	329/ 01032 Der Betreffende ist BDVP Finanzen 1 402 Ha ... PSA Magdeburg Kto. 7599 - 57 - 12241 Kontoführendes Kreditinstitut u. Konto-Nr.	
Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle 402 Halle - DER CHEF -	geb. am 01.06.1944 PA-Nr. J 1364380	
Sie haben am 17.12.1983 eine Ordnungswidrigkeit begangen, indem Sie in der Zeit von 20.00 bis 24.00 Uhr in Halle/S., Güthenstraße 21, die Tätigkeit einer nicht staatlich anerkannten Vereinigung unterstützten bzw. organisierten.		
2 Abs. 1 der Verordnung über Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen vom 06.11.75 (GBI. I Nr. 44 S. 723)		
Es wird daher gegen Sie als Ordnungsstrafmaßnahme gem. § 16 Abs. 1 Buchst. a der o.g. VO		
ein ausgesprochen*)		
eine Ordnungsstrafe von 300,- Mark (in Worten) dreihundert Mark festgesetzt*)		
sowie verfügt.*)		
Begründung: Durch Ihre Handlungsweise verletzen Sie vorsätzlich die staatliche Ordnung, so daß sich der Ausspruch dieser Ordnungsstrafe notwendig macht.		
Zu den Ordnungsstrafmaßnahmen treten noch -,85 Mark Auslagen. Zustellgebühr		
Der Gesamtbetrag von 300,85 Mark		
ist innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung dieser Ordnungsstrafverfügung auf das o. g. Konto unter Angabe der Nummer der Ordnungsstrafverfügung zu überweisen.**		
Die anderen Ordnungsstrafmaßnahmen sind bis zu erfüllen.*		
Gegen diese Ordnungsstrafverfügung können Sie innerhalb von zwei Wochen Beschwerde bei der obigen Dienststelle einlegen. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen und zu begründen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.		
Die Beschwerde hat - - - aufschiebende Wirkung.		
Wird innerhalb der gesetzten Frist bei der Dienststelle dieser Ordnungsstrafverfügung nicht nachgekommen, erfolgt die Beitreibung der Gesamtsumme bzw. die Durchsetzung der anderen Ordnungsstrafmaßnahmen.		
Leiter der Dienststelle Unterschrift/Dienststellung		
*) Nichtzutreffendes streichen. **) Die Angaben im gerahmten Feld sind bei Einsparungen sowie bei Anträgen und Beschwerden unbedingt anzugeben.		
17.12.83 13.12.83		

Dokument 69 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

4. Der Widerspruch durch den zuständigen Pfarrer von Heilig-Kreuz

10.3.1984

An das VPKA Saalkreis
Dreyhauptstr. 2
4020 Halle

Betr.: Ordnungsstrafverfügung 329/01032 vom 5.3.1984

gegen Frau Luise Kinzel, 4101 Brachstedt, Am Westergarten 5

Bezug: „ Sie haben am 17.12.1983 eine Ordnungswidrigkeit begangen, indem Sie in der Zeit von 20.00 bis 24.00 Uhr in Halle/S., Gütchenstraße 21, die Tätigkeit einer nicht staatlich anerkannten Vereinigung unterstützten bzw. organisierten.“

Die Ärztin Frau Luise Kinzel (wie auch die evgl. Theologiestudentin Frau Günter, Halle, aufgrund der Ordnungsstrafverfügung durch das VPKA Halle) haben mich als den für den o. g. Fasten-Gottesdienst in der Heilig-Kreuz-Kirche zuständigen Pfarrer von Ihrem Bescheid in Kenntnis gesetzt.

Ich habe Ihre Verfügung unserem Bischof in Magdeburg bzw. seines Generalvikar, Weihbischof Theodor Hubrich, zur Information weitergereicht.

Das Bischöfliche Amt Magdeburg hat mich daraufhin zu nachstehender Richtigstellung veranlaßt.

1. Der Ihrer Ordnungsstrafverfügung unterstellte Sachverhalt „Tätigkeit einer nicht staatlich anerkannten Vereinigung“ wird von unserer Seite als nicht gegeben angesehen.

§ 24, Absatz 3 der von Ihnen zitierten VO.

Am Ende eines adventlichen Fasttages sollten am 17.12.1983 von 20.00 bis 23.30 Uhr in unserer Pfarr-kirch e G o t t e s d i e n s t - Gebetsstunden gehalten werden.

2. Zu einem Fasten den ganzen Tag über und zum abschließenden Abendgottendienst wurde durch einen in allen evangelischen, auch katholischen Gemeinden veröffentlichten Brief eingeladen.

Diese für innerkirchlichen Gebrauch bestimmte Vermeldung (245-16/2-91283-1000) wurde, wie Ihnen bekannt ist, im Büro der evgl. Superintendentur Halle vervielfältigt.

3. Ursprünglich sollten die Gebetsstunden in der zentralen Marktkirche gehalten werden. Weil dort aber wegen der Aufführung des Weihnachts-Oratoriums im Altarraum die großen Sänger-Podeste aufgebaut waren, wurden wir wegen unserer kleinen, beheizten Kirche um Gastbereitschaft gebeten.

4. Da ich selbst - als für alle Gottesdienste in „Heilig-Kreuz“ (das ist nicht das Gemeindehaus „Gütchenstraße 21“) zuständiger Pfarrer aufgrund meiner Operation vom 4.12.83, liturgisch nicht tätig und auch nicht anwesend sein konnte, bat ich meinen Vertreter, den katholischen Pfarrer Heinrich Pera, und dann den evangelischen Pfarrer, Superintendent Helmut Hartmann, darum, diesen oekumenischen Gottesdienst zu begleiten. Das ist so geschehen. (Auch andere Pfarrer haben an der Fürbitte teilgenommen.)

5. Nach unserer Verfassung sind Gottesdienste nicht genehmigungs- und in Kirchen nicht anmeldepflichtig. Auch nicht die liturgischen Programme oder Zeremonien, die sich auf meinen ausdrücklichen Wunsch, weil in einer katholischen Kirche, ganz im Rahmen der bischöflichen Rechtsvorschriften für katholische Wortgottesdienste gehalten haben.

Deshalb geht es in Ihrer Angelegenheit nicht um die Frage der „staatlichen Anerkennung einer Vereinigung“ sondern um die verfassungsmäßige, geschützte freie Religionsausübung.

Art. 20 und Art. 29 der Verfassung der DDR.

6. Es ist uns darum nicht einsichtig, wieso die o. g. Frauen als Lektorinnen (Vorbeter, Vorsänger) biblischer und geistlicher Texte in einem Gottesdienst „vorsätzlich die staatliche Ordnung verletzt“ haben können und dafür bestraft werden sollen.

Das Bischöfliche Amt Magdeburg wird zu Ihrer Maßnahme wegen des Präzedenzfalles selbst auf der entsprechenden Ebene Stellung nehmen.

Als Pfarrer gebe ich weisungsgemäß Ihnen auf Kreis- bzw. Stadtebene unsere Richtigstellung des Sachverhalts zur Kenntnis mit der Bitte um Überprüfung und Rücknahme Ihrer Entscheidung, da wir die verfügbaren Ordnungsstrafen als nicht gerechtfertigt betrachten müssen.

Ich gebe diese Bitte durchschriftlich auch an den für „Heilig-Kreuz-Halle“ zuständigen und verantwortlichen Mitarbeiter beim Rat der Stadt, Abt. Innere Angelegenheiten, Herrn Manke, zur Kenntnis weiter.

Hochachtungsvoll
gez. Dr. Claus Herold, Pfarrer

DS. Rat der Stadt Halle, Abt. Innere Angelegenheiten
VPKA Halle, Abt. Veranstaltungswesen
Dekanat Halle, Dechant Manfred Kania
Evgl. Kirchenkreis Halle, Superintendent Helmut Hartmann
Bischöfl. Amt Magdeburg, Weihbischof GV Theodor Hubrich
und
Frau Luise Kinzel, Brachstedt
Frau Christine Günter, Halle *

* Archiv Claus Herold, Halle/S.

5. Die „Zurechtweisung“ durch das Bischöfliche Amt Magdeburg

**Bischöfliches Amt
MAGDEBURG**

3010 Magdeburg, den 26.03.1984
Max-Josef-Metzger-Str. 1
Fernsprecher Nr. 33991

Tgh.-Nr.:
Bei Antwort wird um Angabe
dieser Geschäftsnummer gebeten.

Herrn Pfarrer
Dr. Claus Herold

4020 Halle-Saale
Güthenstr. 21

Lieber Claus!

Du hattest mich am 10.3.1984 über Deine Eingabe an das VPKA Saalkreis informiert. Dafür danke ich Dir. Am 22.3.1984 hatte ich ein Gespräch beim Rat des Bezirkes. Es wird auch noch weiterhin mindestens ein, wenn nicht mehrere Gespräche zu diesem Thema geben.

Die staatlichen Stellen gehen davon aus, daß es sich eben um die Tätigkeit einer nicht staatlich anerkannten Vereinigung handelt, wobei die Möglichkeit, einen Gottesdienst zu halten, für diese Gruppe eben eine Stärkung bedeutet.

Wir haben uns lange über dieses Thema unterhalten und ich habe noch einmal schriftlich meine Meinung dazu dargelegt, daß diese Gruppe keine Vereinigung im Sinne des Gesetzes sein will, da sie kein Statut und keine Satzung und auch keine formelle Leitung hat und daß die Tatsache, daß eine Ordnungsstrafverfügung wegen eines Gottesdienstes ergangen ist, doch recht fragwürdig sei.

Unabhängig aber jetzt von diesem Gespräch möchte ich doch zu zwei Sätzen in Deinem Brief noch etwas sagen: Die Bemerkung: "Das Bischöfliche Amt Magdeburg hat mich daraufhin zu nachstehender Richtigstellung veranlaßt": Das scheint mir doch in dieser Form etwas gewagt. Ich habe gewiß die Tatsache, daß Du bzw. der Superintendent in dieser Richtung tätig werden wollen als richtig angesehen.

Auch auf der zweiten Seite erscheint mir der Satz, daß das Bischöfliche Amt Magdeburg zu der Maßnahme wegen des Präzedenzfalles auf der entsprechenden Ebene Stellung nehmen wird etwas klärend. Auch das Wort "weisungsgemäß" erscheint mir doch etwas fragwürdig.

Wir sollten doch vielleicht, auch wenn es sehr schwierig sein könnte, lieber

IV-14-14 NK G 8.256.92 9 1)

BN 018505C 8

Dokument 70 (Archiv Claus Herold, Halle/S., Auszug)

6. Die Eingangsbestätigung durch die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle

**BEZIRKSBEHÖRDE
DER DEUTSCHEN VOLKSPOLIZEI
Halle
- DER CHEF -**

BDVP 4020 Halle - Dessauer Straße 20

Katholische Kirchengemeinde
Zum Heiligen Kreuz
4020 Halle/Saale
Güthenstraße 21

Ihre Zeichen: Ihre Nachricht vom: Hausapparat: Unsere Zeichen: Datum: 03.04.1984

Betreff:
Ihr Schreiben vom 10. 03. 1984 an das
Volkspolizei-Amt Saalkreis

Der Eingang o.g. Schreibens wird bestätigt.
Dazu wird mitgeteilt, daß das Recht der Beschwerde gegen Ordnungsstrafmaßnahmen gemäß § 33 Abs. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12. 01. 1968 (GBI. I S. 101) ausschließlich dem betroffenen Bürger zusteht.
Ihr Schreiben wird deshalb als gegenstandslos betrachtet.

I. A.
Makarski

Fernsprecher: Bantverbindung:

Dokument 71 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Die Ordnungsstrafen in Höhe von je 300 Mark für jede der im Gottesdienst tätig gewesenen Lektorinnen mußten bezahlt werden. Für die evangelischen Theologinnen hat allerdings die Magdeburger Konsistorialkasse das Bußgeld übernommen und bezahlt. Für die eine so zur Verantwortung gezogene Katholikin, Frau Kinzel, haben wir unter nochmaligem Protest eine Sonntagskollekte gehalten und an die Polizeikasse abgeführt. So sollte der neuerliche Rechtsbruch in Halle möglichst publik zum Stadtgespräch gemacht werden. Zur gleichen Zeit überlegten Superintendent Helmut Hartmann und ich, wie wir auf Stadtebene den „Frauenkreis“ kirchlich tatsächlich schützen könnten, ohne die Gruppe zu vereinnahmen.

7. Die Gruppe „Christliche Frauen für den Frieden“ wird unter den „Schutz“ des evangelischen Kirchenkreises Halle gestellt

Evangelischer Kirchenkreis HALLE (SAALE) Leitung des Kirchenkreises Tgb.Nr. 550.184 An den Evang. Kirchenkreis Halle Arbeitskreis "Christliche Frauen für den Frieden" z.Hd. von Frau Naumann, Frau Bohley, Frau Stolle Liebe Frauen! Der Kreiskirchenrat hat am 21. Mai 1984 folgenden Beschluß gefaßt: "Der Kreiskirchenrat beschließt die Bildung einer Arbeits- gruppe -Evangelischer Kirchenkreis Halle- Arbeitskreis "Christliche Frauen für den Frieden". Die Arbeitsgruppe befaßt sich mit speziellen Friedensfragen aus der Sicht der Frauen. Die Frauen verstehen sich bewußt als christlicher Arbeitskreis. Sie halten enge Verbindung zu ihren Ortsgemeinden und lassen sich bei ihrem Nachdenken und Handeln vom Evangelium bestimmen. Sie verstehen sich als ökumenisch aufgeschlossenen Kreis. Die Arbeitsgruppe hat drei Sprecher benannt. Sie werden vom Kreiskirchenrat beauftragt, ihm gegenüber die Verantwortung für die Gruppe zu tragen. Die drei Frauen sind: Frau Naumann, Frau Bohley, Frau Stolle. Eine der drei Frauen sollte als Kontaktperson zur Kirchenkreis- leitung genannt werden. Es wird folgendes festgelegt: 1.) Alle Post geht über das Büro des Kirchenkreises 2.) Es werden keine Aktionen vorbereitet und durchgeführt, die nicht vorher mit der Kirchenkreisleitung abgesprochen wurden". Soweit unser Beschluß, Pfarrer Geßner wird Ihnen den Beschluß noch erläutern. Der Kreiskirchenrat hat seinen Beschluß in Absprache mit unserer Magdeburger Kirchenleitung gefaßt. Wir wünschen uns nun eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen. Mit herzlichen Grüßen! Ihr H. Hartmann Vorsitzender d. Kreiskirchenrates - Kirchenleitg.d.Ev.Kirche Lit.Prov.Sachsen Magdeburg - Propst Abel, Halle - Dechant Kania, Halle - Pfarrer Geßner, Halle Zeugnis u. Dienst -SBL-	4010 HALLE (SAALE), den 22.5.84 Mittelstraße 14/15 Tel. 21516 und 24793
--	---

Dokument 72 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Kapitel 12

Herbst 1989 in Halle und Frühling im Wendejahr 1990

Markierungspunkte für meine Erinnerungen sind neben vielen Ereignissen der unruhigen Sommermonate im Anschluß an die gefälschten Ergebnisse der Wahl im Mai 1989 die spontane Bildung zahlreicher neuer Menschenrechte-Gruppierungen und die beiden Flüchtlingswellen über die ungarische Grenze nach Österreich und die über die tschechische Grenze in die deutsche Botschaft nach Prag. Ich denke an die ersten Versammlungen und Unterschriften-Listen für das „Neue Forum“, meine Predigt („Eine Hoffnung lernt gehen!“), die ich am 17. September anlässlich des Hallenser Dekanatstages auf dem nahen Petersberg halten durfte. Am 20. September veröffentlichte Bischof Johannes Braun sein berühmt gewordenes Bischofswort:

Liebe Schwestern und Brüder!

In tiefer Sorge und nicht ohne innere Bewegung schreibe ich Ihnen diesen Hirtenbrief. Die Tage seit dem 11. September und schon die vorangegangenen Wochen haben uns alle betroffen gemacht. Tausende von Mitbürgern, wir wissen bis heute noch nicht wie viele Tausend Christen unter ihnen sind, haben die DDR verlassen.

Dieser Fortgang so vieler Menschen kann uns nicht gleichgültig lassen. Vor allem deshalb nicht, weil schon viele Monate vor der Flucht über die ungarisch-österreichische Grenze Tausende von Menschen die DDR über Ausreiseträger auf legalem Wege verlassen haben. (...)

Diese Entwicklung veranlaßt mich, als Bischof Stellung zu nehmen.

Die politisch zuständige Behörde habe ich bereits in einem entsprechenden Schreiben um ein Gespräch ersucht. Auch ist mir Bereitschaft zu solch einem Gespräch signalisiert worden. (...)

Es macht mich noch mehr betroffen, wie schnell man sich in unserer Presse eine Meinung gebildet hat. Eine Meinung, die man jetzt als einzig gültige Antwort anbietet: Es habe sich um eine „Nacht- und Nebelaktion“ gehandelt. Die DDR-Bürger, die die Grenze von Ungarn nach Österreich überschritten haben, seien allesamt „Verführte“, und der westlichen Propaganda zum Opfer gefallene Menschen. So bekommen wir es immer wieder in den Meldungen und Nachrichten unserer Medien vermittelt. Dabei ist nicht zu erkennen, daß die politisch Verantwortlichen sich Gedanken darüber machen, daß ein großer Teil dieser Menschen nicht verführt worden ist. Angesichts vieler Fragen, die sich seit Jahren in unserer Gesellschaft stellen und bisher unbeantwortet blieben,

angesichts einer grassierenden Resignation haben viele dieser Menschen die bewußte Entscheidung gefällt, dieses Land zu verlassen. (...)

Vor allem sollten die staatlichen Behörden Auskunft darüber geben, welches die Hauptgründe sind, die unsere Mitbürger veranlassen, einen Ausreiseantrag zu stellen und welche Schritte man zu unternehmen gedenkt, um es diesen Menschen zu ermöglichen, in der DDR zu bleiben. (...)

Ich bitte Sie, sich Gedanken zu machen, sich einzumischen: Teilen Sie mir Ihre Ängste, Ihre Hoffnungen, Ihre Wünsche, Ihre Nöte, Ihre Vorschläge mit!

Ich ermutige Sie, in allen Gruppen Ihrer Pfarrgemeinde über die Dinge, die uns in diesen Tagen so unter die Haut gegangen sind, zu reden, um Ideen zu entwickeln und Vorschläge zu unterbreiten.

Ob unsere Meinung erwünscht ist oder nicht, wir fühlen uns von Gott her verpflichtet, unsere Stimme zu erheben, mit dafür Sorge zu tragen, daß das Ruder noch herumgerissen wird, bevor es zu spät ist.

Ich möchte dabei nicht mißverstanden werden: Wir können nicht die Bundesrepublik Deutschland kopieren. Wir können nicht den Weg gehen, den man in der Sowjetunion, in Ungarn oder in Polen geht. Wir müssen nach einem Weg suchen, der uns angemessen ist und von einer breiten Schicht der Bevölkerung mitgetragen wird. Wir müssen Mißstände beseitigen, um eine demokratische Gesellschaft zu schaffen, in der sich möglichst alle Menschen wohl fühlen können. (...)

Bitte übersenden Sie Ihre Meinungen und Gesprächsergebnisse bis zum 10. 10. 1989 nicht auf postalischem Wege, sondern über Ihr zuständiges Pfarramt.

Mit der Bitte um Ihr Gebet grüßt Sie, verbunden mit Segenswünschen

Ihr Bischof
+ Johannes Braun *

Die Diskussion dieses lange erwarteten, gut vorbereiteten Hirtenbriefes, das Verfassen und Einsammeln der vom Bischof erbetenen Antwortbriefe aus den Gemeinden und der Umstand, daß der Magdeburger Bischof im „Alleingang“ geschrieben hatte und zunächst von seinen Mitbrüdern im Bischofsamt und den katholischen Kirchenblättern total verschwiegen wurde, führten uns in den entscheidungsreichen Oktober. Zu diesen Tagen dokumentiere ich gleich zwei sehr unterschiedliche Briefe, die ich am 2. Oktober 1989 geschrieben habe:

* Quelle: Archiv Claus Herold, Halle/S.

Dekanat Halle

4020 Halle (S.), den 2. Oktober 89
Güthenstraße 21
Ruf: 24321

16-9.10.

An die Herren
Klaus-Joachim Böhme

Mitglied des Politbüros des ZK der SED
1. Sekretär der Bezirksleitung Halle

Alfred Kolodniak

Mitglied des Sekretariats der Bezirksleitung Halle der SED
Vorsitzender des Rates des Bezirkes

Prof. Dr. Dr. sc. Joachim Prasse

Vorsitzender des Bezirksausschusses Halle der Nationalen Front der DDR

Sehr geehrte Herren!

Ich danke für Ihre herzliche Einladung zu der Festveranstaltung und zu dem festlichen Empfang am 5. Oktober in unserer Bezirkshauptstadt.

Von mir aus hätte ich um das dringender denn je anstehenden Dialoge wegen als Vertreter der Katholiken in der Stadt und im Dekanat Halle spontan an diesen "Forum" teilgenommen.

Für: Der mit mir eingeladene katholische Propst von Halle hat sich bei unserer vorgesetzten bischöflichen Behörde in Magdeburg erkundigt, wie er sich zu verhalten habe, und für uns beide Bescheid bekommen, daß die Repräsentanten der Katholischen Kirche in der DDR in Berlin den 7. Oktober 1989 mitgehen werden und wir dies auf keiner unteren Ebene im Lande zu tun haben. Weshalb mich Peter Gospos gestern bat, ihn und mich bei Ihnen für unser Fernbleiben zu entschuldigen.

Ich hatte bei meinen katholischen Vorgesetzten in Magdeburg nicht um Erlaubnis, Ihrer Einladung zu folgen, nachgefragt. Aber mich erkundigt, ob die evangelischen Vertreter der protestantischen "Kirche im Sozialismus" zu Halle, -Propst Abel, Superintendent Buchenau, - mit mir Ihrer Einladung folgen würden. Beide hatten von Ihnen leider keine "Geburtstagsseinladungen" erhalten. Was mich überraschte, schmerzte und veranlaßt hätte, Sie um diese Einladungen nachträglich zu bitten; wenn nicht inzwischen der o.g. mir ausgerichtete Bescheid unserer Berliner Bischöfe-Konferenz mich in die Disziplin genommen hätte.

So bleibe nun auch ich dem "Forum", bei dem Sie mich gern dabei sehen hätten, äußerlich, aber nicht innerlich, fern. Mögen Sie meine Worte erreichen, und ich bitte Sie herzlich um Verstehen unserer Einladung; wie Sie sich umgekehrt freuen über jeden von Ihnen zum Festmahl Geladenen, der kommt.

Seien Sie versichert, daß wir als die (historisch bedingten) Vertreter, Amtsträger der Minderheit christlicher Bürger des Bezirkes Halle über den 7. Oktober hinaus auf Dialog, neue Koalitionen der Vernunft, "Schlußfolgerungen", offen der Zukunft, dem 41. Jahr unserer Republik, mit Ihnen entgegensehen.

Ich grüße Sie in ungebrochener Zuversicht.

Ihr
Claus Herold
(Dr. Claus Herold)
Sehnsucht

IV 14110 PVO 80/7/86 1000

Dokument 73 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Claus Herold
Pfarrer

4020 Halle (Saale) 2. Oktober 1989
Gütchenstr. 21 - Telefon 2 43 21

Lieber Bischof Johannes!

(...) Denn „ALLE“ im Lande danken wir Dir doch immer mehr für Deinen „Alleingang“ mit dem überfälligen katholischen Bischofswort.

(Es wurde in Halle auch in vielen evangelischen Gemeinden nach der Sperrfrist im vollen Wortlaut verlesen. Urteile des evgl. Propstes, der Superintendenten, meiner unmittelbaren Nachbarpfarrer: Dein Brief war besser lesbar, verstehbar, einprägsamer als die früher verlesenen der evangelischen Kirchenleitung (Leicht-Brief) oder die Demke-Epistel an seine Mitarbeiter/innen, nicht zuletzt die Synodenprotokolle von Eisenach, u. a. m.)

Wenn Du nur diesen Hirtenbrief zum richtigen Kairos verfaßt und unterschrieben hättest, dann bliebe er das Denk-Mal am Ende Deiner 20-jährigen Amtszeit. Außerdem: Einmalig, erstmalig erlebten wir Deine Bitte, durch Rückantworten einen lebendigen Empfehlungsbrief der „Heiligen im Lande“ daraus werden zu lassen.

(...) Aber gib den Hallensern, auch unseren Nachbargemeinden ringsum, Dein signalisierendes Sendungswort, ehe hier in der Gütchenstraße Hand angelegt wird in Eigenleistungen oder die Brigaden des WBK ihre Baustelleneinrichtung anfahren. Ich grüße Dich sehr herzlich und wünsche Dir im Namen ganz vieler Gemeindemitglieder und auch sehr betroffener evangelischer Mitbrüder gute Genesung.

Auf Wiedersehen (am Rosenkranzfest?)
Dein Claus Herold *

Am Montag, den 9. Oktober 1989 wird nicht nur in Leipzig demonstriert, sondern laden die Bürgerbewegungen auch in Halle ein, sich erstmals auf dem Marktplatz zu einer „Demo“ zu versammeln. Von dort polizeilich vertrieben improvisieren wir einen Protest-Gottesdienst in der nebenan befindlichen Marktkirche. In der darauf folgenden Woche sind der evangelische Propst und ich mehrmals zu Gesprächen ins Rathaus vorgeladen wegen unserer Proteste gegen die polizeilichen Übergriffe des 9. Oktober. Später wurden der Superintendent und ich angezeigt wegen „irreführender Berichterstattung“ auf Flugblättern, die wir vervielfältigt und in den kirchlichen Gemeinden verteilt hätten.

Da die Tageszeitungen die Wahrheit entweder ganz verschwiegen oder lügnerrisch entstellt darboten, sahen wir uns mehrere Sonntage lang ge-

* Brief an den auf dem Krankenbett „gelähmt“ darniederliegenden Bischof vom 2.10.89 (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

zwungen, in den Gemeindegottesdiensten zu informieren und die Mitteilungen als Flugblätter in der Stadt verteilen zu lassen.

Schon am ersten Sonntag (15.10.89) nach der Montagsdemonstration hatten wir die erste freie Bürgerversammlung in Halle in der Pauluskirche. Als Abordnung aus dieser Bürgerversammlung überbrachten wir noch am gleichen Abend die dort formulierten und durch Akklamation bestätigten Thesen zur „Gewaltfreiheit in unserer Stadt“ in das Rathaus.

Danach erfolgte durch den Dechanten Herold und Superintendent Buchenau eine Darstellung der Ereignisse nach dem 7. Oktober in Halle. Beide versuchten, das Vorgehen der Sicherheitskräfte während der am 9. 10. 1989 auf dem Markt in Halle durchgeführten Demonstration in einer sachlichen Form darzustellen, wobei unterschwellige Kritik am Vorgehen der DVP geübt wurde.

Pfarrer Hanewinkel informierte über die Durchführung der sogenannten Mahnwache in der Evangelischen Georgengemeinde, die er als „Mahnwache für die Würde der Geschlagenen“ bezeichnete. H. rief zur Fortsetzung der Mahnwache auf, solange eingeleitete Ordnungsstrafverfahren bzw. Haftstrafen nicht ausgesetzt werden.

Nach der Information über das für 18.30 Uhr anberaumte Gespräch beim Oberbürgermeister der Stadt Halle (darüber wird gesondert berichtet) erfolgte die Verlesung einer „Petition“, die dem Bürgermeister übergeben werden sollte.

Als wesentlichster Inhalt wurde bekanntgegeben, daß Gewalt kein Mittel zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten sei. Angesichts der aktuellen Situation in der Stadt sei jetzt das wichtigste:



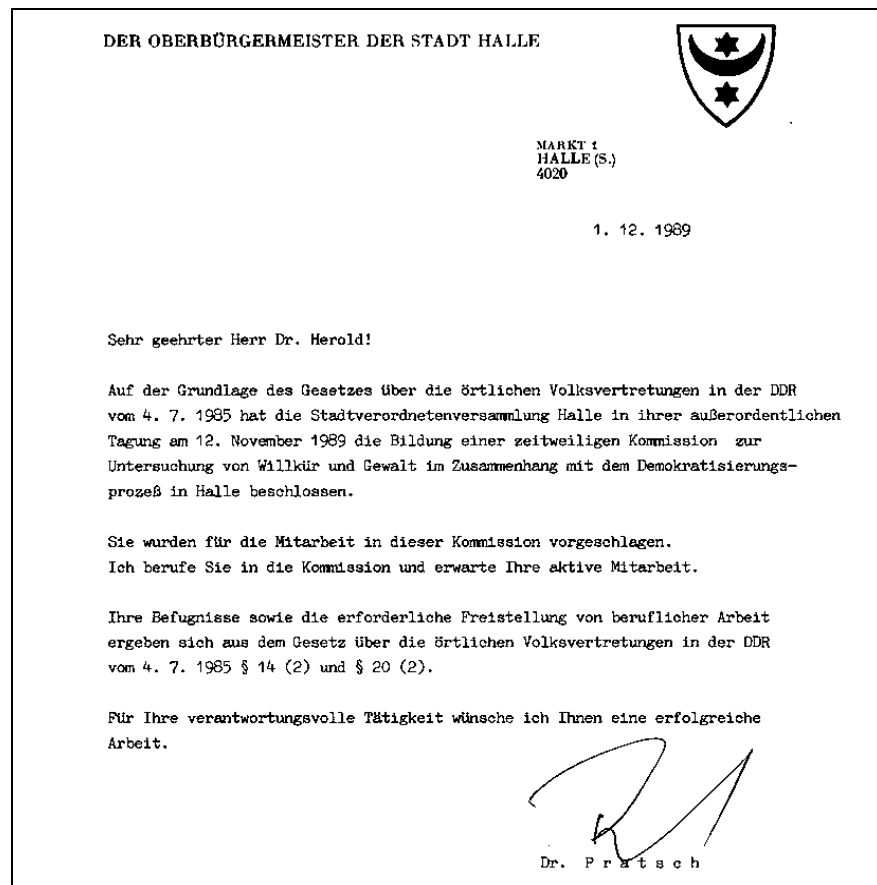
Bürgerversammlung im "Volks-park" Halle am 26.10.1989 (BSTU, Ast. Halle)

1. Selbstverpflichtung zur strikten Gewaltfreiheit
2. keine Gewalt der Sicherheitsorgane gegen die Teilnehmer friedlicher Zusammenkünfte
3. keine Diffamierung und Kriminalisierung von reformengagierten Personen und Gruppen
4. offene und wahrheitsgetreue Berichterstattung in den Medien
5. Versammlungs- und Redefreiheit

6. Bereitstellung von Räumen und Plätzen zur öffentlichen Diskussion (z. B. in Klubhäusern, Jugendklubs und auf städtischen Freianlagen).

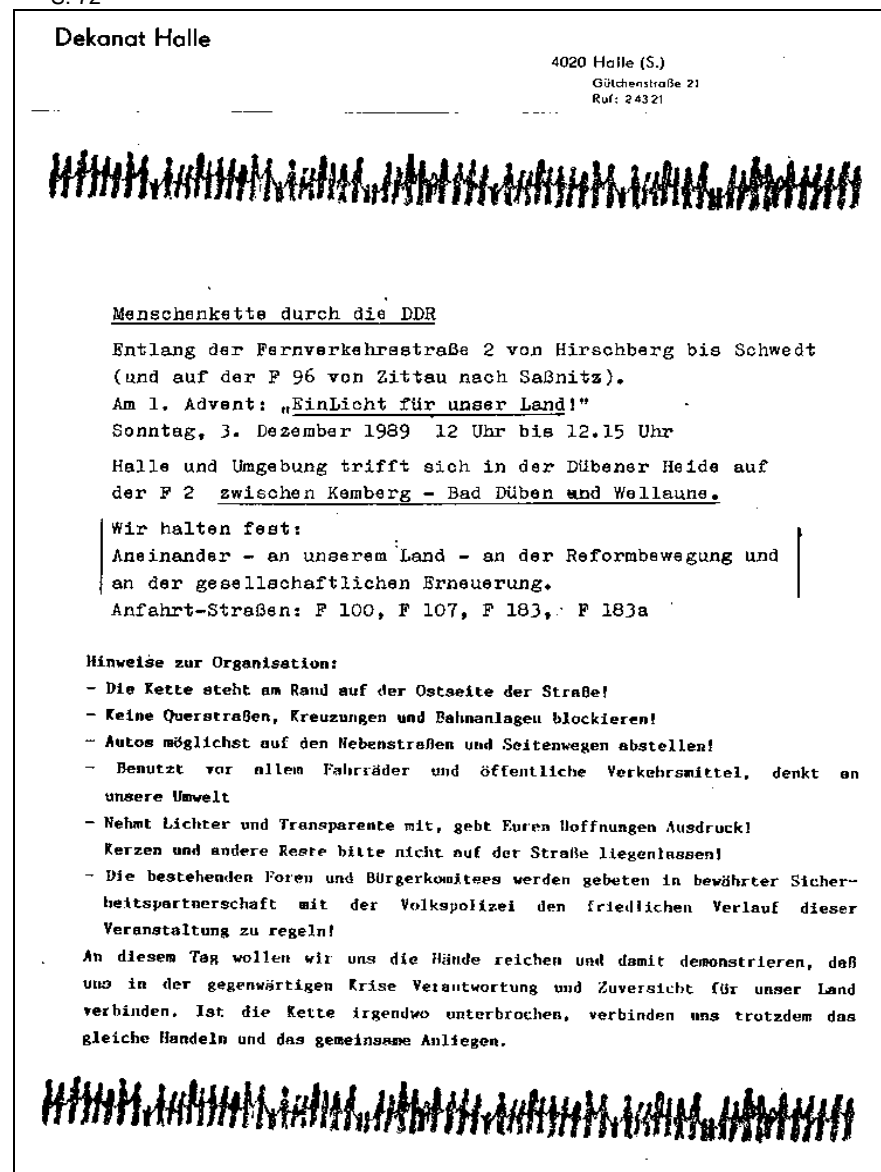
Über diese Petition erfolgte eine Abstimmung, der außer 3 Enthaltungen alle anwesenden Personen zustimmten. *

Vom nächsten Tage an wurde nun jede Woche montags demonstriert und seit dem 26. Oktober im Volkspark der „Dialog“ mit dem Oberbürgermeister und Vertretern der Ratsversammlung begonnen. Auf dieser



Dokument 74: Berufungsurkunde in die erste demokratische Untersuchungskommission der Hallenser Bürgerbewegung (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

* "Halle im Herbst", hrsg. v. Winfried Völlger, Reinhard Butzke, Fliegenkopf-Verlag, Halle 1990, S. 72



Dokument 75: Das letzte "Publicandum" des Jahres 1989 - seit Oktober in Halle unsere "Sonntags-Flugblätter" (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

ersten von der Stadtregierung einberufenen 2. Bürgerversammlung entstand mein letztes (?) Stasi-Foto.

Keiner von uns hätte damals im Oktober davon „geträumt“, daß z. B. auch ich am 1. Dezember in einen „parlamentarischen Untersuchungsausschuß“ des noch regierenden „roten“ Rates der Stadt und des von der SED geführten Stadtparlaments berufen würden.

Seit 1. November, dem „Allerheiligenfest“, versammelten sich jeden Dienstagabend die im „Reformhaus“ zusammengeschlossenen neuen Parteien und Bürger-Bewegungen in unserem Pfarrhaus in der Gütchenstraße.

Die beiden „Runden Tische“ waren für den Bezirk Halle erstmals am 12.12.89 in der Gütchenstraße zusammengekommen. Der „Runde Tisch für die Stadt Halle“ wurde am 28.12.1989 in das Evangelische Diakoniewerk einberufen. Von da an nahmen beide Institutionen jeden Donnerstag viel Zeit und Kraft in Anspruch.

Von Anfang des Jahres 1990 bis zum Tag der Einheit am 3. Oktober brachte anläßlich der vier Wahlen: zur Volkskammer, zur Kommunalwahl, zur Landtagswahl und schließlich zur Wahl des Bundestages viel Prominenz an den „Runden Tisch“ ins Haus oder auf die Rednertribüne vor dem Rathaus auf dem Marktplatz.



Am Runden Tisch des Bezirkes Halle in "Heilig Kreuz" am 16.2.1990: (v. l. n. r.) Moderator Dechant Herold, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, gebürtiger Hallenser, Dr. Wolfgang Süß, stellv. Vorsitzender des Rates des Bezirkes, Dr. Eckhard Pratsch, Oberbürgermeister der Stadt Halle/S. (Foto: Lutz Sebastian, Halle/S.)



Text auf der Plastik: "MAHNWACHE BÜRGERVERSAMMLUNG REFORMHAUS RUNDER TISCH 1989-1990" (KNA-Bild)

„Stillzuschweigen“ nicht gebrochen. Die Kommissionsarbeit ist nur kurz möglich gewesen, als für den Bezirk Halle IM-Namen in der „Bildzeitung“ in langen Liste veröffentlicht wurden. Eine „Regelüberprüfung“ hat es im Bistum Magdeburg nicht gegeben. Es gab unsererseits auch keine effektive Zusammenarbeit mit der überdiözesanen „Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Tätigkeit staatlicher und politischer Organisationen/MfS gegenüber der katholischen Kirche“. Diese Gruppe unter dem Vorsitz des Prälaten Grande und seines wissenschaftlichen Mitarbeiters Bernd Schäfer hat ihr Ziel mit dem Abschlußbericht „Kirche im Visier: SED, Staatssicherheit und katholische Kirche in der DDR“ (St. Benno Verlag, Leipzig 1998) erreicht.

Diese ereignisreiche Zeit vom Herbst '89 bis zum Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes ist im Eingangsbereich des 1991 neu erbauten Gemeindezentrums in der Gütchenstraße von Jörg Hinz symbolisch dargestellt. Anläßlich der Übergabe dieses Erinnerungszeichens durch den damaligen Landtagspräsidenten Dr. Keitel hielten die Mitglieder des „Runden Tisches“ ein Wiedersehenstreffen in froher herzlicher und dankbarer Erinnerung. Die Vergangenheit „aufarbeiten“, verlangt Erinnerungen, die zur Versöhnung und zu neuen Anfängen führen.

Als Mitarbeiter der Magdeburger Bischöflichen Kommission (vgl. Ernennungsschreiben auf nächster Seite, Dokument76) bekam ich keine der IM-Akten, die in der vorliegenden Broschüre genannt werden, zur Auswertung in die Hand. Ich habe mit dieser Veröffentlichung meine Pflicht „Still-

Leo Nowak
Bischof

3010 Magdeburg, den 22.02.1993
Max-Josef-Metzger-Straße 1
Telefon 3 80 31

Herrn Pfarrer Dr. Claus Herold
Herrn Dechant Helmut Langos
Herrn Pfarrer Dietrich Hartmann
Herrn Pfarrer Wolfgang Stehr
Herrn Geistlichen Rat Ulrich Berger

Liebe Mitbrüder,

zunächst bedanke ich mich für Eure Bereitschaft, bei der Aufarbeitung der Stasiangelegenheiten mitzuwirken. Ich wünsche sehr, daß eine ehrliche Aufarbeitung in unserer Kirche ermöglicht wird.

Ich hoffe auf Euer Verständnis, wenn ich Euch bitte, im Fall einer eigenen Belastung durch die Gauckbehörde die Mitarbeit in dieser Kommission unverzüglich aufzugeben.

Weiterhin muß ich Euch verpflichten, über Kenntnisse, die sich aus Akten oder Gesprächen ergeben, außerhalb der Kommission strengstes Stillschweigen zu bewahren.

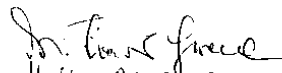
Die Bekundung der Bereitschaft und die Verpflichtung zum Stillschweigen bitte ich durch Eure Unterschrift zu erklären.

Nochmals danke ich Euch für die Übernahme dieser sicher nicht leichten Aufgabe.

Ich grüße Euch herzlich

als Euer Bischof

+ 


Halle, 22.02.93.

Dokument 76: (Archiv Claus Herold, Halle/S.)

Impressum

Dr. Claus Herold: Als katholischer Seelsorger in der DDR
(Reihe „Betroffene erinnern sich“, Teil 9)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Dezember 1998

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg - Arbeitsverwaltung